

Sonder-
ausgabe

Dokumentation zur Demonstration am 26.1.91 in Bonn

FRIEDENSFORUM



Großdemonstration gegen den Golfkrieg Bonn, 26. Januar 1991 Dokumentation

Einzelpreis: DM 5,-

RUNDBRIEF DER FRIEDENSBEWEGUNG

Netzwerk Friedenskooperative
Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Z 9616 F
Nr. 1/91, Februar 1991

Demonstration gegen den Krieg am Golf am 26. Januar in Bonn

Editorial

Der 26. Januar in Bonn war ein besonderes Ereignis innerhalb der großen Protestbewegung gegen den Golfkrieg: Daß es möglich war, innerhalb von 10 Tagen eine solche Veranstaltung ins Leben zu rufen und zu realisieren, die Vielfältigkeit der beteiligten Menschen in der Großdemonstration und auf der Bühne, die gegenseitige Toleranz der verschiedenen Gruppierungen und Zugänge, ein politischer Trägerkreis, der in der Geschichte der Bundesrepublik einmalig ist, der breite Konsens über die Kernforderungen nach sofortigem Stop des Krieges und der Zuwendung zu nicht-militärischen Lösungsversuchen für alle Konflikte der Region, die Bündelung der Argumente gegen diesen Krieg, die Widerlegung all der massiven Diffamierungen, die gegen die deutsche Protestbewegung erhoben wurden und werden, die Aufrichtigkeit der Beiträge der RednerInnen und KünstlerInnen auf der Bühne und der vielen Menschen auf dem Bonner Hofgarten, ... all dies und mehr haben die Menschen in Bonn als wichtigen Impuls für den politischen Widerstand gegen den Krieg mit in ihre Heimatstädte nehmen können.

Wir möchten mit dieser Dokumentation die Argumente und Ideen, vielleicht auch ein wenig von der Kraft und dem Mut zum Widerstehen, die in Bonn zu spüren war, für die weitere Arbeit gegen den Krieg verfügbar machen. Apropos weitere Arbeit: Bei Drucklegung für diese Dokumentation klafft durch die Demonstration noch eine Finanz-

lücke von DM 9.500,-.

Wir ergänzen den eigentlichen Dokumentationsteil um einen aus Kostengründen sehr reduzierten Pressespiegel, eine Nachbetrachtung von Andreas Buro und einige Hinweise auf Materialien und Aktionsideen, wie wir sie im Büro des Netzwerk Friedenskooperative als "Golf-Splitter" ständig aktualisieren, um aktiven Gruppen, interessierten MitbürgerInnen und der Presse zumindest Beispiele der überall weiter stattfindenden Aktivitäten gegen den Krieg an die Hand zu geben. **Sendet Eure jetzt ja vielleicht wieder mittelfristigeren Planungen möglichst schriftlich zu, so daß wir auch über Eure Aktionen informieren können.**

Kristian Golla und Manfred Stenner im Büro sowie die Redaktion des FriedensForum: Christine Schweitzer, Martin Singe, Gregor Witt

Titelfoto: Joker/Rainer Steußloff (Rede Ahmet Kale)

Inhalt:

Ablauf/Übersicht	3
Redebeiträge Auftakte (haben wir leider nicht von allen bekommen)	4
Beiträge Abschlußkundgebung Hofgarten	17
Pressemittteilung und -spiegel in Auswahl	32
Nachbetrachtung	47
Anzeige der israelischen Peace-Now-Bewegung	49
Aktionsbeispiele	50

Trägerkreis Bonn 26.1.:

Bonner Friedensplenum; Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BdKJ); BundesschülerInnenvertretung (BSV); Bund für Soziale Verteidigung (BSV); Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz; Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschlands (BUND); Bundeskoordination der Bewegung gegen militärische Flüge; Christlicher Friedensdienst; Deutscher Naturschutzring (DNR); Die Verbraucherinitiative; Eirene; Düsseldorfer Friedensforum; Föderation der kurdischen Arbeitervereine in der BRD (KOMKAR); Frauen in die Bundeswehr - Wir sagen Nein; Gustav-Heinemann-Initiative; Institut für Psychologie und Friedensforschung (IPF); Initiative Kirche von unten; Initiative für Frieden, Internationalen Ausgleich und Sicherheit (IFIAS); Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs (IPPNW); Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF); JungdemokratInnen NRW; Forschungsstelle Militär, Ökologie und Planung (MÖP e.V.); Friedenskomitee 2000; Friedensinitiative Münster; Friedenssteuerinitiative; Greenpeace; Hamburger Forum; Kampagne "Produzieren für das Leben - Rüstungsexporte stoppen!"; Katholische Junge Gemeinde (KJG); Komitee für Grundrechte und Demokratie; Künstler in Aktion; Medico International; Missionszentrale der Franziskaner; Naturwissenschaftler-Initiative Verantwortung für den Frieden; ÖTV Rhein-Berg/Oberberg/Rhein-Sieg; Ohne Rüstung Leben; Ostermarschkreis Hessen; Pax Christi; SID-Die Falken; Sozialistisches Forum; Sozialistischer Hochschulbund; SportlerInnen für den Frieden; Terre des Hommes; Verband bi-nationaler Familien und Partnerschaften (IAF); Der Deutsche Gewerkschaftsbund unterstützte die Demonstration mit allen Kräften und ruft eigenständig zur Teilnahme auf.

Den Aufruf unterstützten sehr schnell namentlich außerdem: Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden; Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt (ASW); Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) Hamburg; Arbeitsgemeinschaft katholischer Studenten- und Hochschulgemeinden (AGG); Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen (AsJ); Bundesarbeitsgemeinschaft Pro Asyl; Bürgerinitiative Düsseldorf gegen Atomraketen; Christliche Demokraten gegen Atomkraft; Christliche Demokraten für Schritte zur Abrüstung; Demokratische Fraueninitiative (DFI); Deutsche Friedensgesellschaft Vereinigte KriegsgegnerInnen (DFG-VK) NRW; Deutscher Friedensrat e.V.; Die Grünen Bundesverband; Die Grünen im Landtag NRW; Die Grünen KV Bonn; GAL/Die Grünen Göttingen; Die Grünen Göttingen KV; Deutsche Kommunistische Partei (DKP); Gesellschaft für eine Kultur des Friedens; Grün-alternative Liste/DIE GRÜNEN Münster; Humanistische Union e.V.; Irakischer Demokratischer Frauenverband; Jungsozialisten NRW; Junge Arbeitnehmerschaft; Klimaratschlag Bonn; Münchner Friedensbündnis; Naturschutzbund Deutschland LV-Baden-Württemberg; Ökofonds der GRÜNEN NRW; Präsidium der PDS; Solinger Initiative gegen einen Krieg am Golf; SOFA Troisdorf; Solinger Friedensforum; SPD UB Bonn; TV Die Naturfreunde; Verkehrsbund der Bundesrepublik Deutschland (VCD); Verein Demokratischer Ärztinnen und Ärzte; Vereinigung der irakischen Studenten in der Bundesrepublik; Versöhnungsbund; Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN/BdA); und viele andere mehr in den meisten Städten (wir bitten um Verständnis, daß wir hier nur diejenigen nennen, deren Unterstützung bei uns schriftlich oder per Fax sehr früh einging).

**Kontaktadresse: Trägerkreis 26.1., c/o Büro der Friedenskooperative,
Römerstr. 88, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/692904 o.05, Fax: 0228/692906**

Spendenkonto: Förderverein Frieden e.V.

Konto. 33 0 35 bei Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00) und Konto-Nr. 457876-500 bei Postgiro Köln (BLZ 370 100 50), Stichwort: Golf-Demo 26.1.

Wir lassen die Zerstörung der Zukunft nicht zu Stoppt den Krieg am Golf!

Ablauf Bonn 26. Januar

Auftakt Bonn-West:
Mod.: Kathleen Battke (IWIF)
Musik: Wilfried Rommel und Christiane Sturm
 Prof. Peter Starlinger (*Naturwiss.-Initiative*)
Grußwort Frauennetzwerk Köln
 Studentin vom *Golf-Plenum Uni Bonn*
 Feministisches Aktionsbündnis Bonn
Grußwort Karlheinz Koppe (Pax Christi)
 Richard Ackva (*Kampagne "Produzieren für das Leben - Rüstungsexporte stoppen"*)

Auftakt Bonn-Süd:
Moderation: Rolf Bader (IPPNW)
 Brigitte Erler zum *Nord-Süd-Konflikt*
 Major Helmut Prieß (*Darmstädter Signal*)
 Prof. Ulrich Gottstein (IPPNW)

Auftakt Bonn-Nord:
Moderation: Milly und Molly
 Verena Krieger (*Feministin*)
 Irakische Opposition
 Heiko Siebel (*BundeschülerInnenvertretung*)
 Civic-Peace Coalition aus Lettland
Musik: Milly und Molly

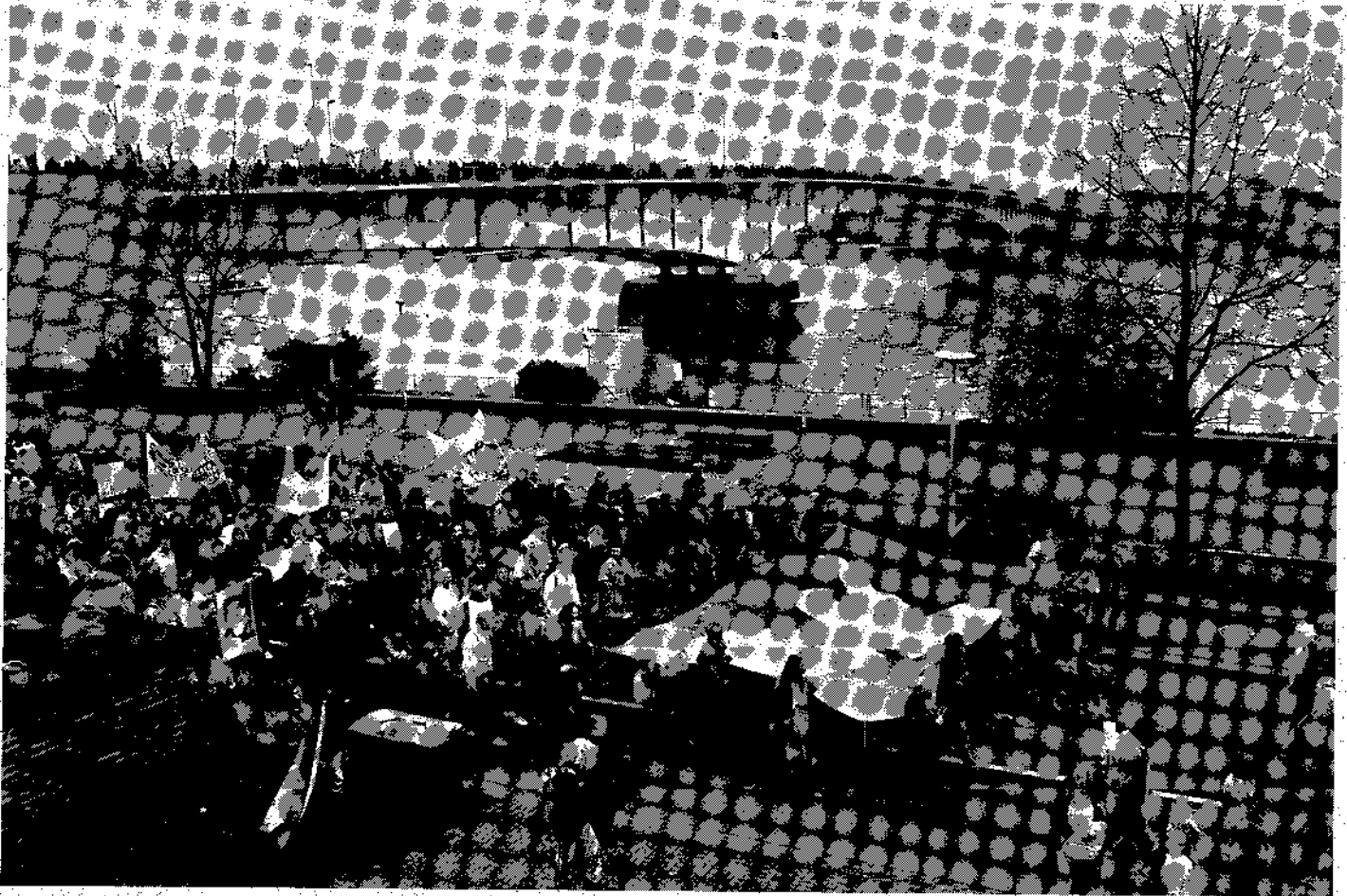
Auftakt (Beuel):
Moderation: Helmut Röscheisen (DNR) und Wolfgang Plänker (BBU)
 Franz Alt (*Fernsehjournalist*)
 Andreas Buro (*Komitee für Grundrechte und Demokratie*)
 Klaus Vack (*Odenwald*)
 Christa Reetz (BBU)
Musik: Rolly Brings

An der Demonstration nahmen nach unseren Schätzungen mindestens eine viertelmillion Menschen teil, die leider nicht alle bis zum Hofgarten kamen. Beteiligt war in Absprache mit uns eine Demonstration auf Initiative der Friedensgruppe der evangelischen Bonner Lukasgemeinde mit besonderem Schwerpunkt zur Solidarität mit Israel (aber gegen militärische Mittel), die Aktion "Särge nach Bonn", ein gesonderter KünstlerInnen-Block, ArztInnen in weißen Kittel, ein internationalistischer Block, ein Frauenblock, die irakische Opposition, ein aus Gießen eintreffender Staffellauf ...

Programmablauf Abschlußkundgebung auf dem Hofgarten 13.30 - 16.30 Uhr

- Moderation:* Sabine Stamer (*Journalistin*) und Klaus Lage (*Musiker*)
- Musik:* Die Brings
- Musik:* Hamid Baroudi (*"Caravan to Bagdad"*)
- Rede* Bischof Gottfried Forck von Berlin-Brandenburg/Ost
- Kurzbeitrag* Uli Laubental von der Initiative Frieden am Golf, *deren Mitglieder gerade aus dem Irak zurückgekommen sind*
- Rede* Heinz-Werner Meyer (DGB)
- Rede* Felicia Langer, *Israelin, die lange Zeit palastinensischen Angeklagten Rechtsbeistand gegeben hat.*
- Kurzbeitrag* Rudolf Prahm von einer Bremer Familie, *die bis gerade eben einen amerikanischen Deserteur beherbergt hat*
- Statement+Musik* The Criminals *Rap-Band ("Just say No")*
- Rede* Ahmet Kale: *Beitrag aus Kurdistan (+Übersetzung)*
- Kurzbeitrag* Feministisches Aktionsbündnis gegen den Krieg (*aus Bonn*)
- Beitrag* Klaus Lage
- Rede* Hubert Weinzierl (BUND)
- Kurzbeitrag* Tina el Azim, *Schülerin in Aktion*
- Musik* Herbert Grönemeyer und Band
- Rede* Mechtild Jansen (*Publizistin aus der Frauenfriedensbewegung*)
- Musik* Wolf Maahn und Band

Alle Redebeiträge wurden von Gebärdendolmetscherinnen übersetzt.



Demonstrationzug über die Kennedy-Brücke

Foto: Joker/Arn v.d. Osten-Sacken

Redebeiträge der Auftaktkundgebungen

1. Beuel

Die Friedensbewegung ist solidarisch mit allen Opfern

Dr. Franz Alt

Liebe Freundinnen und Freunde des Friedens!

Bis heute wurden im Golf-Krieg etwa 300.000 Tonnen Bomben abgeworfen. In 10 Tagen! Das ist bereits jetzt ein Sechstel jener Bomben, die im ganzen Zweiten *Weltkrieg - also in sechs Jahren - auf Deutschland geworfen wurden. Wieviel Menschenopfer können 300.000 Tonnen Bomben fordern? Wieviel ökologische Zerstörung können 300.000 Tonnen Bomben, riesige brennende Ölfelder und große Ölteppiche im Meer anrichten?

Jeder Tag macht es deutlicher: Auch dieser Krieg löst keine Probleme, Krieg schafft nur neue Probleme.

Das erste Opfer dieses Krieges ist die **Wahrheit**. Es wird gelogen und betrogen, manipuliert und zensiert.

Die Hauptbrandstifter in Bagdad und Washington sprechen von Frieden und haben den Krieg vorbereitet. Eine der unerträglichsten Formen der Manipulation dieser Tage ist die Manipulation der religiösen Gefühle. Saddam Hussein betet für

seinen "HEILIGEN KRIEG" und George Bush für seinen "GERECHTEN KRIEG".

Im Namen der Opfer dieses Krieges: Es gibt weder HEILIGE noch GERECHTE Kriege, sondern BLUTIGE Kriege gegen UNSCHULDIGE Menschen.

Wie wäre es denn, wenn sich jetzt mitten im Krieg der Papst und der Dalai Lama, mohamedanische und jüdische Religionsführer in Bagdad oder Jerusalem treffen und im Namen der Opfer gemeinsam erklären würden: Es gibt keine HEILIGEN und GERECHTE Kriege! Krieg ist endgültig und für alle Zeit kein Mittel zur Lösung von politischen Konflikten. Es wäre eine große Hilfe für die Opfer dieses Krieges, wenn alle Religionsführer erklären würden: Wer Krieg führt, darf sich nicht mehr Christ und nicht mehr Jude und nicht mehr Moslem nennen.

Die Macht der Zensur hat die Wahrheit über diesen Krieg erschlagen. Es gibt in der zensierten Berichterstattung nur Sieger - **keine Opfer**.

Die Todesschreie der Opfer, die Angst der Gequälten, das Blut der Ermordeten sollen wir nicht sehen. Die dafür Verantwortlichen wissen: Ohne Zensur wären heute in Bonn nicht über 150.000 DemonstrantInnen, sondern 1,5 Millionen.

Auch die vielen Deutschen, Engländer, Franzosen und Amerikaner, die jetzt noch von der Notwendigkeit des Krieges überzeugt sind, sind Opfer der Zensur. Doch die Wahrheit,

auch die Wahrheit über diesen Krieg, ist auf Dauer nicht zu unterdrücken.

Wegen der Zensur können sich viele jetzt noch nicht vorstellen, was die Waffen anstellen.

Im Namen der Opfer sagen wir: Es soll endgültig Schluß sein mit jener Doppelmoral, die einen Mörder bestraft, aber die Massenmörder im Krieg als Helden feiert.

In diesen Tagen sagen viele ausländische Politiker: Wenn die Deutschen schon nicht kämpfen wollen, dann sollen sie diesen Krieg wenigstens mitfinanzieren. Auch wir sagen JA zur finanziellen deutschen Hilfe, aber nicht JA zur Finanzierung des Krieges, sondern JA zur Hilfe für die Opfer des Krieges.

Hilfe für die Opfer: das ist die neue Verantwortung des geeinten Deutschlands in der Welt.

Helmut Kohl sagt: "Vom neuen Deutschland soll nur noch Frieden ausgehen." Wir stimmen ihm zu, bitten ihn aber konsequent zu sein. Wenn von Deutschland tatsächlich nur noch Frieden ausgehen soll, dann möge der Bundeskanzler die deutschen Piloten und ihre Alpha-Jets aus der Türkei zurück holen und unser Steuergeld nicht für Kriege, sondern für Kriegsoffer verwenden.

Als Friedensbewegung erklären wir: Wir stehen **grundsätzlich** auf der Seite der Opfer. Und dabei unterscheiden wir nicht zwischen Juden und Moslems und nicht zwischen Irakern und Amerikanern.

Was wäre in dieser kriegerischen Situation eine rationale Alternative? Spätestens heute im Atomzeitalter ist nur noch eine gewaltfreie Lösung von Konflikten vernünftig und moralisch zu verantworten. Dieser Krieg ist weder politisch noch ökonomisch, weder ökologisch noch moralisch zu rechtfertigen.

Wir wissen, daß Saddam Hussein ein Diktator und Aggressor ist. Aber wieso sind Politiker in Demokratien nicht klüger als ein Diktator, wenn nicht phantasievoller? Warum lassen sie sich von einem Diktator das Gesetz des Handelns vorschreiben?

WIR FRAGEN: Was unterscheidet aus der Sicht der Opfer demokratisch gewählte Politiker von einem Diktator, wenn sie dieselbe primitive Gewaltpolitik machen wie er?

In allen heiligen Schriften der Menschheit gibt es Regeln für eine intelligenter Politik. Sie heißen: Du kannst Gewalt nicht mit Gewalt überwinden. Gewalt erzeugt nur neue Gewalt. Allein eine Politik der Gewaltfreiheit zeigt vernünftige und verantwortbare Auswege. Saddam Hussein kann nicht mit Saddam Hussein überwunden werden.

Im Sinne einer gewaltfreien Politik und im Namen der Opfer fordern wir einen sofortigen Waffenstillstand und eine Nah-Ost-Konferenz mit fünf Zielen:

1. Die UNO überwacht den Waffenstillstand.
2. Irak zieht seine Truppen aus Kuwait zurück und die USA ziehen ihre Truppen aus Saudi-Arabien zurück.
3. Die arabischen Staaten erkennen das Existenzrecht Israels an.
4. Israel erkennt das Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat an.

5. Die Regierungen der Türkei, Iraks und Irans erkennen das Recht des kurdischen Volkes auf einen eigenen Staat an.

Das Hauptproblem im Golf-Krieg heißt: Mehr Gerechtigkeit für die Opfer der bisherigen Politik. Hundert Millionen Mark wurden bisher für diesen Krieg und seine Vorbereitung ausgegeben. Stellen wir uns einen Augenblick vor, dieses Geld wäre dafür verwendet worden, daß kein Kind mehr auf unserem Planeten verhungern muß. Dies wäre eine Politik des Friedens. Bei einer solchen Politik hätten die Saddam Hussains dieser Erde keine Chance mehr.

Im Namen der Opfer fordern wir:

- **Hört auf zu schießen und zu morden! Verhandelt!**
- Was in Europa durch den KSZE-Prozeß möglich war, das ist auch im Nahen Osten möglich.

Weder anti-amerikanisch, noch anti-israelisch, gegen den Krieg am Golf!

Andreas Buro

In diesen Tagen rollt eine Woge von Anteilnahme mit den Opfern des Krieges am Golf, von Empörung über die der Region drohenden Schäden und der Angst vor Kriegsausweitung über unsere Gesellschaft. Diese Demonstration ist ihr sichtbarer Ausdruck. Die Woge prallt auf wütende und diffamierende Ablehnung, die an Zeiten des Kalten Krieges erinnert. Freund-Feind-Bilder tauchen wieder auf. Die für Demokratie so wichtige politische Kultur scheint eines der ersten Opfer des Golf-Krieges zu werden.

Das Ausmaß an Emotionalität ist so groß,

- weil Krieg für uns unmittelbar möglich zu werden scheint;
- weil der Golfkrieg die Hoffnungen auf eine Welt friedlicher Konfliktbewältigung zu tiefst in Frage stellt;
- weil eine zukünftige Rolle Westeuropas als Weltpolizist eingeleitet wird,
- und weil unsere faschistische Vergangenheit der entsetzlichen Verfolgung und Vernichtung von Juden sich so dramatisch mit Ängsten, Tabuisierungen und Verdrängungen in der Gegenwart verbindet.

Das aufgewühlte Bewusstsein der Menschen auf beiden Seiten der Brandung birgt aber auch die Chance des Neu-Bedenkens. Die große Aufgabe der Friedensbewegung wird es sein, die gegenwärtige Konfrontation der Meinungen und Gefühle zu einem Dialog gemeinsamen Lernens der ganzen Gesellschaft umzugestalten. Dabei müssen wir nach zukunftsträchtigen Wegen suchen, die nicht in Sackgassen der Bedrohung und Vernichtung enden. Wege, auf denen die Mittel den Zielen entsprechen, denn Frieden erfordert friedliche Mittel. Ich will versuchen, den Dialog aufzunehmen.

Die Kritiker der Friedensbewegung fürchten einen neuen Anti-Amerikanismus. Sie fordern uns auf, der amerikanischen Entscheidung, die irakische Aggression mit Krieg zu beantworten, bedingungslos zu folgen. Wir fragen zurück: Ist für Euch kritiklose Unterwerfung die Bedingung der Freundschaft? Freundschaft beruht aus unserer Sicht auf Gleichberechtigung und auf Hilfe für den anderen. Deshalb warnt man

einen Freund, wenn er einen schweren Fehler begeht. Wer das nicht begreift, verwechselt Freundschaft mit Unterwürfigkeit. Wir rufen von dieser Demonstration Amerika zu, Krieg löst keine Probleme. Man kann kein Land durch seine Zerstörung befreien. Am Golf ist nicht nur Kuwait von irakischen Truppen zu befreien. Friede erfordert auch, Frieden und Sicherheit und Menschenrechte für Palästinenser, Kurden und Libanesen herzustellen und die Probleme der Abrüstung und Zusammenarbeit zu lösen. Verhandlungen sind notwendig, nicht Bomben!

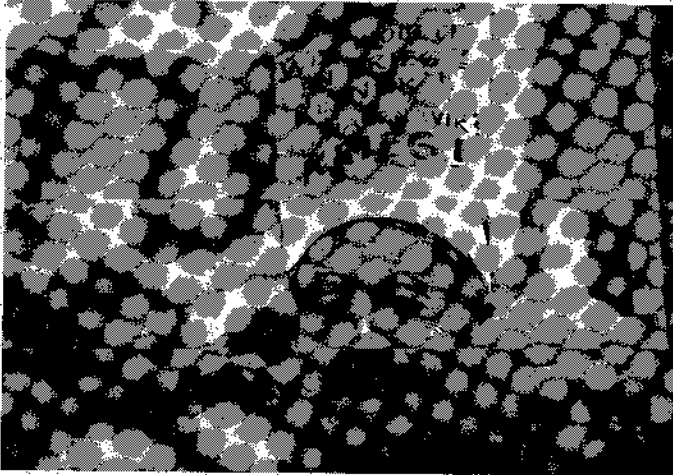


Foto: G.A.F.F. Marco Limberg

Unsere Kritiker fragen, setzt Ihr mit Eurer Forderung nach Frieden und Abzug der Angriffstruppen der USA und ihrer Alliierten nicht Israels Sicherheit auf's Spiel? Wie das? Ist nicht Israel gerade erst durch die militärische Antwort der USA auf die irakische Besetzung Kuwaits gefährdet worden? Seit dieser Zeit schlagen die Scud-Raketen ein und die Angst vor Giftgas geht um. Ist überhaupt Frieden und Sicherheit für Israel dauerhaft zu bewerkstelligen, wenn nicht Friede und Sicherheit für einen eigenen Staat der Palästinenser garantiert ist? Anti-israelisch ist es, Giftgas und Waffen in die Region zu liefern. Mit vielen teilen wir Scham und Trauer, daß dieses durch deutsche Menschen und Firmen erfolgte.

Trotzdem lautet unsere Losung nicht nur, "Kein Gas gegen Juden"; sondern "Kein Gas gegen Menschen"! Wir fordern selbstverständlich vom Irak, keine Raketen auf Israel und arabische Länder zu schießen, kein Gas einzusetzen und sich aus Kuwait zurückzuziehen. Die Friedensbewegung hat seit Jahrzehnten die Abrüstung chemischer Waffen gefordert. Auch weil es vorhersehbar war, wie sehr der kriegerische Weg nicht zuletzt Israel und die Palästinenser treffen würde, hat die Friedensbewegung den kriegerischen Weg zur Befreiung Kuwaits abgelehnt und fordert die sofortige Beendigung des Golfkrieges.

Kritiker werfen uns vor, die Beschlüsse der Vereinten Nationen zu mißachten. Der Sicherheitsrat beschloß jedoch nicht Krieg, sondern erlaubte nur, alle geeigneten Mittel anzuwenden. Angesichts der riesigen humanen, sozialen und ökologischen Kosten steht fest: Krieg ist kein geeignetes Mittel. Wer die Vereinten Nationen ernst nimmt, wendet sich deshalb gegen den Krieg und stärkt ihre nicht-militärischen Möglichkeiten der Konfliktbearbeitung. Das hat nichts mit einer klammheimlichen Sympathie mit dem terroristischen Diktator Hussein zu tun, wie uns manche vorwerfen, sondern mit einer tiefen Sympathie für die Menschen dieser Region. Wir wollen, daß sie überleben, daß sie gut leben können und daß

Freundschaft zwischen ihnen und uns in den Industrieländern eine Zukunft hat.

Kanzler Kohl wirft der Friedensbewegung moralische Gleichgültigkeit vor, während konservative Kommentatoren sie eines moralischen Rigorismus bezichtigen, der zum Verzicht auf Denken geführt habe. Die Friedensbewegung habe so keinen politischen Standort mehr und komme zu einer "Politik des Sich-Heraushaltens". Ich will nun nicht einfach behaupten, wir würden doch noch denken und gerade deshalb eine andere Position vertreten. Ich bitte die in sich so widersprüchlichen Kritiker jedoch zu bedenken, ob durch die realpolitisch stets so vortrefflich begründeten Kriege seit 1945 tatsächlich etwas Positives für die Menschen erreicht wurde, was doch der Sinn von Realpolitik sein sollte.

Ich fürchte allerdings, der Vorwurf des moralischen Rigorismus könnte nur allzu leicht dazu dienen, Moral als Kriterium von Politik auszuschalten. Die unmoralische Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung dokumentiert, was das bedeutet: Nämlich deutsche Giftgaslieferungen an Diktatoren.

Altbundeskanzler Schmidt selbst warnte noch einmal mit Blick auf die Friedensbewegung vor einer deutschen Sonderrolle. Freilich, die Deutschen waren seit 1945 in einer Sonderrolle. Unsere Nachbarn fürchteten nämlich, wir könnten wieder, wie nach 1918 militaristisch erstarken und bedrohlich werden. Glücklicherweise haben sehr viele Deutsche aus der Geschichte gelernt und treten heute gegen Krieg auf. Sollte dies zur deutschen Sonderrolle unserer Gesellschaft und Politik werden, so sind wir stolz auf sie und werden mit allen unseren Kräften an ihr festhalten.

Schluß mit dem Massenmorden

Klaus Vack

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

ich bin gebeten worden, hier einiges zu sagen zur Frage, was können wir tun?

Wie können wir noch wirksamer der Forderung Ausdruck verleihen: Schluß mit dem Massenmorden in der Golfregion.

Es ist nicht leicht, Antworten auf solche Fragen zu geben in einer Situation, in der der Krieg tobt und mordet, in der die Menschen von allen Kriegsverantwortlichen belogen werden und in einer Situation, in der die friedlichen und gewaltfreien Appelle und Demonstrationen der Friedensbewegung als Pro-Hussein und Anti-Amerikanismus und Anti-Israelismus diffamiert werden.

Dennoch: Ich selbst, seit etwa 35 Jahren unerschütterlich für die Sache des Friedens aktiv, lasse mir die Hoffnung, daß Probleme intelligent und Konflikte friedlich, also ohne Gewalt, gelöst werden, auch mitten im Inferno dieses Krieges nicht rauben.

Wir sind oft belächelt oder beleidigt und vor die Gerichte gezerrt worden, weil wir gegen Wiederaufrüstung, gegen Atombombenversuche und Atomkraftwerke, gegen Raketenstationierung, gegen den US-amerikanischen Krieg in Vietnam, gegen Rüstungsexporte, gegen ABC-Massenvernichtungsmittel in Ost und West und auch gegen Husseins Giftgaseinsatz

1988 gegen Kurden protestiert, demonstriert und zivilen Ungehorsam geleistet haben.

Ich kann sehr gut verstehen, daß manche von uns das gegenwärtige Trommelfeuer gegen die Friedensbewegung einschüchtert und mürbe macht.

Und doch möchte ich Euch ermutigen.

Die Diffamierungen gegen uns sind Ausdruck der Schwäche jener Heuchler, die den Milliarden-Rüstungsexport an Hussein geduldet haben (oder vielleicht auch kräftig dabei mitverdient haben) und die nun scheinheilig nach Israel pilgern und die Verwüstungen, die nur dank deutscher RaketenElektronik ermöglicht wurden, wie es in der offiziellen Sprache heißt, "mit großer Betroffenheit" bedauern.

Sie suchen nach den winzigsten "Anti"-Splitterchen in den Augen der Friedensbewegung, um geflissentlich abzulenken von den Raketenbalken, den Giftgasbalken, den Panzer- und Granatenbalken, den Bomben- und Tieffliegerbalken in den eigenen Augen.

Wir sind nicht gegen die Juden oder gegen Israel. Wir sind nicht gegen Araber. Nicht gegen Kuwaitis oder Iraker oder gegen Iraner. Wir sind nicht gegen Kurden oder Türken. Wir sind auch nicht gegen die Amerikaner und fühlen uns vielmehr der Friedensbewegung in den USA verbunden.

Wir sind aber sehr wohl gegen kaltschnäuzige Politiker, gegen Heuchler und "Verrückte", die sich so oder so die Macht angeeignet haben, um derartig gräuliche und verbrecherische Sachen wie jetzt den Golfkrieg anzuzetteln.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, es gibt keine Rechtfertigung für diesen Krieg. Alles, was uns die Kriegsverharmloser oder Kriegsbefürworter zu sagen haben, ist hohl und verlogen. Der Golfkrieg ist vielmehr die möglicherweise letzte und bereits heute schwerwiegendste moralische Bankrotterklärung dessen, was sich Politik der Stärke nennt.

Wer seine fünf Sinne beisammen und nur einen Funken Menschlichkeit im Herzen hat, der muß sich diesem Massenmorden, diesem Krieg, der zum Weltenbrand zu werden droht, dieser hergebombten Naturzerstörung, Verstrahlung und Verseuchung widersetzen, muß Nein sagen.

Das erfordert aber auch, daß wir angesichts der Größe der Verbrechen, die uns bis zur Lähmung erschrecken, diesem Krieg nicht tatenlos zusehen.

Wir müssen wenig und viel zugleich tun.

Schon die vielen leisen Stimmen, schon ein Mahnkreis mit wenigen Leuten, schon die Unterschrift für einen Friedensappell, schon das Plakat an der eigenen Haustür, schon das Gespräch mit den Nachbarn oder am Arbeitsplatz bewegen oder ändern etwas, machen die Dinge ein wenig besser.

Es war immer wichtig und richtig und für fast alle der Beginn des eigenen Tuns, zu appellieren und aufzuklären, zu bitten und zu beten.

Und diejenigen von uns, die bereits über Jahre oder Jahrzehnte für Frieden und Menschenrechte arbeiten, sollen diejenigen, die angesichts dieses Krieges zur Friedensbewegung gestoßen sind, nicht lange fragen: Warum kommst du "erst" jetzt?

Ich bin sicher, es ist das Verdienst der Friedensbewegung und der großen Friedensaktionen im letzten Jahrzehnt, daß mehr und mehr Deutsche heute gegenüber jedem Krieg und jeder Aggression sensibel geworden sind, und je mehr Menschen ihren Protest zeigen, je mehr wir mit unseren Friedensaktionen den (Originalton Wörner) "kämpfenden Truppen in den Rücken fallen", um so schwerer machen wir es den Politikern in diesem unserem Lande, die schon darauf brennen und drängen, im Krieg am Golf die Bundeswehr mitmischen zu lassen.

Aber auch das wissen wir spätestens seit dem 17. Januar, als Präsident Bush hat zuschlagen lassen: Appelle und Proteste, so wichtig sie sind, sie reichen nicht aus.

Ich kann in dieser Situation und angesichts der heute so düsteren Perspektive für mich nur die Konsequenz ziehen, mich diesem System des Gewaltstaates Schritt für Schritt zu verweigern. Wolfgang Borcherts "Dann gibt es nur eins: Sag Nein!" hat für mich in diesen Tagen eine neue Aktualität bekommen, stärker noch als 1949, da ich 14jährig diesen leidenschaftlichen Antikriegsappell an jeden einzelnen Menschen zum ersten Mal gelesen habe.

Sich zu verweigern ist eine Möglichkeit für fast alle von uns.

Das gilt in der Bundeswehr: Soldaten sagt nein - verweigert Euch!

Das gilt für die Reservisten: Verweigert den Kriegsdienst und wenn sie mobil machen, dann geht nicht hin.

Das gilt im Betrieb: Streikt, geht auf die Straße, wenn sie die Notstandsgesetze, also die Kriegsgesetze in Kraft setzen.

Das gilt in der Schule: Lehrerinnen und Lehrer solidarisiert Euch mit den demonstrierenden Schülern. Gerade die als Antiamerikanismus angeprangerten Schülerparolen, die sie sich selbst und nicht irgendwelche "Strategen" der Friedensbewegung gegeben haben, bringen berechtigte und verzweifelte Angst und Wut zum Ausdruck gegenüber denjenigen, die den jungen Menschen alle Hoffnungen auf eine lebenswerte Zukunft zerschlagen.

Liebe Freundinnen und Freunde, sagt nein, nicht zuletzt in Sachen Geld: Verweigert die Steuern so total wie möglich. Keinen Mann und keine Steuern für den Krieg am Golf verfeuern!

Ich will nicht die ganze Palette von Aktivitäten, die jetzt nötig und wirksam sind, aufzählen. Neben einer großen Aufklärungs- und Verweigerungskampagne scheinen mir jedoch gewaltfreie Blockaden und andere phantasievolle Protestaktionen vor militärischen Einrichtungen aller Art wichtig.

Ebenso sollten die Besetzungen in Eschborn und Frankfurt vor Einrichtungen oder Firmen, die in das Waffenexport-Geschäft verstrickt sind, auch andernorts Nachahmung finden.

Eindrucksvoll waren auch die Menschenkette von der irakischen zur US-Botschaft in Bonn, wie auch die "Blutspur", die Studentinnen und Studenten der Hochschule für bildende Künste in Berlin zwischen den Konsulaten Iraks und der USA gezogen haben. Gerade solche Aktionen symbolisieren, daß wir in Hussein und Bush die Hauptverantwortlichen für den Krieg am Golf sehen.

Viele haben auch ihre Bereitschaft erklärt, GIs oder "wenn es ernst wird" auch Bundeswehrosoldaten, die desertieren, zu verstecken.

Andernorts wurde nach dem Vorbild der Friedensbewegung in der ehemaligen DDR regelmäßig mit Montagsdemonstrationen gegen Krieg und für Frieden begonnen.

Es gibt also viele Möglichkeiten, Nein zu sagen. Aber es ist auch gleichsam fünf nach zwölf. Deshalb liebe Freundinnen, liebe Freunde: Laßt uns Kraft aus dieser Demonstration schöpfen.

Aber auch morgen, wenn wir zuhause sind, wieder allein und in unseren Gruppen, und wenn die Schrecken des Kriegs uns erneut wie lähmendes Gift die Sprache zu nehmen drohen, laßt uns festhalten und erinnern: Viele kleine Leute an vielen kleinen Orten, die viele kleine Schritte tun, können das Gesicht der Welt verändern.

Heute, morgen und solange es nötig ist: Wir lassen die Zerstörung der Zukunft nicht zu! Stoppt den Krieg am Golf! Frieden ist möglich!

2. Godesberg/Südfriedhof

Den Menschen helfen

Prof. Dr. U. Gottstein, Vorstandsmitglied der deutschen IPPNW-Sektion

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde der IPPNW sowie aus dem Gesundheitswesen!

In großer Sorge hat die IPPNW zur Teilnahme an der großen Friedensdemonstration in Bonn aufgerufen. Immer haben wir uns als ein Teil der Friedensbewegung aufgefaßt, wenngleich wir auch durch unsere spezifischen Verantwortlichkeiten und Fachkenntnisse zu manchen Fragestellungen unterschiedliche Auffassungen haben, und das wird auch weiter so sein. Unsere Aufgabe ist es, Gesundheits- und Lebenskatastrophen verhüten zu helfen und jeden Kranken und Leidenden ärztlich nach bestem Wissen zu betreuen.

Täglich warnen wir Bevölkerung und Patienten, mit gefährlichen Gesundheitsrisiken aufzuhören, damit Lungenkrebs, Herzinfarkt, Schlaganfall usw. möglichst nicht auftreten. Doch selbstverständlich behandeln wir jeden Patienten mit diesen Krankheiten, auch dann, wenn er entgegen ärztlichem Rat seine Gesundheit derart geschädigt hatte.

Dieser Hinweis auf unsere ärztliche Tätigkeit ist natürlich vereinfachend, wenn ich jetzt auf die Ursachen unserer heutigen Demonstration zu sprechen komme, doch uns allen wird klar, was ich gemeint habe: Durch das Verbrechen des irakischen Präsidenten Saddam Hussein einerseits und durch über-eilte und grausame militärische Reaktionen der Vereinten Nationen und insbesondere der amerikanischen Administration andererseits ist ein schrecklicher Krieg ausgebrochen und steht die Welt vor einer neuen Katastrophe. Bis zur letzten Minute hat die IPPNW vor einem Kriegsausbruch gewarnt, wir haben alles getan, was in unserer Macht stand: Wir sind nach Jordanien und nach Bagdad gereist und haben dort mit

einflußreichen Persönlichkeiten gesprochen, wir haben Briefe und Appelle an die Bundesregierung, an den Bundespräsidenten, an den amerikanischen Präsidenten und an die irakische Regierung gerichtet, und das gleiche haben unsere Freunde in Amerika, England, Frankreich, Belgien, Holland, Luxemburg, Schweden, Norwegen, Dänemark, Finnland, Italien, Portugal, Türkei und anderen Ländern auch getan. Unsere IPPNW-Sektionen in 70 Ländern, incl. Algerien, Ägypten, Jordanien, Israel, Marokko und viele andere sind in gleicher Weise tätig geworden. Wir haben also alle unentwegt für die Verhütung des großen Unglücks gearbeitet, aber die Unvernunft und die Unmenschlichkeit haben triumphiert. Das große Übel, die schreckliche Menschheitskrankheit, nämlich den Krieg haben wir nicht verhindern können, er ist ausgebrochen wie eine Infektionskrankheit, wie ein metastasierendes Krebsgeschwulst, und nun werden wir Ärztinnen und Ärzte gerufen, wiederum nach unserem besten Wissen zu helfen. Mit Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich vor der Öffentlichkeit ganz klar darstellen, daß wir diesen Krieg und seine Vorbereitung ablehnen, daß wir aber selbstverständlich bei der Versorgung der Opfer dieses Krieges unser bestes Wissen und unsere Tatkraft einsetzen werden. Niemand möge uns vorwerfen, leidenden Menschen nicht helfen zu wollen, eine solche Einstellung hat es bei uns nie gegeben und wird es nie geben.



Foto: G.A.F.F. Marco Limberg

Viele von Ihnen wissen, daß ich mit einer internationalen Ärztedelegation der IPPNW in Kairo, Amman und Bagdad war und erst am 22. Dezember zurückkehrte. Insbesondere in Amman und in Bagdad führten wir intensive Gespräche mit der Ärzteschaft und erfuhren von der großen Not in den Arztpraxen und besonders Kliniken, bevor überhaupt der erste Schuß gefallen war. Jordanien litt unter dem Mangel an harter Währung und daher der Unmöglichkeit, genügend Medikamente einkaufen zu können. In Irak fehlte es selbst in den sonst ausgezeichneten Krankenhäusern an jedem und allem, da das Embargo gegen Irak total war, also aus der Sicht der Vereinten Nationen hervorragend funktionierte. Die dortigen Ärzte waren verzweifelt darüber, daß sie bereits viele ihrer Patienten sterben lassen mußten, aus Mangel an notwendigen Medikamenten.

Nun sind im Irak bereits viele tausend Sprengbomben und zusätzliche Raketen explodiert, aber wegen der strengen Pressezensur wissen wir nicht, ob die Zahl der Verwundeten und Toten in den Zehntausenden oder Hunderttausenden liegt. Welch großes Elend wird dort herrschen! Meine Generation

weiß, welche furchtbaren Wirkungen die damaligen Bombenangriffe auf die deutschen Städte hatten. In Dresden starben in 3 Bombenangriffen 50.000 oder 135.000 Zivilisten, die genaue Zahl der Opfer konnte nie festgestellt werden. Zigtausende starben in den anderen deutschen Städten, wie Hamburg, Kassel, Frankfurt, Berlin usw. Diese grausamen Opfer unter der Zivilbevölkerung sind unvergessen, wir Eltern haben unseren Kindern davon erzählt. Ist es da ein Wunder, daß ausgerechnet die deutsche Jugend gegen den Krieg demonstriert?! Uns wird vorgeworfen, daß solche Großdemonstrationen nicht in anderen Ländern stattfinden und man fragt uns, warum ausgerechnet die Deutschen? Die Antwort ist doch einfach: Zweimal schon hat Deutschland einen Weltkrieg ausgelöst und verloren, unter schrecklichsten Opfern. Zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg lag kaum eine Verschnaufpause, so daß viele tausend deutsche Soldaten Teilnehmer zweier Weltkriege waren. Seit 1945 hatten wir alle geschworen, uns nie wieder an einem Krieg zu beteiligen und wurden dafür von Ost und West gelobt. Jetzt ist wieder ein Krieg ausgebrochen, zwischen dem Westen und einer fremden Welt, und jetzt tadelt man uns, daß wir uns nicht am Krieg beteiligen wollen.

Es besteht kein Zweifel: Saddam Hussein ist ein grausamer Tyrann, der ohne Kriegserklärung, um Land zu erobern, den Iran überfiel und einen unbarmherzigen Krieg mit 1 Million Toten auf beiden Seiten über 8 Jahre führte. Obgleich die Genfer Giftgasprotokolle 1925 von der Staatengemeinschaft ratifiziert worden waren, setzte Saddam Hussein Giftgas im Krieg gegen Iran ein, das in den vom Westen gelieferten Apparaturen hergestellt worden war. Außerdem hat er damit seine eigene kurdische Bevölkerung bekämpft und viele ermordet. Wo blieb hier der Aufschrei des sog. christlichen Westens, wo zogen die Vertreter der christlichen Parteien unter Protest auf die Straße, wer verhinderte denn in den sog. christlichen Regierungen den Export der Fabrikanlagen für die Herstellung von Chemiekampfstoffen, wer verhinderte denn den Export von Raketen, Panzern, Kanonen, Flugzeugen, Computertechnologie etc.? Wo blieben die Demonstrationen derjenigen, die uns jetzt schelten?

Ich wiederhole: Saddam Hussein vergiftete und mordete seine Kurden, wer protestierte denn anhaltend? Saddam Hussein überfiel den Iran, wer protestierte denn in den Vereinten Nationen und im Westen? Und es kommt die viel schlimmere Frage nach: Warum wurde es nicht verhindert, daß die Waffenindustrie in West und Ost unentwegt beide Seiten, Irak und Iran, aufrüstete, so daß überhaupt der 8jährige Krieg möglich war? Warum schlugen sich die Regierungen der Vereinten Nationen und insbesondere Deutschlands, Frankreichs, Englands, Amerikas, der Sowjetunion und vieler anderer nicht laut und deutlich an die Brust und bekennen das eigene Verbrechen, nämlich dem Irak alle die Waffen geliefert zu haben, mit denen er dann seine Invasion nach Kuwait wagen konnte und nun den Krieg gegen die Welt um ihn herum zu bestehen meint?

Wenn die Friedensbewegung und wir hier diese große Demonstration in Bonn abhalten, so auch besonders aus diesem Grund: Wir klagen die Regierungen in West und Ost - und da wir im Westen leben also ganz besonders unsere Regierungen - an, diesen schrecklichen Krieg wegen des Profits ermöglicht zu haben! Wir demonstrieren, damit die Verantwortlichen endlich ihre Verantwortung und ihre große nicht mehr gut zu

machend Schuld erkennen und damit ein für allemal die Rüstungsindustrie versteht, daß sie sich durch Verbrechen bereichert. Wir demonstrieren, daß es Schluß werden soll mit den kriminellen Rüstungsexporten und wir demonstrieren gegen die Spekulanten, die sich über die großen Aufträgen in der Rüstungsindustrie freuen, so daß die Aktienkurse steil in die Höhe gestiegen sind.

Naive Leute glauben, die Friedensbewegung und insbesondere wir Ärztinnen und Ärzte der IPPNW wären anti-amerikanisch oder anti-israelisch eingestellt. Das Gegenteil ist der Fall! Wir fühlen uns eng verbunden dem Volk Amerikas und dem Volk Israels, in beiden Ländern haben wir unsere IPPNW-Sektionen, insbesondere in Amerika über 50.000 Ärztinnen und Ärzte, die mit uns und zur gleichen Zeit gegen den Wahnsinn demonstrieren. Wir sind zutiefst empört, daß Israel, für das wir Verantwortung tragen, in größte Gefahren gekommen ist dadurch, daß deutsche Industrie und andere westliche Industrie den Staat Irak zu einer Supermacht gemacht haben, von dem jetzt eine existentielle Gefährdung für Israel ausgeht. Die Bevölkerung Israels soll wissen, daß wir über die Terrorangriffe auf Tel Aviv empört und wütend sind. (Der Vorstand unserer IPPNW hat ein Telegramm an unsere Freunde in Israel geschickt und unsere Mittrauer ausgedrückt. In den nächsten Tagen werden wir eine "Geschwistervereinbarung" zwischen der israelischen und der deutschen IPPNW unterschreiben.)

Wir sind aber ebenfalls empört und wütend über die Terrorangriffe der ungezielten irakischen Raketen auf Städte Saudi-Arabiens, wodurch unschuldige Menschen gefährdet und getötet werden. Aber lassen Sie uns dabei nicht vergessen, und das betone ich in aller Eindringlichkeit, daß wir empört und wütend darüber sind, daß durch die amerikanischen Flächenbombardements viele Tausende unschuldiger irakischer Kinder, Frauen und alter Menschen umkommen oder schwerstverwundet werden, ohne daß ihnen wirksame ärztliche Hilfe zuteil werden kann.

Die IPPNW-Zentrale in Boston hat im Namen unserer 250.000 Ärzte in 70 Nationen die Regierungen der Welt aufgerufen, über die Vereinten Nationen einen sofortigen Waffenstillstand zu fordern, damit die leidenden Menschen durch das internationale Komitee vom Roten Kreuz sowie durch Unterstützung der Weltgesundheitsorganisation Erste Hilfe bekommen können, und unsere IPPNW-Zentrale würde durch unsere weltweiten Verbindungen aktiv dabei mithelfen.

Gerade als Deutsche, die wir die Flächenbombardements in deutschen Städten miterlebt und miterlitten haben, haben wir die Pflicht, an die Mitmenschlichkeit zu erinnern. Das Beispiel der Flächenbombardements auf deutsche Städte hat doch gelehrt, daß die Kampfbereitschaft eines Volkes dadurch nicht vermindert wird. Es kann nicht erwartet werden, daß die Bevölkerung als Folge der Bombardierungen gegen ihren Herrscher aufsteht. Vor 3 Tagen haben wir der Presse entnehmen müssen, daß Saddam Hussein rücksichtslos alle Menschen erschießen läßt, die nach seiner Meinung versagten oder zu widersprechen wagten. Die Androhung eines Chemiewaffenkrieges mit Raketen gegen Israel sowie die rücksichtslose Anzündung der Ölfelder in Kuwait und das Auslassen von Öl ins Meer, ohne auf die Auswirkungen auf die Umwelt zu achten, spricht für die menschenverachtende und verabscheuungswürdige Denkweise. Leicht kann man der Versuchung verfallen, zu glauben, daß es auf der Welt nur einen Bösewicht,

nämlich Saddam Hussein, gebe und vergift dabei, daß wir auch in der Bundesrepublik Deutschland 10.100 Giftgasgranaten lagern gehabt hatten, die von der US-Armee in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten bei uns heimlich stationiert worden waren. Man vergift, daß nicht nur Irak, sondern auch Amerika und die Sowjetunion und viele andere Länder, jetzt auch die Dritte Welt, Giftgasgranaten besitzen oder produzieren. Und man vergift, daß nicht nur Saddam Hussein wahrscheinlich hätte Atomwaffen bauen wollen, sondern daß es bereits mind. 8 Nationen gibt, die über Atomwaffen verfügen, von denen über 400 in der Golfregion stationiert sind, und daß in wenigen Jahren die Zahl der atomwaffenbesitzenden Nationen weiter angestiegen sein wird. Leider geben Amerika, England und Frankreich ein schlechtes Beispiel in der Welt, weil sie auf der unentwegten weiteren Atomwaffentestung bestehen und nicht bereit sind, einen weltweiten Atomteststopp zu vereinbaren. Vor wenigen Tagen ist ein solches globales Teststoppabkommen durch das Veto von Amerika und England gescheitert. Auch hiergegen demonstrieren wir, wir verlangen endlich als Voraussetzung zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens ein globales Teststoppabkommen und das Verbot, die technologischen Kenntnisse und Voraussetzungen zum Bau von Atomwaffen an andere Länder weiterzugeben. Während die Sowjetunion sich bereit erklärt hat, ein solches globales Teststoppabkommen zu unterzeichnen und nie wieder Atombomben zu testen, wenn auch die USA sich einer solchen Regelung anschließt, gibt leider Gottes die amerikanische Regierung der Welt das schlechte Beispiel und testet unentwegt weiter. Über 25.000 Atomsprengköpfe besitzt die USA, aber diese Zahl ist dem militärisch-industriellen Komplex nicht groß genug. Hiergegen demonstrieren und protestieren wir. Das ist keine anti-amerikanische Demonstration, denn unsere amerikanischen Freunde protestieren mit uns, ständig finden reisige Demonstrationen der amerikanischen Friedensbewegung in der Wüste von Nevada statt. Wir protestieren nicht anti-amerikanisch, sondern gegen die Politik der augenblicklichen amerikanischen Administration. Und wir wissen uns hier mit den Auffassungen des Bundespräsidenten und der Bundesregierung sowie der Opposition einer Meinung, das soll hier ausdrücklich betont werden.

Wir demonstrieren hier und fordern, daß der Krieg beendet wird, um dann unter Zuhilfenahme arabischer Diplomaten eine friedliche Regelung zu finden. Diese Forderung erheben zur gleichen Zeit mit uns die Internationale Ärztevereinigung IPPNW sowie in Deutschland der Präsident der Bundesärztekammer Dr. Karsten Vilmars, als Sprecher aller unserer deutschen Landesärztekammern und des Deutschen Ärztetages. International erheben die gleiche Forderung der Generalsekretär der Vereinten Nationen Perez de Cuellar sowie der Präsident des UN-Sicherheitsrates Nzengeya sowie die Präsidenten von Algerien, Libyen, Mauretanien, Marokko und Tunesien. Desgleichen hat sich die Bewegung der blockfreien Staaten einer solchen Friedensinitiative angeschlossen.

Wir appellieren gleichzeitig an Gorbatschow, mit der Gewalt im Baltikum aufzuhören und den Menschen die Freiheit zu geben.

Wir demonstrieren hier und fordern, daß sofort eine Nahost-Friedenskonferenz unter UN-Schirmherrschaft einberufen wird, um auch die Palästinafrage zu lösen. Auch in dieser Auffassung unterscheiden wir uns nicht von der unserer Re-

gierung sowie der des Ratspräsidenten der Europäischen Gemeinschaft Jacques Poos.

Wir demonstrieren hier und fordern Frieden, weil auch ein Sieg den Westen in diesem schrecklichen Krieg nicht zum Frieden führen wird, sondern zum Beginn neuer Feindschaften. Wer in Arabien gelebt hat oder, wie ich, mehrfach zu wissenschaftlichen oder Freundschaftsbesuchen in Israel war oder aus kulturhistorischem Interesse durch Jordanien oder Syrien gereist ist und jetzt die Gespräche in Kairo, Amman und Bagdad geführt hat, weiß, wie sehr sich Denken und Fühlen der arabischen Menschen von unserem Denken und Fühlen unterscheiden. Schon jetzt nimmt die Zahl der Anhänger Saddams Husseins in den arabischen Völkern von Tag zu Tag zu, obgleich seine Grausamkeiten verurteilt werden. Man darf nicht vergessen, daß die meisten Länder dieser Region erst 5 Jahrzehnte oder weniger über eine Selbständigkeit verfügen, da sie zuvor von den Westmächten besetzt und regiert waren oder als sog. Mandat verwaltet wurden. Die durch den Westen in Arabien erlittenen Demütigungen sind unvergessen, und der jetzige Vernichtungskrieg gegen unschuldige arabische Kinder und Frauen wird wiederum über Jahrzehnte oder Jahrhunderte unvergessen bleiben. Je länger dieser schreckliche Krieg andauert, desto größer wird der Schaden sein.



Foto: G.A.F.F. Marco Limberg

So rufen wir unserer Regierung und den mit uns befreundeten westlichen Regierungen laut und eindringlich zu: Kein Krieg ist ein gerechter Krieg, aber dieser Krieg bricht das Menschenrecht von Hunderttausenden unschuldigen Kindern, Frauen und Alten, die nicht leiden, sondern leben möchten. Dieser Krieg ist extrem unmenschlich, von beiden Seiten brutal geführt. Wir Ärztinnen und Ärzte rufen die Regierungen auf, daran zu denken, daß jeder Mensch, welcher Haut-

farbe, Rasse und Religion er auch sei, ein Mitmensch ist, ein Geschöpf Gottes, und daß wir uns versündigen, wenn wir dem weiteren Morden zuschauen, ohne unsere Stimmen laut hörbar zu erheben.

Ich danke Ihnen allen dafür, daß Sie gekommen sind. Wir wollen uns dann nachher in Würde an der großen Demonstration für den Frieden und für die Mitmenschlichkeit beteiligen.

Jeder Soldat ist einer zuviel

Helmut Prieß

Im Namen der über 200 kritischen Offiziere und Unteroffiziere der Bundeswehr, die sich seit über sieben Jahren im Arbeitskreis "Darmstädter Signal" zusammengeschlossen haben, solidarisiere ich mich mit allen, die die sofortige Einstellung aller Kampfhandlungen im sogenannten Golf-Krieg fordern. Der irakische Präsident Hussein ist seit vier Jahren als aggressiver Diktator bekannt, der rücksichtslos das Völkerrecht verletzt. Nur wenige haben unseren Protest gegen den irakischen Überfall auf Iran und den Mord an Tausenden von Kurden unterstützt. Trotzdem hätten wir, statt ab 16.1.91 Völkerrecht militärisch erzwingen zu wollen, die Durchsetzung und Wirkung des bereits funktionierenden Embargos für besser gehalten. Ich protestiere gegen die Terroranschläge des Irak auf Israel. Ich habe großen Respekt vor der zurückhaltenden, auf Vergeltung verzichtenden Politik Israels.

Ich traure um das erste Opfer der sogenannten alliierten Luftstreitkräfte, Leutnant Sunder, Pilot eines F-18-Jagdbombers der US-Marineflieger. Ich traure um alle, die er zuvor selbst mit seinen Waffen tötete - ich traure um alle Opfer, die per Knopfdruck durch Soldatenhand einen qualvollen Tod sterben - in Kuwait, in Irak, in Israel, in Saudi-Arabien; auch in Litauen, in Mosambik, in Bolivien, im Jordantal, in Irland. Jeder Politiker, der sich der Soldaten zur Konfliktlösung bedient oder derartige Maßnahmen unterstützt, hat versagt! Und jeder Soldat auf der Welt ist ein Soldat zuviel!

Verteidigungsminister Stoltenberg hat unter anderem gesagt: "Wir suchen auch die kritische Auseinandersetzung mit jenen Kräften, die den Golf-Krieg zur Zerstörung unserer freundschaftlichen Beziehungen zu den Alliierten mißbrauchen. Und auch zu ganz üblen Attacken auf unsere Soldaten." Und weiter: "Die Haltung der Regierung ist leider etwas verdunkelt durch massive feindselige Äußerungen militanter Gruppen gegen die Vereinigten Staaten und gegen die Alliierten." Wer so die Fakten vernebelt und verdunkelt, wer so feindselig über Andersdenkende berichtet - sozusagen von der selbst aufgebauten Heimatfront - ist selbst als Kriegsberichtersteller ungeeignet. Und weiter hat mein Minister den ehemaligen Bundeswehrgeneral Opel, jetzt MdB, beschimpft, er verbreite Horrorzahlen über die Kriegsoffer, und das sei ein Skandal. Der Skandal, Herr Minister, ist, daß der Weltöffentlichkeit die tatsächlichen Horrorzahlen um das Horrorgeschehen vorenthalten werden! Der Skandal, Herr Minister, ist, daß Sie uns Soldaten glauben machen wollen, im Golf-Krieg würden Recht und Freiheit verteidigt! Selbst wenn der Bundestag unsere gute Verfassung mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit verbindlich verschlechtern würde, so hätten die Soldaten der Bundeswehr dort nichts zu suchen - weil wir dort nichts verloren haben, schon gar nicht Recht und Freiheit!

Die Teilnahme an Kriegshandlungen, ob als "UN-Friedenstruppe", als "UN-Resolutionsdurchsetzer" oder als "Weltpolizisten", ist Soldaten der Bundeswehr vom Grundgesetz her nicht erlaubt! Im Gegenteil, sie müßten unter solchen Bedingungen Befehle zum Kampfeinsatz verweigern - und, in letzter Konsequenz, die Durchführung solcher Befehle sogar verhindern. Nachdem die USA mit Unterstützung der Türkei durch nationale Entscheidung eine Nordkriegsfront eröffnet haben, ist die ohnehin politisch fragwürdige Geschäftsgrundlage für den Verbleib deutscher Soldaten in der Ost-Türkei endgültig entfallen. Zur Vermeidung rechtswidriger Verwicklungen deutscher Soldaten in Kampfhandlungen - zum Rechtsschutz unserer Kameraden - fordern wir, das deutsche Truppenkontingent sofort aus der Ost-Türkei zurückzuziehen.

(zitiert nach: Frankfurter Rundschau, 28.1.91)

Der Krieg am Golf im Nord-Süd Konflikt

Brigitte Erler

Der Kalte Krieg zwischen Ost und West wurde feierlich vor zwei Monaten beendet. Im Schatten des Ost-West-Konflikts unbeendbar scheinende Kriege in der Zweidrittelwelt von Afghanistan bis Angola und Mozambique verlieren ihre Funktion als Stellvertreterkriege und ließen durch die Aufnahme von Verhandlungen den Glauben wachsen, die Menschheit sei zur Besinnung gekommen. Demokratiebewegungen von Burma über Benin bis Haiti schienen eine Chance auf Erfolg zu geben. Nelson Mandela wurde in Südafrika vom politischen Gefangenen zum Verhandlungspartner. Wir alle hegten die Hoffnung auf eine friedliche Welt zum Ende dieses Jahrtausends.

Der Golfkrieg hat uns unbarmherzig diese Illusionen beraubt.

Überall in der Zweidrittelwelt haben die reichen Länder - West wie Ost - zu ihrem eigenen Nutzen Diktatoren installiert und unterstützt, die ihre Völker ausbeuten und dabei mit uns Halbe-Halbe machen. Massenmörder, Folterer und Diebe an der Macht: solange sie nur den Zugang zu billigen Rohstoffen garantieren oder aus politischen oder militärstrategischen Gründen den eigenen Interessen dienen, werden sie auch von den Demokratien des Westens finanziert und militärisch gestärkt, um ihre eigene Bevölkerung zu unterdrücken.

Die Bundesregierung bildet dabei keine Ausnahme. Wer sich die Liste der Empfänger staatlicher Militär- und Polizeihilfe ansieht, liest einen Who-is-Who der Diktatoren dieser Welt. Aufstand und Bürgerkriege in Sudan und Somalia behindern die kameradschaftliche Zusammenarbeit nicht. Völkerrechtswidrige Besetzungen fremden Landes, der Westsahara durch Marokko oder Ost-Timors durch Indonesien beeinträchtigen in keiner Weise die militärische Freundschaft. Alltägliche Menschenrechtsverletzungen wie Folter und staatlicher Mord? Kein Problem. Eine höfliche Protestnote reicht und dann stellt die Bundesrepublik dem notorischen Mörder Mobutu in Zaire eine zusätzliche Zivilgarde auf. Ein halbes Jahr nach dem Massaker an Hutus in Burundi reisen deutsche Bundestagsabgeordnete dorthin, um persönlich 4 Mio. DM Militärhilfe in die noch blutigen Hände zu legen.

Die Völker haben unter ihren Despoten und uns, deren Helfershelfern, doppelt und dreifach zu leiden. Gemäß dem Diktat von Internationalem Währungsfonds und Weltbank müssen sie ihre Landwirtschaft auf Soja, Blumen und feine Bohnen für die Märkte der Industrieländer umstellen, obwohl sie selber nicht genug zu essen haben. Der Erlös für ihre Rohstoffe landet auf den Schweizer Konten ihrer Herrscher. Sobald sich Widerstand organisiert, wird er zusammengesossen. Zusätzlich dazu haben die Völker der Zweidrittelwelt für die Schulden, die ihre Regierenden machen, zu zahlen. In 5 Jahren haben sie allein für den Schuldendienst netto 150 Mio. \$ an die reichen Industrieländer gezahlt. Und Jahr für Jahr steigt diese Summe noch.

Sobald aber eine dieser Regierungen die vorgeschriebene Rolle, die Nachbarn in Schach zu halten, nicht mehr spielen will, sobald ihre Untaten sich nicht mehr nur gegen die eigene Bevölkerung richten, sondern Interessen der Industrieländer bedrohen, dann wandelt sich der bisher befreundete und geförderte Diktator von heute auf morgen in ein Ungeheuer, das die ganze Welt bedrohe und, koste es, was es wolle, vernichtet werden muß. Als Saddam Hussein den Iran angriff und das Völkerrecht brach, eilten ihm Ost und West dabei zu Hilfe und rüsteten ihn erst richtig auf. Als er die Kurden mit Giftgas angriff und allein in Halabja 5000 Männer, Frauen und Kinder unter Qualen sterben ließ, honorierte das die Bundesregierung schon im nächsten Jahr mit Wirtschaftsförderung durch Hermesbürgschaften auf satte 600 Mio. DM.

Und genauso schnell geht die Verwandlung in die umgekehrte Richtung. Der Massenmörder Assad in Syrien steht Saddam Hussein weder an Menschenverachtung noch an Machtwillen nach. In atemberaubender Geschwindigkeit wandelte er sich vom geächteten Terroristenförderer und Bedroher Israels zum friedenswährenden Alliierten, der das Völkerrecht verteidigt. Wenn er genügend aufgerüstet ist, wird sein Volk das nächste sein, das mit Krieg überzogen wird, um einen Gewalttäter unschädlich zu machen?

Denn leiden müssen unter dieser Politik immer die Völker. Leiden und sterben müssen unschuldige Menschen im Irak, leiden müssen die doppelt gestraften Kurden, leiden und sterben müssen Menschen in Israel, die bisher unter Bedrohung leben mußten, aber immerhin leben. Erst der Krieg tötet.

Mit besonderem Entsetzen, Abscheu und Scham erfüllt uns, daß Deutsche schuld sind am Leiden und Sterben von Juden. Ich kann es noch gar nicht fassen, daß wir wieder dabei sind!

Leiden müssen auch die Menschen in Kuwait. Erst durch den Überfall des Irak, dem entsetzliche Menschenrechtsverletzungen folgten. Und jetzt zusätzlich durch den Krieg. Was hat ein Krieg für einen Sinn, der das Land, das er befreien soll, erst einmal zerstört?

Wollen wir weiter Diktatoren je nach politischem Kalkül aufrüsten und dann ihre Völker mit Krieg überziehen, um sie wieder zu entwaffnen?

Wir brauchen uns nicht einzubilden, daß die Völker dieses Spiel, die Interessen hinter den hehren Worten, nicht durchschauen! Wie sonst wären Massenkundgebungen für Saddam Hussein in Algerien, in Syrien, ja selbst in Bangladesch erklärlich? Saddam Hussein ist zur Symbolfigur des Widerstandes der Armen gegen die mächtigen Reichen des Nordens bis hinein nach Schwarzafrika geworden. Ausgerechnet er ver-

spricht, den Armen ihre Würde wiederzugeben, die wir seit der Kolonialzeit mit Füßen treten. Die Völker der Zweidrittelwelt sind keine unmündigen Kinder, denen man nach Belieben geben und wegnehmen, vornehmlich wegnehmen, kann. Wir sogenannten zivilisierten Bürger der Industriestaaten müssen endlich andere Lebensweisen achten und wo möglich, von ihnen lernen. Wir müssen einen Lebensstil ändern, der wie selbstverständlich alle Rohstoffe der Welt bis hin zum für die gesamte Menschheit überlebenswichtigen Tropenwald verschwendet. Wir müssen aufhören, den Hungernden ihre Nahrungsmittel wegzuessen. Eine rechtzeitige Öleinsparungspolitik etwa nach dem Plan Präsident Carters hätte allen diesen Krieg erspart.

Wenn wir unsere Lebensweise nicht umstellen, ist der bisher auf den Golf beschränkte Krieg nur ein Vorgeplänkel des Krieges Nord gegen Süd.

Es gibt intelligentere Mittel, Völkerrechtsbruch und Menschenrechtsverletzungen zu begegnen, als Krieg. Eine strikte Durchsetzung des Embargos und eine Nahost-Friedenskonferenz sind nicht einmal versucht worden.

Wir fordern: Keine Unterstützung für den Krieg, weder finanziell noch materiell.

Wir fordern: den Rückzug Iraks aus Kuwait.

Wir fordern: Hände weg von Israel.

Wir fordern: Beendet diesen Krieg sofort.

3. Bonn-West/Schlachthof

Rüstungsexport stoppen!

Richard Ackva, Referent für Friedenstragen beim Versöhnungsbund

Liebe Freundinnen und Freunde!

Alle Welt ist über die bundesdeutschen Rüstungsexporte an den Irak entsetzt. Firmen halfen beim Bau einer fast fertigen Atombombe. Sie lieferten weit mehr als nur Labors und Anlagen zur Herstellung von biologischen und chemischen Waffen. Wir von der Kampagne "Produzieren für das Leben - Rüstungsexporte stoppen!" haben in unserer Liste bereits über 120 bundesdeutsche Exporteure des Todes verzeichnet.

Einsamer Spitzenreiter dieser Todeshitliste ist der Rüstungskonzern Daimler-Benz - der Stuttgarter Multi mit seinen Töchtern AEG, Dornier, Mercedes-Benz, Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) und MTU. Daß gerade diese Firmen mit den klangvollen Namen von der Aufrüstung Iraks profitierten, wird oft übersehen oder nicht erwähnt.

Die meisten Exporteure haben rechtlich gesehen nix zu befürchten. Denn die meisten Exporte wurden legal, nach Recht und Gesetz, abgewickelt:

- Vollkommen legal beteiligte sich die Daimler Tochter AEG am Bau einer Anlage zur Produktion von Munition. Weil mit der Anlage grundsätzlich auch zivile Produkte hergestellt werden können, war dieser Export recht unbedenklich.

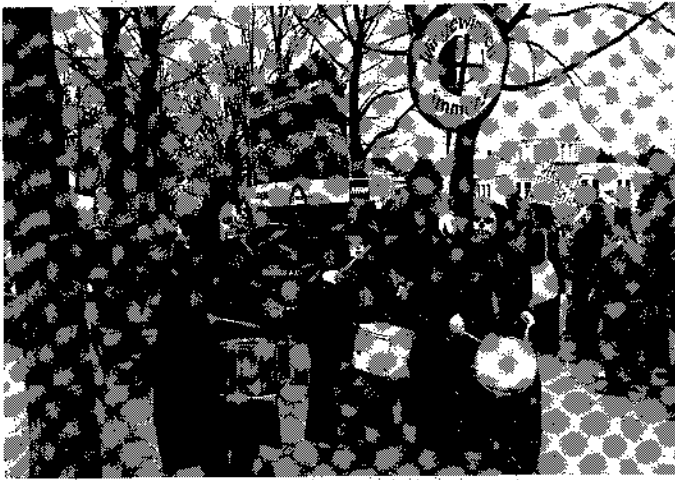


Foto: Bonn-Sequenz

- Vollkommen legal exportierte der Flugzeugbauer Domier zusammen mit seiner französischen Partnerfirma Dassault etwa 30 Alpha-Jets. Weil die Bundesregierung bei Kooperationsprojekten - wie beim Alpha-Jet - vertraglich auf ihr Vetorecht bei Exportgeschäften verzichtet hat, war dieser Export über Frankreich recht unbedenklich.
- Vollkommen legal verkaufte Daimler ca. 7.000 Militär-LKWs.
- Vollkommen legal durfte die brasilianische Firma Engesa ihre Schützenpanzer mit Daimler-Motoren ausstatten und an den Irak ausführen.
- Vollkommen legal verdiente MBB am deutsch-französischen Export der Exocet-Lenk Waffen ...

Das ist nur ein Ausschnitt aus den gesammelten Skandalen. Sie zeigen, wie sehr das Gerede, auch das des neuen Bundeswirtschaftsministers Jürgen Möllemann, am Kern des Problems vorbeigeht.

Von einer Ausnahme will ich doch kurz berichten. Die Düsseldorf-Firma Rheinmetall lieferte in den siebziger Jahren illegal eine Munitionsfüllanlage nach Südafrika. Nur dem Druck von Gruppen aus der Anti-Apartheid-Bewegung und Friedensbewegung ist es zu verdanken, daß das Verfahren nicht eingestellt wurde. Die verantwortlichen Rheinmetallmanager wurden zu kleinen Strafen auf Bewährung verurteilt. Das Gericht konnte sich, wie es selbst sagte, wegen des kriminellen Umfelds bei den Behörden zu keinen höheren Strafen entschließen. Ich erwähne das deshalb, weil Südafrika an Irak Feldhaubitzen geliefert hat, für die genau die Munition von Rheinmetall paßt.

Die allermeisten Rüstungsexporte wurden also nach Recht und Gesetz abgewickelt. Das gilt auch für große Teile der Giftgasfabriken, die die Welt in Atem hält. Im März 1984 erklärte die Bundesregierung im Bundestag, daß die von der Firma Pilot Plant bis zu dem Zeitpunkt gelieferten Anlagenteile nicht genehmigungspflichtig sind. Im Sommer 1984 versuchte die Regierung - nur weil die USA richtig Druck gemacht hatten - die restlichen Teillieferungen zu verbieten. Dabei ging die Regierung so schlampig vor, daß die Gerichte den weiteren Export durchgehen lassen mußten. Pilot Plant konnte folglich legal liefern. Auf den Bund kommen übrigens wegen der eingetretenen Verzögerung sehr wahrscheinlich noch Schadensersatzzahlungen in Millionenhöhe zu. - Ist es auf diesem Hintergrund nicht der Gipfel der Heuchelei, wenn

sich führende Regierungspolitiker jetzt empört und entsetzt zeigen? Als hätten sie von alledem keine Kenntnis gehabt! Wollen sie uns für vollkommen dumm verkaufen?

Ich sage, die Fakten und Akten müssen endlich auf den Tisch! Wir fordern von der Bundesregierung die Offenlegung aller genehmigten und durchgeführten Rüstungsexporte an den Irak in den letzten zehn Jahren. Schluß mit der Geheimniskrämerei!

Wir fordern von der Bundesregierung und vom Bundestag den Stopp aller Rüstungsexporte, damit sich nicht anderswo, etwa in Indien-Pakistan, eine ähnliche Tragödie wie am Golf wiederholen kann.

Wir fordern vom Bundestag eine Grundgesetzänderung von Artikel 26/2. Der Artikel könnte lauten: "Der Export von militärisch verwendbaren Gütern ist verfassungswidrig! Das Nähere regelt ein Bundesgesetz."

Bonn soll endlich alle Verträge mit Paris, London und Rom aufkündigen, nach denen Bonn bei Rüstungsexporten auf sein Vetorecht verzichtet.

Wir wissen, daß die besten Gesetze gegen Rüstungsexporte nicht viel nutzen, wenn zu ihrer Umsetzung der entsprechende politische Willé fehlt. Wenn die Politik versagt, dann ist das Volk zum Handeln aufgerufen.

- Die Kirchen sollten bei ihrem Nein zum Rüstungsexport endlich Roß und Reiter nennen.
- Der DGB sollte bei seinem Nein zum Rüstungsexport endlich Roß und Reiter nennen.
- Wir von der Kampagne demonstrierten 1985 vor Rheintal!
- Wir von der Kampagne demonstrierten 1987 vor der damals im Bundesbesitz befindlichen Firma Fritz Werner im Rheingau!
- Wir von der Kampagne demonstrierten 1988 vor dem Bundesamt für Wirtschaft in Eschborn bei Frankfurt!
- Wir von der Kampagne demonstrierten am 17. November letzten Jahres im Stuttgart unter dem Motto "Kein Krieg am Golf - Entrüstet Daimler"!
- Wir von der Kampagnen haben den Rüstungskonzern Daimler-Benz, den größten Rüstungsexporteur, zum Schwerpunkt unserer Arbeit gemacht!
- Wir wissen: Die Waffenhändler am Kabinetttisch und in den Führungsetagen der Wirtschaft scheuen die Öffentlichkeit wie der Teufel das Weihwasser!

Wir wissen aber auch, daß unser Nein zu den Rüstungsexporten auf die Dauer gesehen wenig einbringen wird, wenn wir nicht auch die Rüstungsproduktion in den Blick nehmen. Wir von der Kampagne fordern deshalb die Umstellung der Rüstungsproduktion auf die Fertigung von zivil, ökologisch sinnvollen Gütern!

Überall, wo es geht, sollten wir von der Politik und der Wirtschaft den Stopp von Rüstungsexporten einklagen! Macht mit!

Vielen Dank!

Feministisches Aktionsbündnis

Wir sind Frauen vom feministischen Aktionsbündnis gegen den Krieg.

Vom Kriegsbeginn am Mittwoch bis zum Montag haben wir das Bonner Büro des Deutschen Gewerkschaftsbundes besetzt mit der Forderung, der DGB solle die Bevölkerung zum Generalstreik aufrufen.

In Hannover und Göttingen gab es DGB-Besetzungen mit der gleichen Forderung: Gewerkschaften sollten imperialistische Kriege verhindern. Mehrmals in der deutschen Geschichte sind die Gewerkschaften an dieser Aufgabe gescheitert. Der 1. Weltkrieg und die Machtergreifung durch die Nazis hätte durch einen Generalstreik zur richtigen Zeit verhindert werden können und müssen. Nach 1945 haben die Gewerkschaften mit 5 Minuten Streiks und guten Worten weder die Wiederbewaffnung der BRD noch die Notstandsgesetze verhindert. Ganz gewiß werden sie damit auch nicht die Flächenbombardements im Irak und den irakisch besetzten Gebieten, in Kurdistan, Kuwait und dem gesamten Nahen Osten stoppen.



Foto: Joker/Rainer Streußloff

Dieser Krieg ist auf keinen Fall zu rechtfertigen! Wenn wir glauben sollen, daß die Notwendigkeit, den Diktator Hussein zu stürzen, diesen Krieg verursacht, so ist das eine Lüge. Hussein ist ein grausamer Verbrecher und Massenmörder, der nicht gewählt worden ist. Hussein war - wie viele Diktatoren dieser Welt auch - über lange Jahre ein Günstling der Großmächte. Der CIA schützte Hussein vor oppositionellem Widerstand in seinem eigenen Land. Die Invasionsabsichten Husseins waren der USA bekannt. Die US-Botschafterin verurteilte diese Pläne nicht, sondern signalisierte Nichteinmischung. Es besteht kein Zweifel: dieser Krieg ist von den USA gewollt und von seinen Verbündeten mitgetragen.

Die Rüstungsindustrie der BRD hat wie keine andere am Export in den Irak und den Iran verdient. Durch die Exporte war Hussein erst in der Lage, mittels Giftgas ein Massaker an der kurdischen Bevölkerung zu begehen und sie aus Kurdistan zu vertreiben, gegen den Iran Angriffskriege zu führen und Kuwait zu überfallen.

Die Gewerkschaften haben jahrelang diesen Rüstungsexporten zugesehen. Sie haben die kurzfristigen ArbeitnehmerInneninteressen in der BRD über das Überlebensinteresse der

Völker im Nahen Osten gestellt. Der DGB ist damit mitschuldig. Arbeitsplatzsicherung rechtfertigt keinen Völkermord.

Und der DGB ist gerade wieder im Begriff, sich mitschuldig zu machen. Herr Meyer, wenn er die Kriegssteuerpläne der Bundesregierung zur Unterstützung dieses Völkermordes nicht eindeutig verurteilt, sondern ihnen lediglich ein soziales Mäntelchen umhängt!

Über den Einsatz bundesdeutschen Militärs außerhalb des Bundesgebietes streiten sich die Parteien. Wenn die Einsatzmöglichkeit durch eine Grundgesetzänderung untermauert wird, hätte wir innerhalb weniger Monate: Wiedervereinigung, Wahl des gesamtdeutschen Parlaments, Kanzlerwahl, Grundgesetzänderung und Kriegseintritt!

Das darf nicht sein. Die Kampfhandlungen am Golf müssen sofort (und einseitig) eingestellt werden!

Wir Frauen wissen und erfahren täglich, wie in Schlafzimmer, an Arbeitsplätzen und auf der Straße Männer ihre Macht über Frauen mit Gewalt zu sichern suchen. Auch deshalb können wir angesichts dieses Völkermordes nicht stillhalten. Wir sind der Meinung, daß die Arbeit gegen den Krieg sich gerade für Frauen nicht darin erschöpfen kann und darf, dem Krieg seine Schärfe zu nehmen. Die Geschichte zweier imperialistischer Kriege hat gezeigt, daß Frauen sich einsetzen für humanitäre Hilfen in einer zutiefst inhumanen Angelegenheit.

Wir sind angesichts dieses Krieges nicht bereit, die Trümmer- und Trauerarbeit zu leisten, die Kriegskrüppel zu pflegen, die verlassenen Arbeitsplätze zu übernehmen und neues Kanonenfutter in die Welt zu setzen!

Wir wehren uns gegen die uns durch einen Krieg aufgezwungenen Gefahren. Wir wehren uns mit Zivilem Ungehorsam. Wir wehren uns mit allen unseren Mitteln: dieser Krieg muß beendet werden! Hunderttausende Tote, verbrannte Erde, verseuchtes Land. Auch wenn die gewaltige Zensur bis in unsere Köpfe zu dringen versucht, wissen wir von unseren Eltern und Großeltern, was Krieg bedeutet.

Dieser Krieg ist kein moralischer Ausrutscher derer, die den Krieg führen. Er ist geplant und gewollt von den USA und von seinen Verbündeten mitgetragen. Der Grund für den Krieg ist nicht emotionale Aggressivität, sondern wirtschaftliches und machtpolitisches Interesse, welches ohne Rücksicht auf menschliche Werte durchgesetzt wird! Widerstand gegen diesen Krieg kann deshalb nicht nur auf psychologische Friedfertigkeit reduziert werden. Wir leben in einer Welt, wo Macht, Abhängigkeit und wirtschaftliche Verflechtungen zu einem solch dichten Netz geknüpft sind, daß wir alle ein Teil davon sind. Es gibt nicht die Möglichkeit, sich der Mitverantwortung zu entziehen, sich moralisch sauber zu halten. Es ist kein Friede, es ist Krieg.

Unsere gewählte Regierung und viele unserer Arbeitgeber sind an diesem Krieg beteiligt, und niemand kann sich davon entlasten, Stellung zu beziehen. Es gibt keinen friedlichen oder unfriedlichen Widerstand. Wenn wir uns in guten und bösen Widerstand spalten lassen, dient dieses nur denjenigen, die ohne jede Moral weiter und immer noch an diesem Völkermord verdienen.

In diesem Sinn sind wir zusammen stark, und in diesem Sinn, laßt uns alle zusammen diesen Krieg behindern und stoppen!



Demonstrationszug von Josefshöhe

Foto: Rainer Streußloff/Joker

4. Josefshöhe

Nehmen wir uns das Recht, die Verantwortlichen beim Namen zu nennen!

Verena Krieger

Viele von uns sind heute auf die Straße gegangen, aus Angst davor, daß auch wir hier in den Krieg mit hineingezogen werden. Tatsache aber ist: Im Nahen Osten sind heute schon Zigarettausende, womöglich Hunderttausende tot, verletzt, ohne Dach über dem Kopf, in panischer Angst vor weiteren Bombenanschläge. Tatsache ist auch: Deutschland ist an diesem Krieg von Anfang an beteiligt. Unsere Bedrohung durch mögliche Bombenanschläge des Irak ist lächerlich - verglichen mit der Effizienz, mit der deutsche Bomben im Irak Tag für Tag mitmorden. Wenn es etwas gibt, was uns auf die Straße treiben muß, dann das Entsetzen darüber, daß wieder einmal Deutschland sich als Kriegstreiber und als Kriegsprofiteur betätigt.

Schon deshalb ist der Vorwurf des Antiamerikanismus einfach lächerlich und ein billiges Manöver, um von den eigentlich Verantwortlichen abzulenken.

Wer hat denn die Gaslieferungen an den Irak zugelassen, obwohl sie hätten verhindert werden können? Wer hat denn kräftig dabei mitgeholfen, den expansionistischen Diktator Hussein militärisch, finanziell und politisch aufzubauen? Das

waren doch nicht wir, das war doch nicht die Friedensbewegung!

Weshalb ist in den Medien neuerdings nur von illegalen Waffenlieferungen die Rede, wenn doch zwischen 1982 und 1986 ganz legal Waffen für über 600 Millionen Dollar aus der BRD an den Irak geliefert worden sind - mit Wissen und Zustimmung der jeweiligen Bundesregierung! Da stecken alle mit drin, ob sie nun Schmidt, Genscher oder Kohl heißen!

Die CDU-Regierung, die sich bis heute weigert, den Opfern des Nationalsozialismus wie den Roma und Sinti und den ZwangsarbeiterInnen eine angemessene Entschädigung zuzugestehen, was hat sie eigentlich aus der deutschen Geschichte gelernt? Dieselbe Bundesregierung, die bereitwillig jede Menschenrechtsverletzung beschönigt, wenn es sich wie z.B. bei der Türkei um ein Nato-Mitgliedsland handelt, die bislang ohne mit der Wimper zu zucken jede völkerrechtswidrige Intervention der USA gebillt hat - wie will sie uns glauben machen, daß sie sich ausschließlich um das Recht der überfallenen Kuwaitis sorgt?

Die SPD-Landesregierung von NRW, die von den Rüstungslieferungen durch Gildemeister und die PreussAG gewußt haben muß und nichts dagegen tat, wann hat sie sich dafür beim israelischen Volk entschuldigt? Derselbe IG Metall-Vorsitzende, der jetzt meint die Friedensbewegung wegen angeblichem Antiamerikanismus kritisieren zu können - was hat er in seiner Eigenschaft als Aufsichtsratsmitglied bei Daimler-Benz gegen die Produktion von Kriegsgerät unternommen?

All diese Leute haben soviel Dreck am Stecken, daß ihnen jede moralische Legitimation fehlt, den Zeigefinger zu erheben.

Wenn jemand Grund zu Vorwürfen hat, dann sind das wir, die Friedensbewegung. Wir werfen den Massenmedien vor, über den Krieg und vor allem seine Folgen nicht die volle Wahrheit zu berichten. Wir werfen den Journalistinnen und Journalisten vor, daß sie sich offenbar auf Anweisung von oben an der systematischen Denunzierung der Friedensbewegung beteiligen. Wir fordern von ihnen: Zeigt endlich Zivilcourage! Die Mauern der Zensur, der Falschinformation und der verharmlosenden Kriegspropaganda müssen durchbrochen werden!

In viel zu vielen Köpfen hat die verdummende Logik des Krieges bereits Platz gegriffen. Oder wie soll man es sonst nennen, wenn etwa Konrad Weiß vom Bündnis 90 von der ich zitiere - "Zwangsabrüstung" des Irak spricht und sich mit dieser unglaublichen Beschönigung des Massengemetzels am Golf in etwa mit den amerikanischen Militärs auf einer Linie befindet. Und daß der DGB-Vorsitzende Meyer, der sich öffentlich für die finanzielle Unterstützung des Krieges durch die Bundesrepublik ausspricht, auf der heutigen Friedenskundgebung eine Rede halten wird, kann ja wohl nur ein Irrtum sein.

Alle wissen, bei diesem Krieg geht es nicht um freedom & democracy, sondern um den ungehinderten Zugriff aufs Öl. Denn wenn die USA ihren irrwitzigen Ölverbrauch einfach nur so weitermachen wird wie bisher, werden ihre eigenen Ressourcen in 10 1/2 Jahren erschöpft sein. Darüberhinaus geht es bei diesem Krieg auch um die politische und militärische Kontrolle einer strategisch brisanten Region. Der ganzen Welt soll demonstriert werden, wie künftig mit all jenen verfahren wird - ganz gleich, ob es sich um Diktaturen oder um demokratische Gesellschaften handelt - die sich dem Diktat der westlichen Mächte nicht beugen: Zweifellos ist Hussein ein unterdrückerischer, expansionistischer Diktator, aber ebenso offenkundig ist er ein Produkt der westlichen Politik der letzten Jahre, Und er ist kein Einzelfall. Wieviele blutige Diktaturen und unterdrückerische Regimes sind mit Unterstützung der USA und ihrer Freunde an die Macht gekommen! Erst war der Irak nützlich als Kriegsgegner des Iran, nun nützt er als

Vorwand, um in der Golfregion die westlichen Machtinteressen festzuklopfen. Wer leiden muß, ist die Zivilbevölkerung. In Irak, in Israel, in Kurdistan, in Palästina. Es gibt nur unzählige Opfer. Wie jeder Krieg ist dieser Krieg reine Barbarei.

Die Friedensbewegung ist in einer schwierigen Situation. Schwarz-weiß-Malerei ist in diesem Konflikt nicht möglich. Wir haben den Einmarsch Iraks in Kuwait verurteilt. Wir haben versucht diesen Krieg zu verhindern. Entsetzt mußten wir zur Kenntnis nehmen, daß es dem irakischen Diktator gelungen ist, einen Großteil der arabischen Völker und vor allem die PLO in seine Kriegsstrategie einzubinden. Seit Jahrzehnten leiden die Palästinenser und ihre berechnete Forderung nach einem eigenen Staat werden von Hussein brutal instrumentalisiert, und sie werden so oder so nicht zu den Gewinnern, sondern zu den Verlierern des Krieges zählen.

Entsetzt müssen wir gleichzeitig erleben, wie Israel als uneteiligtes Land militärischen Angriffen und ungeheuerlichen Drohungen durch den Irak ausgesetzt ist. Bei aller Kritik an seiner Politik gegenüber dem palästinensischen Volk - in dieser Situation gebührt Israel unsere volle Solidarität. Und es ist eine zwingende Folge dieser Solidarität, daß wir für eine schnellstmögliche Beendigung des Krieges kämpfen - denn entgegen der herrschenden Logik des Krieges, die Israel praktisch zur Geißel der Alliierten macht, kann nur so die Bevölkerung in ganz Palästina vor weiteren Bombenanschlägen geschützt werden.

Lassen wir uns also von der öffentlichen Propaganda nicht irren machen, nehmen wir uns das Recht weiterhin die Verantwortlichen beim Namen zu nennen. Gemeinsam mit den Friedensbewegungen in den USA, in Frankreich, in Italien, in Afghanistan, in Lateinamerika und in der ganzen Welt fordern wir:

- * Dieser Krieg muß sofort beendet werden!
- * Das Existenzrecht Israels muß anerkannt werden!
- * Die Realisierung des palästinensischen Staates muß ermöglicht werden!
- * Wir wollen, daß es Frieden gibt in dieser Region!

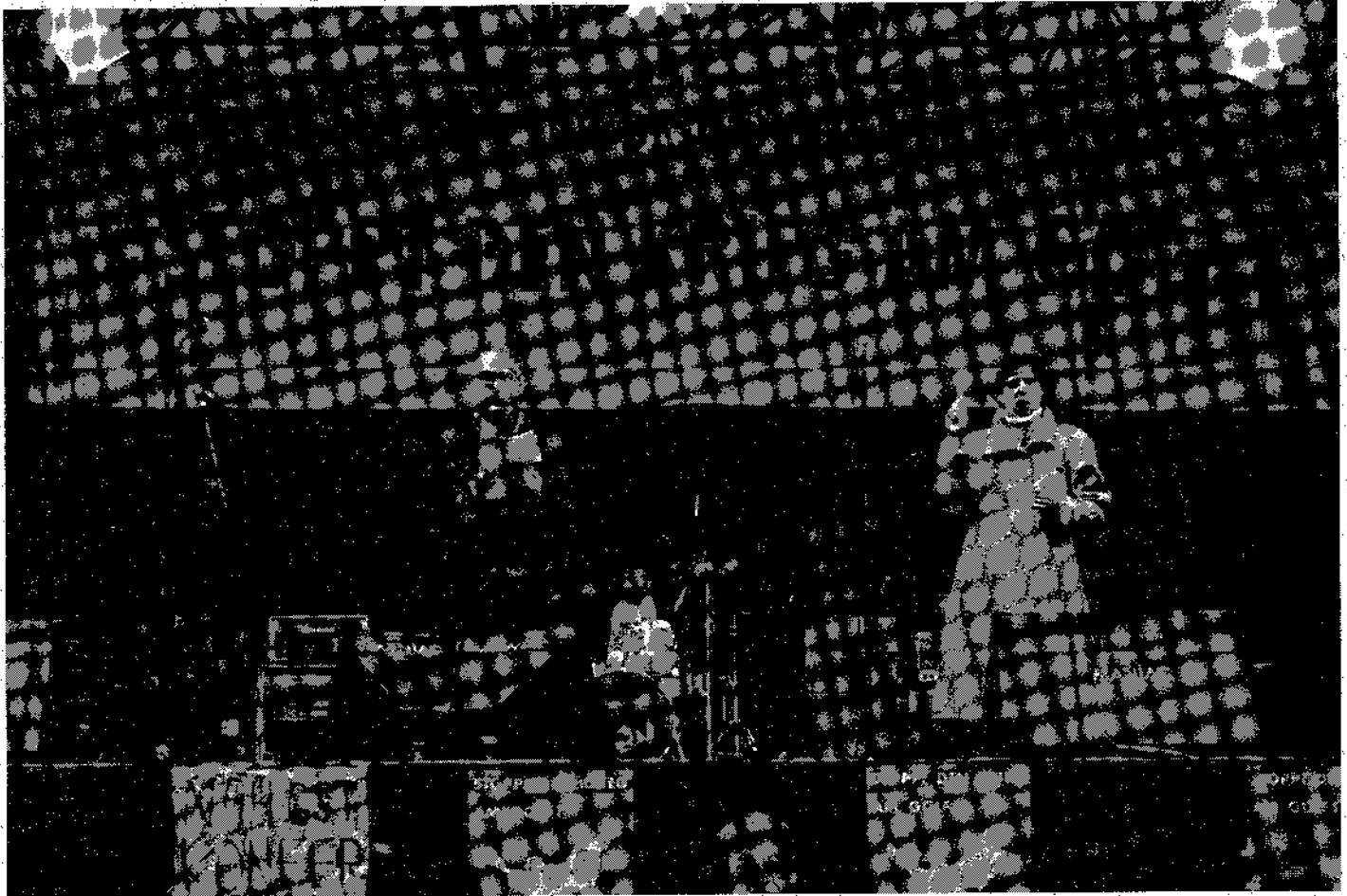
Redebeiträge während der Abschlußkundgebung

Moderation

Wir begrüßen Euch im Namen der Veranstalter, die uns Sabine Stamer, Fernsehjournalistin und mich Klaus Lage, gebeten haben, diese Kundgebung zu moderieren. Wir sind entsetzt über die vielen Opfer dieses Krieges, seien es Israelis, Iraker, Amerikaner oder aus welchem Land sie auch immer kommen. Es sind alles Menschen! Wir sind auch entsetzt darüber, daß der Krieg jetzt wieder zu einem Mittel der Politik geworden ist und wir demonstrieren hier, das muß wohl ganz am Anfang ausdrücklich betont werden, gegen den Krieg und nicht gegen die Amerikaner! Wir demonstrieren gegen die

kriegführenden Regierungen und nicht gegen die Völker. Wie unzutreffend der Vorwurf des Antiamerikanismus ist, zeigt die Tatsache, daß heute auch Amerikaner mit einem Marsch auf das Weiße Haus in Washington für das Ende dieses Krieges demonstrieren, also für dieselben Ziele die wir haben. Dort werden im übrigen 200.000 Menschen erwartet, wieviele es hier sind weiß ich noch nicht.

Es spricht jetzt zu uns Dr. Gottfried Forck, Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg/Ost.



Bischof Gottfried Forck

Foto: G.A.F.F. Marco Limberg

Die Institution des Krieges muß überwunden werden

Gottfried Forck

Diese Kundgebung will ein Signal sein an die Politiker und an alle Menschen. Sie will dazu aufrufen, zu politischen Lösungen am Golf zurückzukehren. "Um Gottes Willen - stoppt den Krieg!" lautet das Motto eines Flugblattes in diesen Tagen. Und wirklich: um Gottes Willen und um der Menschheit Willen bitten und ermahnen wir alle Politiker: "Stoppt den Krieg!"

Ich bin von Berlin nach Bonn gekommen, weil ich mich mit allen solidarisch fühle, die in diesen Tagen gewaltfrei auf die Straße gehen, um gegen den Wahnsinn des Krieges am Golf zu protestieren. Dieser Krieg ist eine Kapitulation der Politik vor den wirklichen Herausforderungen unserer Zukunft. "Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein, sagten die westlichen Kirchen schon auf der ersten Vollversammlung des ökumenischen Rates der Kirchen 1948. Und 1989 haben katholische und evangelische Pastoren als offizielle Vertreter ihrer Kirchen in Basel erklärt: die Institution des Krieges muß überwunden werden.

Gegenwärtig erleben wir eine gigantische Kampagne, die gegen alle politische Vernunft und historische Erfahrung so tut, als sei der Krieg noch ein brauchbares Mittel der Politik. Aber es bleibt dabei: Krieg darf nicht sein. Das gilt für Saddam Hussein wie für George Bush; das gilt in Kuwait ebenso wie im Irak, in Israel oder im Baltikum.

Ich sage das hier in Bonn, weil ich daran festhalte: unsere Maßstäbe müssen andere sein, als die von Saddam Hussein. Wir dürfen uns unsere Haltung zum Golfkonflikt nicht von dem Diktator Saddam Hussein diktieren lassen. Als Deutsche sind und bleiben wir gebrannte Kinder, was den Krieg angeht.

Krieg ist das schlechteste aller Mittel, um verletztes Recht wieder herzustellen. Sicher, es war Unrecht, daß Saddam Hussein Kuwait besetzt hat. Aber damit ist der Angriff auf den Irak noch nicht gerechtfertigt. Er schafft noch größeres Unrecht, indem er unzählige viele unschuldige Menschen im mittleren Osten mit Krieg überfällt und sie der Vernichtung preisgibt. Er setzt die Zukunft der Menschen dort und der ganzen Menschheit auf's Spiel.

Das Neue Testament lehrt uns: "Überwinde das Böse durch das Gute." Diese alte christliche Regel muß übersetzt werden in die Sprache der Politik. Sie heißt dann heute: "Strenge deine politische Phantasie an, damit Du wirksamere Mittel findest, als Bomben und Raketen."

Wir brauchen nicht bessere Waffen und eine bessere Bündnistreue, sondern endlich eine bessere Politik. Der alte Satz stimmt und sollte endlich beherzigt und befolgt werden: "Es gibt keinen Weg zum Frieden - der Friede ist der Weg."

Als Deutsche hatten wir gehofft, Krieg sei kein Mittel der Politik mehr. Wir glaubten, die gewaltfreie Wende in der DDR sei der zarte Anfang einer neuen Kultur der Gewaltfreiheit. Unsere Hoffnung wurde enttäuscht. Dabei hätten doch die Sanktionen der Vereinten Nationen gegen den Irak ein guter Weg sein können, das verletzte Völkerrecht wiederherzustellen.

len. Dennoch wurde der Krieg mit seinen, jetzt schon abzusehenden schlimmen Folgen gewählt. Wir sind enttäuscht.

Aber diese Enttäuschung darf uns nicht daran hindern, nun erst recht für einen gerechten Frieden im Mittleren Osten zu arbeiten.

Laßt uns mitten in der schrecklichen Logik dieses Krieges cintreten für die bessere Logik des Friedens. Dazu brauchen wir Mut und Widerstandskraft und auch Aufmerksamkeit füreinander. Unser Einsatz muß für den Frieden in der Welt erkennbar sein und erkennbar bleiben.

Laßt mich in wenigen Sätzen sagen, worauf wir jetzt besonders achten sollten, was jetzt besonders wichtig ist. Ich bitte Euch:

1) Laßt keinen Zweifel daran, daß Ihr als Friedensbewegung wirklich den Krieg bekämpft und nichts und niemanden sonst. Den Krieg, der unschuldige Menschen mordert, die Seele der Völker vergiftet und eine Zukunft in Gerechtigkeit und Frieden zunichte macht.

Nicht Amerika ist unser Gegner, sondern die Fahrlässigkeit der amerikanischen Politik und unter ihrem Einfluß die UNO, die ein Unrecht mit noch größerem Unrecht beantwortet hat. Saddam Hussein hat das Völkerrecht gebrochen. Aber der Krieg gegen den Irak trägt nun dazu bei, daß noch schlimmeres Unrecht im Mittleren Osten geschieht und die ganze Menschheit von einer Katastrophe bedroht ist. Wir sind nicht gegen die Amerikaner. Aber wir bitten die amerikanischen Politiker: Stoppt den Krieg, schließt einen Waffenstillstand, führt Verhandlungen und kehrt zu den politischen Sanktionen zurück.

2) Widersprecht und widersteht der ungeheuerlichen Behauptung, die Friedensbewegung in Deutschland sei bereit, den Staat Israel an den Aggressor Saddam Hussein auszuliefern. Wir sind nicht antisemitisch. Sondern gerade weil wir als Deutsche in Auschwitz am Tode von Millionen jüdischer Menschen schuldig geworden sind, möchten wir alles tun, daß das Giftgas in den Händen Saddam Husseins NIE gegen Israel zur Anwendung kommt. Der Krieg ist auch für die Menschen in Israel die größere Gefahr. Auch darum ist die Friedensbewegung eindeutig gegen diesen Krieg. Nur Verhandlungen, auch wenn sie mühsam sind, können weiteres Unheil verhindern.

3) Widersteht der Versuchung zur Gewalt. Wir können nicht gegen die Gewalt demonstrieren und im eigenen Haus gewalttätig sein. Laßt uns den schwierigen, langsamen und einzig zukunftsfähigen Weg der Gewaltfreiheit gehen.

Aus unserem Reden und Tun soll man eindeutig erkennen können, daß wir dem Frieden verpflichtet sind. Sonst wird man nicht auf uns hören.

Laßt uns in dieser Weise nicht aufhören, von deutschen Politikern mehr Einsatz für eine Beendigung des Krieges und für die Rückkehr zu Verhandlungen zu fordern.

Jesus hat gesagt: "Selig sind die Sanftmütigen, denn sie werden das Land besitzen!" Darauf laßt uns vertrauen und entsprechend handeln.

Sabine Stamer: Die Polizei schätzt übrigens, es ist ja bekannt, daß sie nicht zu hoch schätzt, daß 170.000 Demonstranten und Demonstrantinnen nach Bonn gekommen sind.

Wie es in Golf-Region in der Wirklichkeit aussieht, wissen wir ja überhaupt nicht aufgrund der umfassenden Pressezensur. Und auch über das Friedenscamp an der irakischen Grenze zu Saudi-Arabien, sind mehr oder weniger nur Gerüchte bekannt, es ist ja wohl inzwischen aufgelöst. Eine die selbst vor vier Wochen dort war und Anfang Januar zurückgekommen ist und sicherlich etwas mehr weiß als wir alle, ist jetzt hier, es ist Ulrike Laubenthal, von der Initiative "Frieden am Golf".

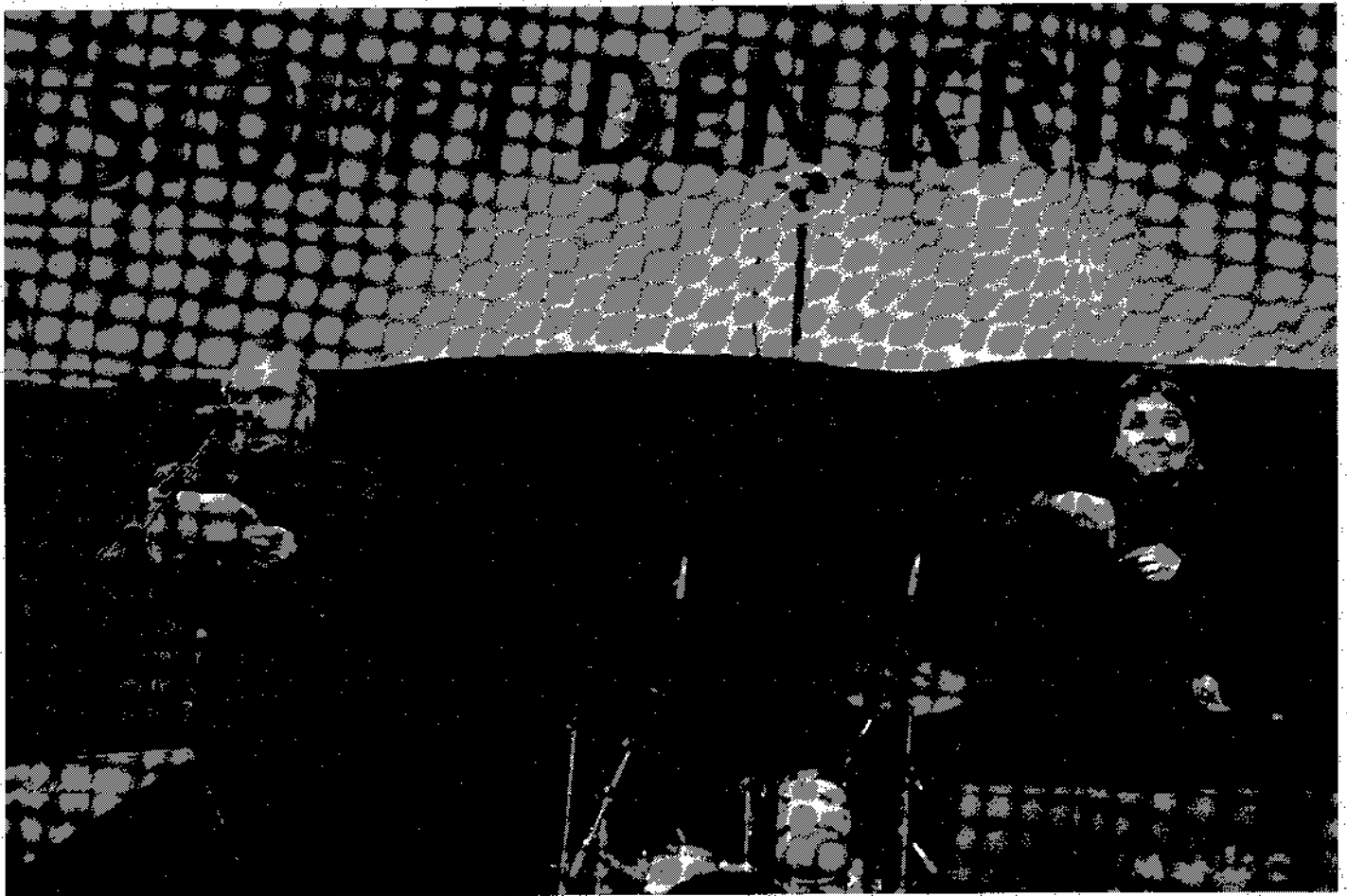


Foto: Erika Sulzern-Kleinemeier

Rede von Ulrike Laubenthal

Liebe Freundinnen und Freunde

Seit Mitte November sind ständig einige Menschen aus unserer Initiative "Frieden am Golf" im Irak gewesen und sind auch jetzt noch dort. Wir haben dort im Irak Menschen getroffen aus allen möglichen Ländern in aller Welt, die dort hingekommen sind in das Friedenscamp in Bagdad und auch in das Camp in der Wüste zwischen den Fronten, zwischen dem Irak und Saudi-Arabien, um dort mit uns gemeinsam, getragen von dieser gleichen Idee, ein Zeichen zu setzen, daß wir die Hoffnung nicht aufgeben wollen, daß es doch noch eine friedliche Lösung dieses Konfliktes geben könnte. Und wir haben mit unserer Präsenz dort appellieren wollen an die Menschen in aller Welt, diesen Krieg doch noch zu verhindern. Wir hatten im Irak Gelegenheiten, mit vielen Menschen ins Gespräch zu kommen und ich kann Euch sagen, ich bin dort niemanden begegnet, der den Krieg wollte. Ich habe diese Menschen nicht getroffen, die den Krieg wollen. Ich rede da nicht von der Regierung, mit der habe ich nicht gesprochen, aber die Menschen, mit denen wir in den Straßen gesprochen haben, in den Schulen, in den Krankenhäusern, die wollen den Krieg nicht. Die wollten den nie, wie sollte es auch anders sein. Ich denke da an den Taxifahrer oder den Dattelverkäufer, die sich geweigert haben, Geld von uns zu nehmen, sobald sie wußten, warum wir da sind. Ich denke an die vielen Menschen, die mit uns ihre Angst geteilt haben, ihre große Angst, daß es zu Krieg kommen könnte und die wissen was Krieg ist. Ich denke an die Schwester Oberin in einem Krankenhaus, die mit uns gemeinsam sehr inständig gebetet hat, daß es doch noch Frieden sein möge. Um all diese Menschen habe ich große Angst. Diese Menschen haben jetzt Angehörige verloren, diese Menschen sitzen im Bombenhagel, die haben kein sauberes Trinkwasser mehr. Ich habe Angst um diese Menschen, ich mache mir Sorgen. Und Angst habe ich auch um die Menschen in Israel natürlich und um alle anderen Menschen in der Golf-Region. Eine von den



Hans Werner Meyer und die Gebärdendolmetscherin Angela Kirschke

Foto: Arne v.d.Osten-Säcken/Joker

Frauen, die mit mir in Bagdad war, ist jetzt zurückgekehrt nach Israel, wo sie in einem Kinderheim arbeitet. Und auch um die mache ich mir natürlich Sorge, genauso wie um die Menschen im Irak. Und für all diese Menschen möchte ich, daß dieser Krieg aufhört, so schnell wie möglich. Was mit den Menschen im Friedenscamp ist, wissen wir nicht. Es waren über 100 Menschen aus aller Welt zur Zeit des Kriegsausbruchs im Irak, um ein Zeichen für den Frieden zu setzen und die allermeisten sind noch dort. Und da es keine Telefonleitungen mehr gibt, die intakt sind nach den Bombardements, haben wir keinen Kontakt mit ihnen. Wir warten auf Nachricht. Aber von vier Menschen dort wissen wir, was sie machen. Volker Nick, Malte Fröhlich, Alexander Kriegsheim und die 78jährige Eva Borman sind zur Zeit in Bagdad im Al Raschid Hotel und wollen dort auch bleiben, haben sie gesagt. Sie verstehen sich, nachdem die offiziellen Botschafter abgezogen sind, jetzt dort als die Botschafter der überwiegenden Mehrheit der Deutschen, die diesen Krieg nicht wollen. Und sie wollen dort bleiben, bis dieser Krieg zu Ende ist. Und ich denke, die Hoffnung die sich darin ausdrückt, das sie noch dort bleiben und diese Hoffnung, die sich auch auf uns gründet, muß uns auch Verpflichtung sein. Wenn uns das Entsetzen über die Bomben auf die Straße getrieben hat, dann kann uns vielleicht die Hoffnung, die diese Menschen in Bagdad jetzt weiter aufrecht erhalten, die Kraft geben, daß wir auch jetzt nicht aufgeben, daß wir weitermachen, daß wir nicht einmal, zweimal oder fünfmal demonstrieren, sondern solange mit Demonstrationen, mit gewaltfreiem Widerstand, mit Verweigerung immer wieder raus gehen, bis dieser Krieg tatsächlich aufgehört hat.

Klaus Lage: Es ist wohl das erste Mal, daß auf einer großen Bonner Friedensdemo der Vorsitzende des DGB spricht und deshalb begrüßen wir Heinz-Werner Meyer ganz besonders.

Wir alle müssen uns fragen

Heinz-Werner Meyer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Ein Krieg ist eine Katastrophe. Und jede Politik hat versagt, die diese Katastrophe nicht verhindert. Wer heute sagt, er ist gegen Krieg, aber dieser muß geführt werden, wer das sagt, ist nicht gegen Krieg. Wir fordern: Stoppt den Krieg, stoppt die Katastrophe am Golf - und zwar sofort. Die weltweite Verurteilung der gewalttätigen Besetzung Kuwaits war ein großer Erfolg. Nie zuvor haben die Vereinten Nationen so geschlossen und so entschieden politisch reagiert. Aber aus diesem Zeichen der Hoffnung wurde ein Fanal der Angst und des Schreckens.

Jetzt steht die Golf-Region vor einem Trümmerhaufen. Eine Konfliktlösung, die zu ihrer Verwirklichung Besiegte und Tote braucht, ist keine Lösung. Nach dem Krieg wird die Politik vor noch größeren Problemen stehen als vor dem Krieg.

Aber versagt haben nicht nur die Regierenden. Wir alle müssen uns fragen, warum wir den Konfliktherden des Nahen und Mittleren Ostens bis vor kurzem viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt haben.

Erst jetzt, wo uns die Angst um unsere eigenen Lebensgrundlagen bewegt, erst jetzt, wo Chemiewaffen und Feuersbrünste

zu weltweiten ökologischen Zerstörungen führen können, erst jetzt sind alle aufgewacht.

Die innenpolitische Auseinandersetzung in Deutschland um den Golf-Krieg spitzt sich zu. Da weder die einen als Friedenstreiber diffamiert, die den irakischen Diktator schalten und walten lassen wollten. Da werden die anderen als Kriegstreiber hingestellt, die nur nach einem Vorwand für die Vernichtung des Irak gesucht hätten. Beides ist falsch.

Ich wiederhole es: Die Leidensgeschichte des Nahen und Mittleren Ostens ist ein politisches Armutszeugnis für uns alle. Ob Regierende oder Regierte, ob rechts oder links.

Wer heute in Deutschland Friedensdemonstranten Anti-Amerikanismus unterstellt, lenkt nur von eigenem politischen Versagen ab.

Ist es Anti-Amerikanismus, eine sofortigen Waffenstillstand zu fordern?

Ich sage: Anti-Amerikanismus ist, wenn in Deutschland produzierte und mit Extraprofiten an den Irak verkaufte Waffen amerikanische Soldaten töten.

Aber von seinem eigenen politischen Versagen lenkt auch der ab, der die USA zum Aggressor des Golf-Krieges stempeln will. Wer über den Golf-Krieg redet, darf die Verbrechen Saddams Husseins nicht verschweigen. Die sind Anfang und Ursache dieses Krieges.

Ich appelliere an alle: Laßt uns nicht rechthaberisch und besserwisserisch politische Kleinkriege hier beginnen. Laßt uns gemeinsam für das Ende des Krieges dort arbeiten. Wir brauchen jetzt nicht gegenseitige politische Beschimpfungen, wir brauchen jetzt gemeinsame politische Friedensanstrengungen.

Für den Frieden zu arbeiten, heißt zuerst und vor allem: Sehen lernen mit den Augen der anderen, hören auf die Argumente der anderen und die Interessen der anderen mitbedenken.

Ich kann gut verstehen, daß viele unserer europäischen Nachbarn, daß vor allem viele unserer israelischen und amerikanischen Freunde die Deutschen nicht verstehen. Daß viele enttäuscht und verbittert sind.

Sie erinnern sich: An eine deutsche Diktatur, die Völkermord und Kriegsverbrechen auch deshalb begehen konnte, weil sie nicht rechtzeitig und nicht entschieden bekämpft wurde.

Sie sehen die Bilder: In Deutschland finden viele Friedensdemonstrationen statt, während die Völkergemeinschaft eine irakische Diktatur bekämpft, die auch mit deutschen Waffen hochgerüstet wurde.

Wie muß sich das darstellen für die Menschen in Tel Aviv, die nachts mit der Gasmasken vor dem Gesicht den irakischen Giftgasangriff erwarten? Wie muß sich das darstellen für die Familienangehörigen der alliierten Soldaten, die um das Leben ihrer Söhne, ihrer Brüder und ihrer Männer bangen?

Ich sage Euch, wie sich das darstellt: Diese Deutschen spielen öffentlich die Friedensapostel. Ingeheim machen sie Husseins Waffenschmiede. Und offiziell wollen sie möglichst mit allem nichts zu tun haben.

Das ist unser Bild im Ausland und es ist weniger Zerrbild als es uns lieb sein kann. Das müssen wir bedenken. Und dagegen wollen wir etwas tun! Denn nur wer Glaubwürdigkeit nach

außen und Gemeinsamkeiten nach innen besitzt, hat die Chance, Frieden zu schaffen.

Für Glaubwürdigkeit und Gemeinsamkeit müssen diese politischen Positionen stehen:

1. Erstens und unabdingbar: Der Krieg muß gestoppt werden. Er lastet brutal und blutig auf den Menschen der gesamten Golf-Region. Er fordert ungezählte Opfer und er bringt unabsehbare Gefahr für die künftigen Lebensgrundlagen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich in der UNO für einen Waffenstillstand und in der Europäischen Gemeinschaft für Friedensinitiativen einzusetzen - jeden Tag und immer wieder.

2. Saddam Hussein muß Kuwait freigeben. Mit seiner aggressiven Machtpolitik macht er sein ganzes Volk zum Schlachtopfer.

Auch Hussein muß sich dem Völkerrecht beugen.

3. Es muß eine Nah-Ost-Friedens-Konferenz geben.

Im Nahen und Mittleren Osten sollen alle Menschen und Völker in freier Selbstbestimmung und ohne Angst vor dem Nachbarn leben können.

4. Wir verabscheuen und verurteilen die Angriffe des Irak auf Israel.

Wir erklären uns solidarisch mit der israelischen Bevölkerung. Wir danken Israel, daß es Husseins Gewalt bisher nicht mit Gegengewalt beantwortet hat.

5. Nicht an der türkischen Ostgrenze, sondern zuerst in der internationalen Politik muß der deutsche Einsatz für den Frieden stattfinden. Auf Deutschland lastet die Hypothek zweier Weltkriege und deshalb spüren wir eine große Verantwortung für den Weltfrieden.

6. Der Waffenexport muß gestoppt werden. Wir wollen keine Waffen produzieren. Unsere Arbeit soll den Menschen nützen.

7. Wir rufen alle auf, in der Demonstration ihres Willens zum Frieden nicht nachzulassen.

Bis zum Ende des Krieges sollen an jedem Freitag in ganz Deutschland Schweigeminuten für den Frieden stattfinden.

Unsere Botschaft lautet: Lieber viele Jahre verhandeln, als eine Minute Krieg.

Sabine Stamer: Heinz-Werner Meyer hat auch die notwendige Solidarität mit dem israelischen Volk angesprochen. Ich glaube, gerade Angesichts der deutsche Geschichte, denken wir heute auch besonders an die Toten und Verletzten in Israel. Aber wir wissen, Krieg tötet und kann Leben nicht verteidigen. Unsere nächste Rednerin ist Israelin, lebt seit einem halben Jahr in Deutschland, Felicia Langer. Sie ist Jüdin, mußte vor den Nazis fliehen. Sie war in Israel aktiv in der Friedensbewegung und als Rechtsanwältin hat sie seit dem 6-Tage-Krieg Palästinenser in den besetzten Gebieten verteidigt. In den letzten Jahren auch israelische Wehrdienstverweigerer. Und erst vor wenigen Wochen hat Felicia Langer den alternativen Nobelpreis verliehen bekommen.



Felicia Langer

Foto: Foto-Report Bonn

Leid ist Leid!

Felicia Langer

Heute ist der zehnte Kriegstag - 10 Kriegstage zuviel. Es ist bereits die zweite Woche dieses sterilen, antiseptischen Krieges ohne Tränen, ohne einen Tropfen Blut.

Ein Krieg der Computer und lakonischen Berichte über die Anzahl der Bomben, die man auf Bagdad wirft. Und die Piloten, die so fleißig sind, daß sie schon vor dem Frühstück bombardieren und nach einer Pause - und einer Portion "ham and eggs" - weitermachen. Gibt es wirklich keinen amerikanischen oder englischen Piloten, der geweint hat als er zurückkam? So eine zensurierte Schlacht hat es noch nie gegeben. Auch die "ästhetische" Seite der Bomardements wurde betont: Ein amerikanischer Pilot hat gesagt, daß es fantastisch ist, wie Bagdad in Flammen steht und wie ein Weihnachtsbaum leuchtet!

Ein amerikanischer General erklärte: "Wir zählen keine Leichen".

Ich bin mit meinem ganzen Herzen mit allen Bewohnern von Tel Aviv, Haifa, Jerusalem - mit jedem Menschen, der in meiner Heimat lebt und ich fürchte jeden verbrecherischen Angriff auf Israel. Und gleichzeitig spüre ich auch das Leid der irakischen und kuwaitischen Kinder, Mütter und Väter, das Leid der Palästinenser.

Leid ist Leid, Blut ist Blut - und die sind universal.

Saddam Hussein ist ein aggressiver Diktator und er muß sich aus Kuwait zurückziehen. Seine Invasion von Kuwait war ein Verbrechen, die Besetzung ist ein Verbrechen. Alle seine Handlungen verletzen Menschenrechte und sind ein Bruch des

Völkerrechts, sie verstoßen gegen die UNO-Resolution. Aber ein Krieg ist eine Hunderttausendfache Verletzung von Menschenrechten. Man kann doch nicht ein Verbrechen mit anderen, noch größeren Verbrechen gutmachen.

Saddam Husseins Verbrechen hat nicht in einem politischen Vakuum stattgefunden, sondern im Nahen Osten, wo seit 23 Jahren alle UNO-Resolutionen mit Arroganz abgelehnt werden.

Die jüngste Resolution der UNO gegen die Deportation von vier Palästinensern aus den besetzten Gebieten, die Israel verurteilt, weil Deportationen ein Verstoß gegen die Vierte Genfer Konvention sind, wurde von der israelischen Regierung abgelehnt. Herr Shamir sagte im israelischen Fernsehen, daß diese Resolution wie frühere, ähnliche in den Archiven verstauben werde.

In einer Region, wo seit 23 Jahren eine grausame, militärische Besetzung existiert, wo UNO-Resolutionen, die in Archiven versteckt zu einer Farce geworden sind, hat Saddam Hussein die Arroganz, Irak betreffende UNO-Resolutionen nicht zu beachten.

Und die, welche die Arroganz unserer israelischen Regierung mit Verständnis toleriert haben, sind jetzt heuchlerisch empört! Es sind die USA und die Staaten der EG - die haben auch Saddam Hussein aufgerüstet. Sie zahlen jetzt den Preis der doppelten Moral, die unmoralisch ist.

Die Alliierten haben den Verhandlungen keine Chancen gegeben, sie haben zynisch und willkürlich den 15. Januar als Termin festgelegt. Warum? Weil die "boys" die Hitze in der Wüste im April nicht ertragen können...

Bush hat die Verknüpfung der Golfkrise mit der Lösung der palästinensischen Frage abgelehnt, der israelischen Haltung entsprechend, weil - so Bush - Saddam Hussein nicht Kuwait besetzt hat, um dieses Problem zu lösen.

Ja, das ist wahr. Aber wer hat diese Karte in Saddams Hände gegeben, wer hat ihm dieses Manövrieren ermöglicht? Es ist unsere hartnäckige israelische Politik der Ablehnung jeder Möglichkeit einer friedlichen Lösung der palästinensischen Frage durch die Anerkennung des Rechts der Palästinenser auf Selbstbestimmung und einen palästinensischen Staat neben Israel, nicht anstatt von Israel - und durch ihre Anerkennung unserer Rechte. Diese Politik wurde von allen amerikanischen Regierungen seit 23 Jahren gebilligt und unterstützt. Sie ist charakterisiert durch schwere Menschenrechtsverletzungen in den besetzten Gebieten, wo alles "American made or American paid" ist.

Die israelischen Friedenskräfte verstehen das und hunderte unserer Söhne und Brüder verweigern den Militärdienst in den besetzten Gebieten, viele gingen lieber ins Gefängnis. Sie verstehen die Botschaft, daß die Besetzung nicht nur eine Tragödie für das unterdrückte palästinensische Volk ist, sondern ebenso für unser Volk.

Wir haben diese Verknüpfung selber hergestellt, weil wir das Völkerrecht seit 23 Jahren verletzen - straffrei.

Wir müssen den Krieg stoppen.

Es muß eine internationale Friedenskonferenz einberufen werden, um endlich die Probleme Israel und Palästina, Irak, Kuwait, das der Kurden und aller anderen zu lösen.

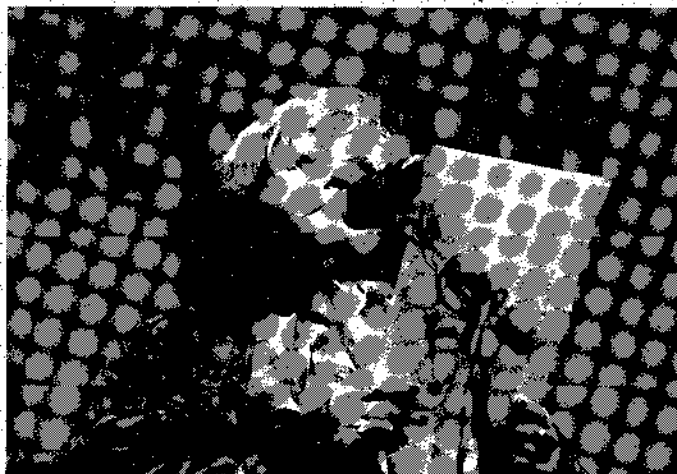


Foto:

Es muß eine Zone geschaffen werden, die frei von Massenvernichtungswaffen ist und das wird auch uns Israelis die Sicherheit garantieren.

Weisheit und Diplomatie müssen jetzt das Wort ergreifen.

Ein Krieg in der letzten Dekade dieses Jahrhunderts ist ein Anachronismus.

Zeit ist Blut!

Ich bin stolz gemeinsam mit Ihnen hier zu sein.

Ihr seid die Hoffnung der Zukunft!

Sabine Stamer: An dieser Demonstration für eine nicht militärische Lösung beteiligt sich übrigens auch, daß sage ich obwohl ich andere vielleicht nicht erwähne, die Friedensinitiative der evangelischen Lukas-Kirchengemeinde zusammen mit jüdischen Freundinnen und Freunden und auch die führen israelische Flaggen mit und demonstrieren für eine nicht militärische Lösung.

Klaus Lage: Jetzt kommen wir zu einem weiteren Beispiel von couragiertem Handeln, nämlich einer Familie aus Bremen, die sich um die Beratung von Soldaten kümmert, die die Armee verlassen haben oder wollen.

GI's helfen

Rudolf Prahm

Ich bin bereit, einem füchtigen US-Soldaten zu einer Unterkunft zu helfen. In den kommenden Wochen sollen auch 4.000 US-Soldaten aus Garstedt bei Bremen in den Krieg geschickt werden. Sie wurden aufgefordert, ihr Testament zu schreiben. Sie üben den Umgang mit Gasmasken. Viele von ihnen haben Angst, einige lehnen diesen Krieg zur Lösung politischer Konflikte ab. Diese Soldaten brauchen unsere Hilfe. Dieses will nicht nur ich Rudolf Prahm aus Bremen allein, sondern es haben 50 Bremer Bürgerinnen und Bürger unterschrieben und sie sind im Dezember Woche für Woche in den Bremer Tageszeitungen erschienen, immer jeweils von anderen 50 Bremerinnen und Bremern unterschrieben. Als diese Meldung nach Amerika gefaxt worden ist, hat die amerikanische Friedensbewegung innerhalb von 36 Stunden 4000 US-Dollar gesammelt und fünf US-Pfarrer und Rechtsanwälte

einfliegen lassen, die solche GI's beraten sollten, die einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung nach amerikanischem Recht stellen wollten. Einer dieser Pfarrer hat bei uns gewohnt. Obwohl sieben GI's vor der Abfahrt ihre Anträge gestellt haben, sind sie trotzdem gewaltsam mit an den Golf geführt worden. Von den 4000 US-Soldaten in Garstedt sind 30 nicht zum letzten Appell angetreten, sie sind irgendwo unterwegs.

Dies hat in der Friedensbewegung und bei Gewerkschaftern in Bremen zum Nachdenken geführt, was soll denn nun werden, wenn unsere Bundeswehrsoldaten aufgefordert werden in den Krieg zu ziehen. Dazu hat es am 15. Januar in Bremen eine große Versammlung gegeben, und da ist eine Resolution verabschiedet worden, von der ich der Kürze der Zeit wegen nur einen Satz sagen kann: Wir unterstützen die Soldaten, die sich dem Einsatz im Golf entziehen und gewähren ihnen Unterkunft. Aus den Angeboten von Unterkünften zitiere ich hier aus einem Angebot. Da schreibt jemand: Ich wohne auf dem Land, ich habe viel Platz. Mir ist es egal, ob ein Iraker oder ein Amerikaner kommt, ein Litauer oder ein Deutscher. Der hat begriffen worauf es ankommt. Wir können an der Haustür nicht sortieren, wen wir aufnehmen, wir nehmen jeden. Wüstensand ist kein Vaterland und deshalb nehmt diese Botschaft von mir mit, daß was wir Bremer machen, solltet ihr auch in euren Friedensgruppen, in den gewerkschaftlichen Kreisvorständen überlegen, ob sie auch wie wir Quartiermacher für solche sind, die Nein sagen. Danke schön.

Klaus Lage: Es ist jetzt schon klar, daß es über 200.000 Menschen sind, die hierher, gekommen sind. D.h., diese Demonstration bewegt sich in der Größenordnung 1982/83.

Als nächstes kommt eine Rap-Band, sie heißen "The Criminals". Acht Amerikaner, Veteranen, Reservisten, einige von ihnen haben den Vietnam-Krieg mitgemacht und wissen, warum sie sagen: "Just say No!"



Fotos: Bonn-Sequenz

Just say NO!

The Criminals

My name is Jeffer Subbers. Ich komme aus Detroit, Michigan. Ich war in Vietnam. Und das war ein Scheiß-Krieg. Deutschland hat diesen Krieg unterstützt. Frankreich hat diesen Krieg

unterstützt, Großbritannien und viele andere Länder haben diesen Krieg unterstützt. Und jetzt machen diese Leute genau dasselbe. Neben mir stehen zwei Vietnamveteranen, die gegen diesen Krieg sind. Und auch neben mir steht eine Frau, ihr Mann ist jetzt in der US-Army in Saudi-Arabien und er ist auch gegen diesen Krieg. Viele Leute sagen, daß wenn wir gegen Krieg sind, sind wir gegen die Amerikaner. Aber wenn es so ist, dann soll es sein, weil ich bin ein Opfer von Amerika. Ich bin ein Opfer des Rassismus in Amerika, Chauvinismus und alles, ja und ich bin gegen diese Regierung. Ich habe es satt mit dieser amerikanischen Regierung, ich habe es satt mit der deutschen Regierung, ich habe es satt mit allen Regierungen. Und jetzt, hier ist Christa Mayberry, sie sagt ein wenig über ihren Mann, der jetzt in Saudi-Arabien ist.



Foto: Bonn-Sequenz

Mein Mann hat mir geschrieben, daß es sein größter Fehler seines Lebens war, dort hinzugehen und daß sie dort von ihren Militärbossen wie Tiere behandelt werden, daß sie irgendwelche Medikamente schlucken müssen, daß die GI's sich beschweren, die GI's möchten nach Hause. Auch andere Ehefrauen haben mir von ihren Männern berichtet, daß sie alle nach Hause möchten. Stoppt den Krieg, wir müssen den Krieg stoppen.

Before we get start it, we have a wish for all of us to come together right now and put your hands in the air, like this, we want to have a moment of silence for all of our people who are dying right now and that we might die also. We would like to say just one moment of silence for our brothers and sisters.

(mehr als 200.000 Menschen auf dem Bonner Hofgarten schweigen eine Minute lang mit erhobenen Händen vor dem Musikbeitrag der Criminals)

Sabine Stamer: Jetzt ein weiterer Redner. Im irakisch-türkischen Grenzgebiet leben überwiegend Kurden. Und schon zu zehntausenden, vielleicht sogar zu hunderttausenden sind sie aus dieser gefährdeten Region geflohen. Genau von dort, nämlich aus der Region Deyabakir, kommt Ahmet Kalé. Er ist vor wenigen Tagen erst aus Kurdistan gekommen und kann uns berichten, welche Auswirkungen der Krieg gerade dort auf sein Volk in der Türkei hat.

Kein Menschenrecht für Kurden

Ahmet Kale

Liebe Freundinnen und Freunde,

Einen herzlichen Gruß aus Kurdistan an Euch alle.

An dieser Stelle möchte ich mich dafür bedanken, daß mir die Gelegenheit gegeben wird, über die Auswirkungen des Golfkrieges auf Kurdistan zu berichten.

Alle Menschen schauen in diesen Tagen mit großer Sorge auf die Golfregion, wo die mit der irakischen Besetzung Kuwaits begonnene Golfkrise sich in einen offenen Krieg ausgeweitet hat.

Das rassistische Baath-Regime im Irak zählt zu den grausamsten Unrechtsregimen. Seit Jahren beherrscht es die Bevölkerung des Landes mit äußerst brutalen und diktatorischen Mitteln, unterdrückt blutig jedwede Forderung nach Menschenrechten und Demokratie. Neben der Zwangsherrschaft über das eigene arabische Volk, unterdrückt das faschistische irakische Regime seit den 60'er Jahren auch das kurdische Volk auf grausamste Weise.

Zu all dem schwiegen die imperialistischen Kräfte des Westens, mehr noch, sie förderten sogar die Aktionen des Irak. Der Westen hat dieses Regime angeheizt, den islamischen Radikalismus im Iran zu vernichten und ihm mit gigantischen und Unheil bringenden Waffen ausgerüstet. Schließlich haben sie die Fäden aus der Hand verloren.

Der Zögling des Westens begann nun, sich gegen seine Herren selbst zu stellen. Für jedes Unrecht, das die Saddam-Diktatur anrichtet, ist der Westen in gleicher Weise verantwortlich. Denn sie haben diese abscheulichen Verbrechen mit ihrer direkten Unterstützung erst möglich gemacht.

Die USA und ihre Verbündeten leiteten den Golf-Krieg nicht etwa deshalb ein, um den Kuwait zu befreien, sondern sie führen Krieg für ihre eigenen egoistischen Ziele, sie führen Krieg für billiges Öl. Geradezu lächerlich klingt da, wenn die USA behaupten, sie setzten sich gegen die Besetzung Kuwaits ein. Damit können sie wohl kaum jemanden hinters Licht führen. Gerade die US-Außenpolitik selbst ist ein Paradebeispiel für Aggression und militärische Intervention, sie beruht auf dem Kolonialismus. Waren es nicht die USA, die erst jüngst Panama in Wild-West-Manier besetzten? Und besetzt der Irak zum ersten Mal ein anderes Land? Noch in seiner Gründungsphase hat es einen Teil Kurdistan besetzt. Hunderttausende Kurden, die sich gegen diese Besetzung stellten, wurden ermordet. Verletzte das Saddam-Regime nicht grundlegende Menschenrechte, als es seit 1986 wiederholt chemische Waffen gegen das kurdische Volk einsetzte, als es 1988 in der kurdischen Stadt Halabja in menschenverachtender und abscheulicher Weise das Leben von über 5000 Kurden mit chemischen Waffen auslöschte, als es Kurdistan dem Erdboden gleichmachte, als es das kurdische Volk zwangsumsiedelte? War dieses Regime seinerzeit etwa keine Diktatur? Während das Saddam-Regime all diese Gräueltaten beging, wurde es vom Westen, und dabei vor allem von der BRD, mit modernsten Waffen, mit Rohstoffen und der Technologie für die Chemiewaffenproduktion ausgerüstet. Auch der Emir von Kuwait, der König von Saudi Arabien und andere arabische Öl-Scheichs stützten den Irak. Alle Kräfte, die heute gegen

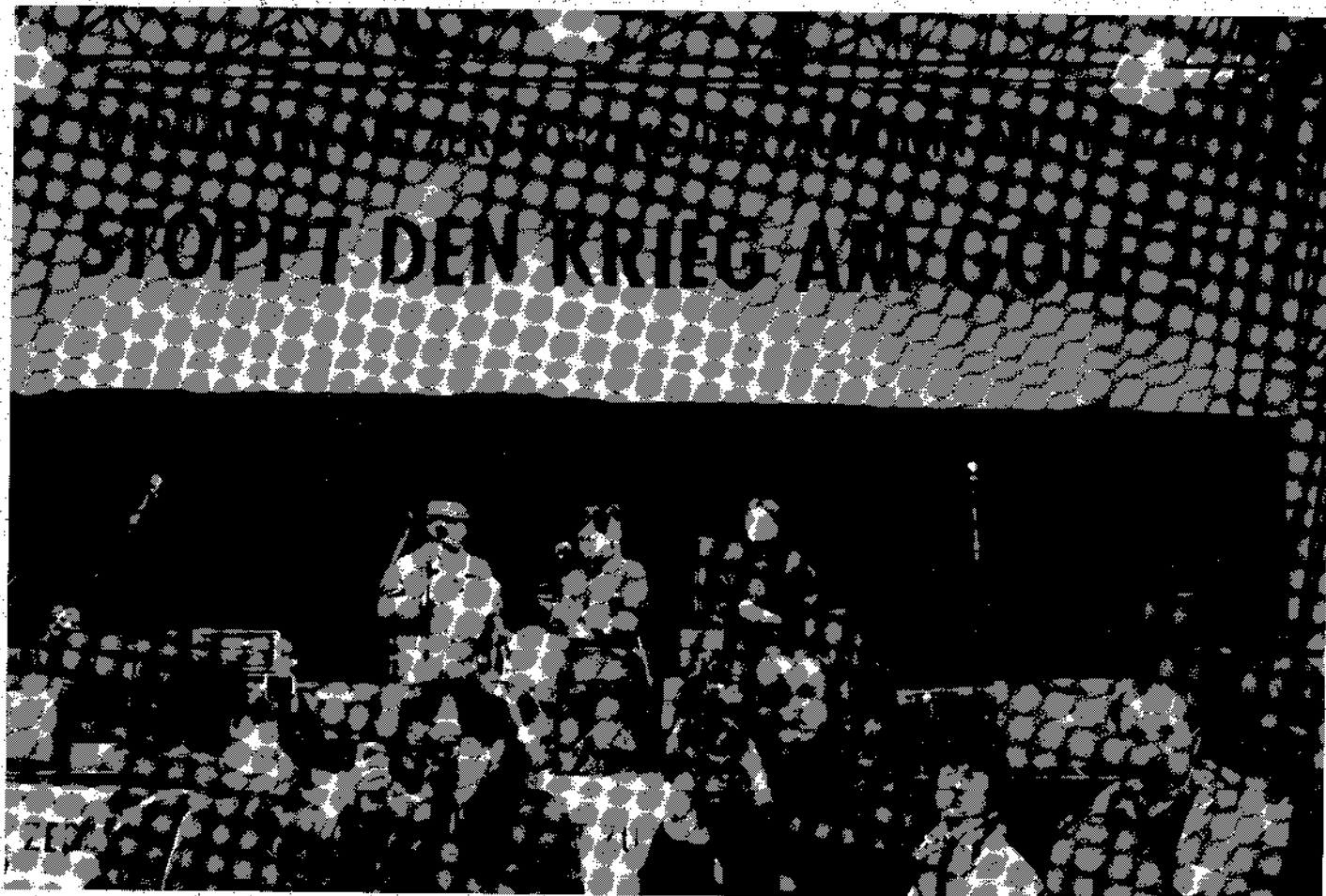


Foto: Joker/Rainer Steußloff

Saddam Krieg führen, seine Diktatur und Unmenschlichkeit anprangern, sind in Wirklichkeit die Wegbereiter und Mitschuldigen dieses Diktators.

Kurdistan ist eines der am meisten vom Golfkrieg betroffenen Länder. Es wird in diesen Tagen erneut mit Zerstörung und Vernichtung konfrontiert. Vor allem darf nicht übersehen werden, was die Türkei in Kurdistan im Schatten der Golfkrise anrichtet.

Der Türkei kommt die Golfkrise völlig gelegen, und sie nutzt ihn, um ihre Menschenrechtsverletzungen zu verstärken und die Unterdrückung der Bevölkerung zu forcieren. Gewaltsam geht das türkische Regime gegen die Forderung der Bevölkerung für Brot und Freiheit vor. In der von ihr geschaffenen Kriegs Atmosphäre im Lande hat sie den Weg der Unterdrückung gewählt, um den gerechten Widerstand der Arbeiter von Zonguldak zu ersticken. Die Presse und Journalisten, die die militaristische und aggressive Politik des türkischen Regimes kritisieren, werden der Zensur und staatlicher Willkür unterworfen. Gleichzeitig schmiedet die Türkei neue Pläne, um den national-demokratischen Kampf des kurdischen Volkes auszulöschen.

Der Türkische Staatspräsident Özal betreibt Kriegshetze und versucht die Bevölkerung in die Kriegspsychologie einzubinden, um sie somit von den Problemen im Lande selbst und von ihren Aktionen in Kurdistan abzulenken. Das Parlament hat sich auf die Linie Özals gestellt und der Regierung die Vollmacht zur Kriegserklärung erteilt. Schnelle Eingreiftruppen der NATO wurden ins Land geholt. Daß diese Truppen nicht gegen eine irakische Bedrohung geholt wurden, ist dabei offensichtlich. Die schnellen Eingreiftruppen sollen den ag-

gressiven innen- und außenpolitischen Zielen der Türkei dienen. Bereits jetzt hat die Türkei Hunderttausende ihrer Soldaten an der irakischen Grenze zusammengezogen. Ihr einziges Ziel ist es, nach dem Sturz von Saddam Hussein den national-demokratischen Kampf des kurdischen Volkes in Irakisch-Kurdistan blutig zu unterdrücken. In offiziellen Erklärungen sagt Özal lauthals, er werde die Gründung eines kurdischen Staates im Irak nicht zulassen. Und bereits jetzt werfen Kampfflugzeuge, die von den Stützpunkten Incirlik und Batman aus starten, ihre Bomben über Irakisch-Kurdistan ab. Nun sind die Kurden auch noch das Ziel der Bomben des westlichen Militärbündnisses. Nachrichten aus der Region zufolge beteiligen sich an den militärischen Angriffen in der Nacht auch türkische Kampfflugzeuge. Zahlreiche kurdische Siedlungsgebiete, wie Kirkuk, Mosul, Sulaimaniya und Zakho, seien Ziel dieser Bombenangriffe, tausende Kurden hätten dabei ihr Leben verloren.

Im Schatten der Golfkrise hat die Türkei ihre Zwangsmaßnahmen in Kurdistan verschärft. Noch zu Beginn der Krise wurden hunderte Dörfer in der Region Botan entvölkert und zwangsumgesiedelt. Tausende Kurden wurden gefoltert, dutzende ermordet. Die Häuser der Menschen wurden buchstäblich in Schutt und Asche gelegt, ihr Hab und Gut vernichtet. Gleichzeitig teilte die Türkei dem Europarat mit, daß sie in Kurdistan die Menschenrechte außer kraft gesetzt habe. Bemerkenswert ist, daß mit Kriegsausbruch die Menschenrechtskommission des Europarates die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei von ihrer Tagesordnung strich und auch eine vorgesehene Delegationsreise aussetzte.

Auch hinsichtlich der ökonomischen Auswirkungen der Golfkrise gehören die Kurden zu den hauptbetroffenen Völkern. Das wirtschaftliche Leben in zahlreichen kurdischen Städten (wie Viransehir, Kiziltepe, Nusaybin, Cizre und Silopi) hatte sich weitgehend auf den Handelsverkehr mit Irak gestützt. Der Beginn der Embargos führte zu einem wirtschaftlichen Zusammenbruch in diesen Städten.

Liebe Freundinnen und Freunde, nun möchte ich Eure Aufmerksamkeit auf einige Entwicklungen in der kurdischen Stadt Diyarbakir richten, in der auch ich lebe. Noch Tage vor Kriegsausbruch verbreitete die Türkei die Meldung, das Saddam-Regime werde chemische Waffen über der kurdischen Stadt Diyarbakir und andere kurdische Regionen abwerfen. Das Ziel dieser Meldung ist ganz offensichtlich: Was der türkische Staat zuvor mit Gewalt nicht erreicht hatte, wollte es nun mit der Angst vor C-Waffen schaffen. Im Klartext heißt das: Entvölkerung Kurdistans, um damit dem national-demokratischen Kampf des kurdischen Volkes die Basis zu nehmen. Von der türkischen Regierung bewußt in Angst und Schrecken versetzt, verließen Millionen Menschen panikartig ihre Heimat und flüchteten in den Westen der Türkei. Die 600.000 Menschen zählende Stadt Diyarbakir hat sich in eine Geisterstadt verwandelt, auf den Straßen sind kaum noch Menschen zu sehen.

Während der Staat an die Abgeordneten in Ankara, an die Militärstreitkräfte und die Staatsbediensteten in Türkei-Kurdistan Gasmasken verteilt, hat sie weder an die Bewohner der angeblich vom Chemiewaffeneinsatz bedrohten Stadt Diyarbakir, noch überhaupt im gesamten Kurdistan auch nur eine einzige Gasmaske verteilt. Darüber hinaus wurden keinerlei Informationen zu Schutzmaßnahmen bei Chemiewaffeneinsätzen verbreitet. Zwei Beispiele für die verhängnisvollen Folgen dieser Politik möchte ich geben: Aufgrund falscher Informationen über den Schutz vor Chemiewaffen haben die Bewohner eines Hauses alle Öffnungen nach außen luftdicht verschlossen. Anschließend zündeten sie den Kohleofen an, um die Wohnung zu heizen, acht Menschen erstickten durch die Rauchbildung. In einem anderen Fall bedeckte ein Mann seine Kinder mit einer Decke, die er zuvor mit Essig getränkt hatte, was zum Tod der Kinder führte. Über 20 Menschen starben in Diyarbakir aufgrund derartiger Fehl- und Falschinformationen. Für die Zivilbevölkerung steht in unserer Region nicht ein einziger Schutzbunker zur Verfügung.

Sämtliche öffentliche Einrichtungen, einschließlich der Krankenhäuser, wurden durch das Militär beschlagnahmt; die Dicle-Universität wurde aus Angst vor möglichen Protestaktionen geschlossen, sämtliche Verkehrsmittel, auch private Kraftfahrzeuge, wurden beschlagnahmt, um sie für den Transport von Kriegsgütern und Streitkräften einzusetzen. Die linken Kräfte sind massiver staatlicher Verfolgung ausgesetzt, an alle Behörden wurden Listen mit den Namen von Personen verteilt, die im Falle eines Kriegseintritts der Türkei festgenommen werden sollen, nach zahlreichen kurdischen Personen wird bereits fahndet. Gleichzeitig ist es den Flüchtlingen aus Irakisch-Kurdistan verboten, die Flüchtlingslager zu verlassen.

Liebe Freundinnen und Freunde, im Nahen Osten gibt es gegenwärtig zwei Kriege: bei dem einen handelt es sich um den allseits bekannten Golfkrieg, bei dem anderen um den weitaus weniger beachteten, aber seit langem existenten und jetzt for-

cierten Krieg der Kolonialmächte gegen das kurdische Volk. Jedes dieser Kriege ist ein ungerechter Krieg.

Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um den Golfkrieg so schnell als irgend möglich zu beenden, dem Krieg der Türkei in Kurdistan Einhalt zu gebieten und zu verhindern, daß Kurdistan erneut dem Erdboden gleichgemacht wird und sich ein Völkermord am kurdischen Volk wiederholt.

Die Golffrage ist ein Teil vieler anderer Fragen des Nahen Ostens. Solange die zwei großen Fragen des Nahen Ostens, die sowohl in der Region als auch international zu Spannungen führen, nämlich die Kurdistan- und die Palästina-Frage, nicht gelöst werden, das kurdische und palästinensische Volk nicht endlich ihr Selbstbestimmungsrecht erlangt haben, solange wird es auch keinen wahren und dauerhaften Frieden in der Region geben.

Die UNO muß sofort alles zur Beendigung des Golfkrieges unternehmen, der Irak muß sich aus Kuwait zurückziehen, die USA und ihre Verbündeten müssen ihre Streitkräfte aus der Region abziehen.

Es muß eine Nahost-Friedenskonferenz einberufen werden, die alle Fragen der Region behandelt. An ihr müssen auch Vertreter des kurdischen und palästinensischen Volkes teilnehmen.

Aus Kurdistan müssen die Schnellen Eingreiftruppen der NATO und in Verbindung damit die deutschen Alpha-Jets verschwinden. Die wirtschaftlichen und militärischen Hilfen an die Türkei müssen eingestellt werden, um den Umtrieben des Özal-Regimes ein Ende zu bereiten.

Endlich müssen die deutschen Firmen bestraft werden, die ihre todbringenden Gewinne mit der Lieferung von chemischen und anderen Waffen und Kriegstechnologien an den Irak und andere Diktaturen gemacht haben. Derartige Machenschaften müssen in Zukunft verhindert werden.

Nur so kann verhindert werden, daß noch mehr Blut fließt. Nur so kann ein Frieden im Nahen Osten eingeleitet werden. Um dies zu bewirken, muß die Friedensbewegung, müssen alle demokratischen und humanistischen Kräfte ihren Druck verstärken.

Sabine Stamer: Als nächstes spricht Bärbel Lotter. Sie ist mit zwei Frauen aus dem feministischen Aktionsbündnis gekommen. Eine Initiative hier aus Bonn.

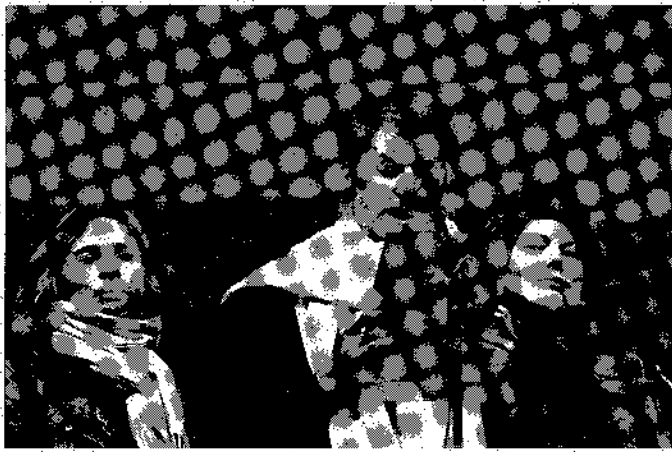


Foto: Rainer Steußloff/Joker

Wir haben den DGB besetzt

Bärbel Lotter (längere Fassung siehe Auftakt West)

Wir sind Frauen vom "feministischen Aktionsbündnis gegen den Krieg". Wir haben das Büro des DGB besetzt mit der Forderung, der DGB solle zum Generalstreik aufrufen. In Hannover und Göttingen gab es DGB-Besetzungen mit der gleichen Forderung. Gewerkschaften sollten imperialistische Kriege verhindern. Der Erste Weltkrieg und die Machtergreifung durch die Nazis hätten durch einen Generalstreik zur richtigen Zeit verhindert werden können und müssen. Nach 1945 haben die Gewerkschaften mit fünf Minuten Streiks und guten Worten weder die Wiederbewaffnung der BRD noch die Notstandsgesetze verhindert. Ganz gewiß werden sie damit auch nicht die Flächenbombardements im Irak und im irakisch besetzten Gebieten, in Kurdistan, Kuwait und im gesamten Nahen Osten stoppen. Dieser Krieg ist auf keinen Fall zu rechtfertigen. Hussein ist ein grausamer Verbrecher und Massenmörder, der nicht gewählt worden ist. Hussein war, wie viele Diktatoren dieser Welt auch, über lange Jahre ein Günstling der Großmächte. Der CIA schützte Hussein vor oppositionellen Widerstand in seinem eigenen Land. Die Invasionsabsichten Husseins waren der USA bekannt. Die US-Botschafterin signalisierte Nichteinmischung. Es besteht kein Zweifel, dieser Krieg ist von den USA gewollt und von seinen Verbündeten mitgetragen. Die Rüstungsindustrie der BRD hat wie keine andere an den Export in den Irak und den Iran verdient. Die Gewerkschaften haben jahrelang diesen Exporten zugesehen. Sie haben die kurzfristigen ArbeitnehmerInnen-Interessen in der BRD über das Überlebensinteresse der Völker im Nahen Osten gestellt. Arbeitsplatzsicherung rechtfertigt keinen Völkermord.

Der DGB ist gerade wieder im Begriff, sich mitschuldig zu machen, Herr Meyer. Wenn er die Kriegssteuerpläne der Bundesregierung zur Unterstützung dieses Völkermordes nicht eindeutig verurteilt. Wenn die Einsatzmöglichkeit bundesdeutschen Militärs durch eine Grundgesetzänderung untermauert wird, hätten wir innerhalb weniger Monate Wiedervereinigung, Wahl des Gesamtdeutschen Parlamentes, Kanzlerwahl, Grundgesetzänderung und Kriegseintritt. Wir Frauen wissen und erfahren täglich, wie in Schlafzimmern, an Arbeitsplätzen und auf der Straße Männer ihre Macht über Frauen mit Gewalt zu sichern suchen. Auch deshalb können

wir Angesichts dieses Völkermordes nicht stillhalten. Die Arbeit gegen den Krieg kann und darf sich gerade für Frauen nicht darin erschöpfen, dem Krieg seine Schärfe zu nehmen. Wir sind angesichts dieses Krieges nicht bereit, die Trümmer- und Trauerarbeit zu leisten, die Kriegskrüppel zu pflegen, die verlassenen Arbeitsplätze zu übernehmen und neues Kanonenfutter in die Welt zu setzen. Wir wehren uns gegen die durch einen Krieg aufgezwungenen Gefahren. Wir wehren uns mit Zivilem Ungehorsam. Wir wehren uns mit allen unseren Mitteln. Dieser Krieg ist kein moralischer Ausrutscher derer, die den Krieg führen. Der Grund für den Krieg ist nicht emotionale Aggressivität, sondern wirtschaftliches und machtpolitisches Interesse, welches ohne Rücksicht auf menschliche Werte durchgesetzt wird.

Wir leben in einer Welt, wo Macht, Abhängigkeit und wirtschaftliche Verflechtungen zu einem solch dichtem Netz geknüpft sind, daß wir alle ein Teil davon sind. Es gibt nicht die Möglichkeit der Mitverantwortung zu entziehen, sich moralisch sauber zu halten. Es ist kein Friede, es ist Krieg. Uns gewählte Regierung und viele unserer Arbeitgeber sind an diesem Krieg beteiligt und niemand kann sich davon entlasten, Stellung zu beziehen. In diesem Sinn sind wir zusammen stark und in diesem Sinn laßt uns alle zusammen diesen Krieg behindern und stoppen.

Generalstreik jetzt!

Künstler in Aktion

Klaus Lage

Ich möchte jetzt im Namen "Künstler in Aktion", die auch hier einen eigenen Block gebildet haben, was erzählen. Wir meinen, Krieg und menschliche Entwicklung schließen sich aus. In einer Zeit, in der wir viel mehr Fragen als Antworten haben, gingen mir einige davon nicht mehr aus dem Sinn. Z.B., warum können wir 1 Milliarde DM täglich zusätzlich für Krieg ausgeben. Wievielen Menschen, die leiden, hungern und krank sind, könnte mit diesem Geld geholfen werden. Brauchen wir nicht eine Weltwirtschaft, die dies nicht mehr zuläßt? Brauchen wir nicht couragiertere Journalisten? Warum bekommen wir so viele zensierte Informationen? Und wie lange gibt es noch Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie?



(Klaus Lage singt anschließend: "Lets give peace a chance")

Als nächstes spricht Hubert Weinzierl vom BUND.

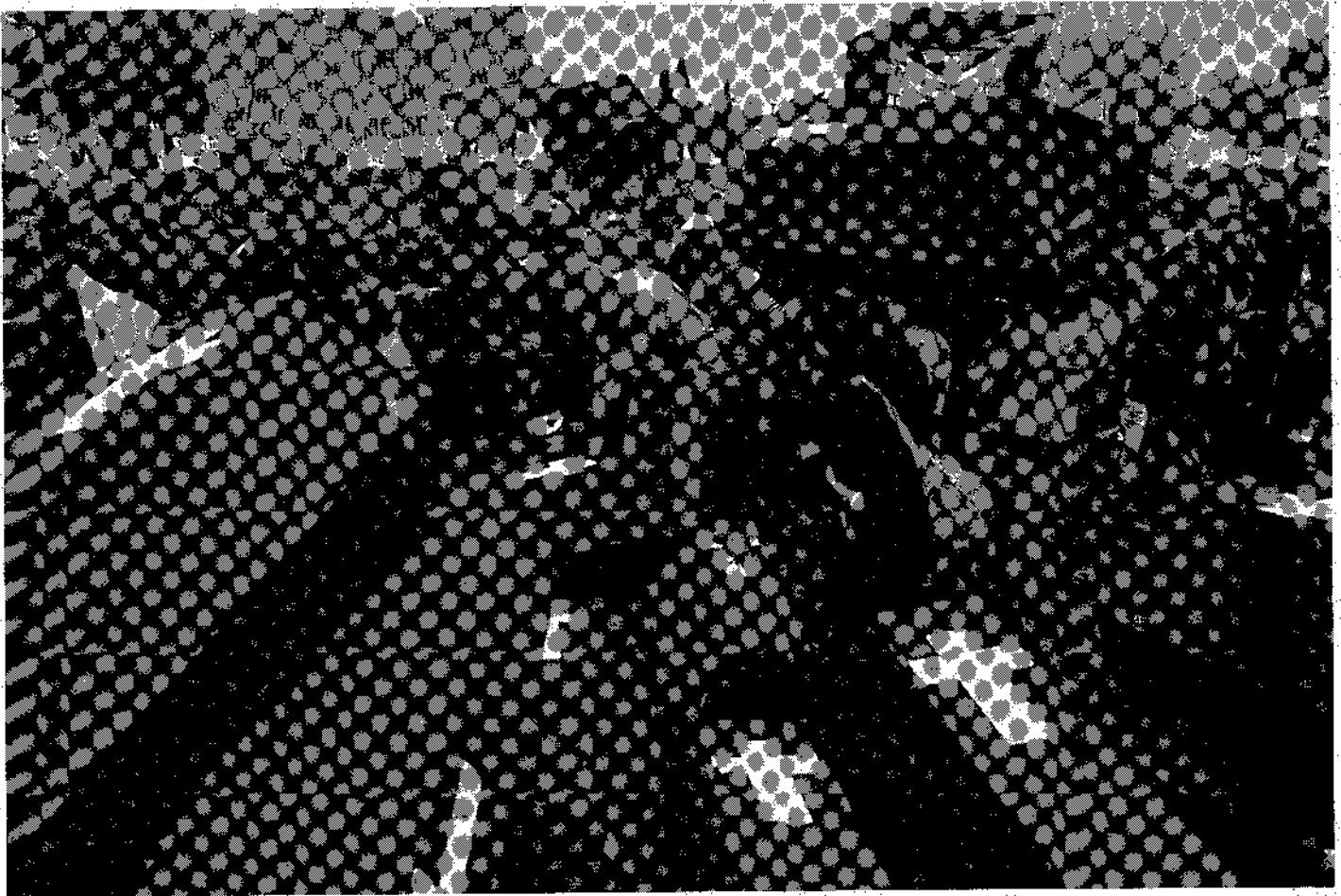


Foto: G.A.F.F. Marco Limberg

Den Krieg gegen die Schöpfung beenden!

Hubert Weinzierl, Vorsitzender des Bundes für Umwelt und Naturschutz e.v. (BUND)

Einige Politiker haben uns gefragt, was denn die Ökologiebewegung bei dieser Friedensdemonstration zu suchen habe. Die Antwort ist eindeutig: Wer auf der Seite des Lebens steht, der bekennt sich auch gegen Menschenkriege und gegen Gewalt.

Und er weiß, daß angesichts des apokalyptischen Zerstörungspotentials dieser Krieg auch ein Krieg gegen die Schöpfung zu werden droht.

Wenn erst die Ölfelder am Golf brennen, kommt über das Menschenleid hinaus eine Naturkatastrophe nie gekanntem Ausmaßes auf weite Teile der Erde zu. Aufsteigende Rußwolken werden den Himmel verfinstern, Temperaturen werden fallen, die Winde sich ändern, der Regen ausbleiben. Um dreißig Jahre, befürchten die Klimaforscher, könnte sich der Treibhauseffekt verkürzen und sechzig Prozent der Ozonschicht könnte zerstört werden. Und die Ölteppiche würden das Meer vergiften.

Wo dazu noch Giftgase eingesetzt werden, bleibt die Erde auf Dauer verseucht. Nachhaltig verseucht ist freilich schon jetzt unser Bewußtsein angesichts der deutschen Giftgaslieferanten.

Daß in den letzten Tagen auch Atomanlagen zerstört wurden, beweist, daß selbst die Freisetzung nuklearer Strahlung kein Tabu mehr ist. Damit bekommen die über dreihundert

auf dieser Erde herumstehenden Kernkraftwerke eine neue, gespenstische Dimension und es wird die hautnahe Verbindung zwischen der sogenannten friedlichen Atomenergie und der atomaren Lebensbedrohung nicht nur durch die Bombenstoffgewinnung in den Wiederaufbereitungsanlagen, überdeutlich.

Die traurige Verbindung von Krieg und Umweltschäden ist uns ja gerade in der Bundesrepublik allzu bekannt, wo wir vierzig Jahre nach dem zweiten Weltkrieg noch immer auf verseuchten Böden und Grundwassern sitzen, deren Beseitigung Milliarden kostet.

Es steht also fest, daß wir mit diesem Menschenkrieg in brutalster Weise auch einen Krieg gegen die gesamte Natur und damit gegen unsere eigenen Lebensgrundlagen führen.

Dieser Krieg hat aber nicht erst am 17. Januar 1991 und nicht am 2. August 1990 begonnen. Dies ist ein Verteilungskampf um die schwindenden Rohstoffe auf unserer gemeinsamen Erde, dies ist ein Krieg, der an vielen Fronten geführt wird und eine davon läuft durch die Wohlstandsbilanzen und das Konsumverhalten einer maßlos gewordenen Minderheit auf der nördlichen Halbkugel. Solange 18 Prozent der Weltbevölkerung 80 Prozent aller Ressourcen verprassen, wird es Krieg geben. Denn dies ist unstrittig: Wenn jeder Mitbewohner dieser Erde genausoviel an Energien verbrauchen würde wie wir - und wer möchte ihm dieses von uns vorgegaukelte Wachstumsziel verübeln - dann wäre der Globus in Kürze leergefressen.

Diese 18 Prozent privilegierter Erdbewohner brauchen das todbringende Öl, um mit 450 Millionen Autos herumzufahren.

Wenn die Mehrheit von 82 Prozent das Gleiche täte, dann würden 2,5 Milliarden Autos der Welt den Rest geben.

Unter ökologischen, insbesondere aber unter moralischen Gesichtspunkten ist also jede Plastiktüte und jeder Kunststoffplunder, jeder zuviel gefahrene Autokilometer und jede gedankenlose Energieverschwendung an diesem Ölkrieg beteiligt.

Wir alle, die wir heute hierher gefahren sind, sollten uns daher gleichzeitig verpflichten, diesen Energieaufwand an anderer Stelle um ein Vielfaches wieder einzusparen.

Das Unheil dieses Krieges trifft nicht nur die Hunderttausende von Menschen, deren Gesichter wir nicht auf den Bildschirmen sehen. Sie trifft gleichzeitig die ärmsten und die hungerrnden Mitbewohner dieser Erde, denen wir zu helfen kein Mittel mehr haben werden, wenn weiterhin Tag für Tag todbringende Milliarden verschossen werden.

Aber auch die Rettung der Tropenwälder, die Sanierung von Flüssen und Meeren, die Verhinderung einer Klimakatastrophe, die Sicherung reiner Atemluft, sauberen Trinkwassers und gesunder Nahrung wird nicht mehr finanzierbar sein.

Zu klein geworden ist die Welt, als daß ein Krieg am Golf nicht auch ein Krieg in unserer Heimat wäre.

Und dieser Krieg ist weder gerecht noch heilig. Denn wenn die Menschheitsfamilie überleben will, muß sie sich am Ende dieses Jahrtausends auch auf völlig neue Formen einer Überlebensstrategie verständigen.

Zu klein geworden ist das gemeinsame Haus, als daß eine Minderheit in einem abgeschirmten Salon die Schachspiele mit dem Leben fortsetzen darf.

Gleichzeitig öffnen sich weltweit immer mehr Herzen dem Wunsch, daß diese schreckliche Phase der Zerstörung endlich von einem Jahrhundert des Lebendigen abgelöst werde.

Wir dürfen nicht zulassen, daß durch diesen Rückfall in die Gewalt die aufkeimende Hoffnung auf eine Welt ohne Kriege, auf den Frühling einer sanfteren politischen Kultur zunichte gemacht wird.

Unstrittig ist auch, daß die Völkerfamilie die infamen Rechts- und Menschenrechtsverletzungen des irakischen Diktators nicht hinnehmen darf.

Wo aber hunderttausendfaches Menschenleben und wo das Überleben der Schöpfung zur Disposition steht, sollte der Rechtsstandpunkt mit den hartnäckigsten Verhandlungen über den Frieden durchgesetzt werden.

Wir plädieren daher für ein Innehalten, damit noch einmal alle Kräfte des Lebens und des Friedens mobilisiert werden können.

Ihr Mächtigen und ihr Einflußreichen dieser Welt: Macht Pause, haltet inne mit diesem Mordkrieg!

Ruft neue Konferenzen ein und sprecht wieder miteinander, statt daß ihr die Waffen sprechen laßt.

Ihr Generäle dieser Welt, setzt eure Kräfte für die Verteidigung unserer Lebensgrundlagen und für das Überleben von Mensch und Schöpfung ein.

Ihr anständigen Wirtschaftsleute achtet und verabscheut jene Kriminellen, die mit Waffen, Gift und Bomben den Tod exportieren und ihre Geschäfte mit dem Lebendigen machen.

Ihr Kirchen dieser Welt, die ihr doch alle den Frieden auf den Lippen tragt, sagt endlich, daß ein Krieg nie heilig ist.

Alle ihr Menschen dieser Welt, schreit es den Mächtigen zu: Wir wollen uns selbst überwinden, wir wollen den Frieden.

Sabine Stamer: Die nächste Rednerin ist Tina el Azem vom Beethovengymnasium, Bonn. Sie geht in die 12. Klasse. Ihre Schule hat z.B. eine Mahnwache vor der Schule, die in der gleichen Straße wie das Kanzleramt liegt, organisiert.

Wir wollen uns nicht an Krieg gewöhnen

Tina El Azem, Schülerin am Beethoven-Gymnasium in Bonn

Ich möchte etwas über die Schülerinnen und Schüler sagen, die sich bundesweit an Demonstrationen und anderen Protesten beteiligt haben.

Wir, die Schüler und Schülerinnen, gehören wohl zu den jüngsten Teilnehmern der Demonstrationen - die, die noch am meisten beeinflusst werden von Seiten der Schule und des Elternhauses. Auch die Machtlosesten, allein wegen der Altersfrage: die meisten Schüler und Schülerinnen sind minderjährig.

Für diejenigen, die weiterhin auch vormittags während der Schulstunden mitdemonstrieren, wird es mit größter Wahrscheinlichkeit unangenehme Konsequenzen geben. Ich denke, daß dieses benachteiligt sein zu unseren schon vorhandenen Gefühlen der Ohnmacht, Wut und Trauer über die Handhabung dieser Kriege wesentlich beiträgt. Und, daß wir mit unseren Protesten uns nicht nur gegen diesen wahnsinnigen Krieg wehren, sondern auch zum Ausdruck bringen wollen, daß wir, zusammen mit allen anderen Völkern dieser Erde, eine Welt gestalten wollen, die dessen würdig ist, an unsere zukünftigen Erben weitergereicht zu werden.

Eine Welt, in der Ungerechtigkeiten und Gewaltaktionen die Ausnahme sind, wo wir uns gänzlich auf das akute Problem der Säuberung unserer Umwelt konzentrieren können.

Nein, was unserer Generation jetzt angetan wird, wollen wir denen, die nach uns kommen, nicht zumuten. Wir werden unsere Pflicht und Verantwortung anderen gegenüber - auch anderen Völkern gegenüber - nicht so sträflich vernachlässigen wie diejenigen, die jetzt an der Macht sind. Ja, ihr im Regierungsviertel, in Washington, Bagdad und auch ihr, die Regierungen in Israel und der Sowjetunion seid gemeint!

Ich rufe meine Mitschüler und Mitschülerinnen auf, diesen Idealismus nie aufzugeben, damit wir ihn auch realisieren können.

Auch rufe ich meine Mitschüler und Mitschülerinnen und alle anderen Menschen auf, weiterhin zahlreich zu demonstrieren - auch diejenigen, die uns kritisieren - um den Protest zu stärken und zu zeigen, daß wir uns nicht an diese Situation gewöhnen können oder wollen und nicht bereit sind, sie als Alltag hinzunehmen!



Foto: Joker/Arn.v.d. Osten Sacken

Blanker Zynismus

Herbert Grönemeyer

Ich bin sicher jemand, der besser singen kann als was zu sagen. Daß wir hier umsonst auftreten, halte ich für völlig überflüssig zu erwähnen. Ich glaube, ich bin hier, um mich mit mir selber auseinanderzusetzen und ich denke, ich habe im Grunde auch zu spät meinen Hintern hochgehoben. Ich denke es waren eher die Schüler, die mich darauf hingewiesen haben, daß ich auch schon anfangs, meine Ängste intellektuell zu verarbeiten. Aber was mich besonders wütend gemacht hat, daß ist diese im Vorfeld von unserer Bundesregierung angefangene Diffamierung dieser Bewegung, die versucht, ihre eigenen Versäumnisse auf uns zu projizieren. Und ich halte es für einen absoluten Witz, zu sagen, wir sollten aufpassen, damit wir das Ansehen im Ausland nicht schädigen.

Ich glaube, das ist doch wohl verdrehte und verkehrte Welt. Diese Bundesregierung hat dazu beigetragen, aufgrund ihrer schlaffen oder überhaupt keiner Rüstungskontrollen, ihrer Exporte deutscher Chemietechnologie ins Ausland. Sie haben dazu beigetragen, daß jetzt so eine Wut besteht, wo man anfängt, im Ausland auf uns herumzuschlagen, aber sicherlich nicht wir. Und sie sollten gefälligst unterlassen, ihre Frustrationen und ihre Feigheit auf diplomatischer Ebene auf uns zu übertragen. Helmut Kohl hat das Prinzip geprägt, man macht am besten so lange nichts, bis andere entschieden haben, dann hängt man sich blöde hinten dran. Dieses Prinzip läßt sich in einer Phase, wo soviel Ohnmacht und Angst hier versammelt ist, wo wir einfach nicht mehr wissen, wo wir mit unseren

Ängsten hin sollen, daß wir herausgehen, unsere Wut herausschreien. Und uns so irgendwie zensieren zu wollen wie so ein Obervater, einfach zu sagen, bitte schadet uns nicht, daß halte ich für blanken Zynismus.

Ich möchte mit meinen Lieder irgendwas sagen, was mir so im Kopf herumgeht. Das erste Lied beschäftigt sich mit den Leuten, die so jovial und zynisch ins Ausland reisen und dort deutsche Technologie "made in Germany" egal was es ist, verscheuern.

(Herbert Grönemeyer spielt die Titel: "Hartgeld", "Angst" und "Tanzen")

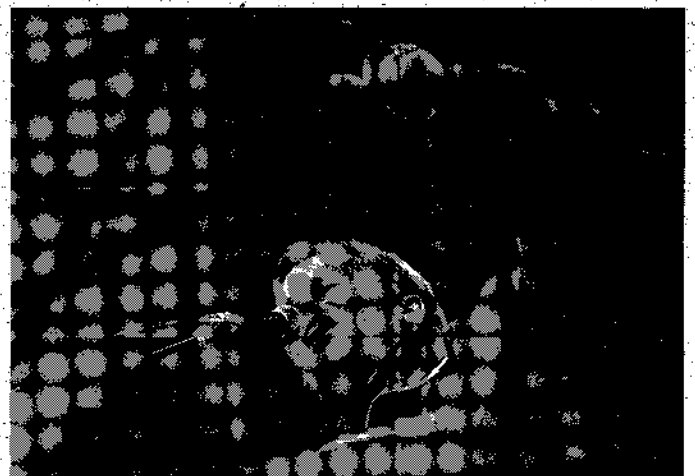


Foto: G.A.F.F. Marco Limberg

Es ist in letzter Zeit auch viel geredet worden von Anti-Amerikanismen und von Anti-Israel gesagt worden. Ich glaube, es

gibt niemand hier, der nicht sehr genau unterscheiden kann, zwischen Ursache und Wirkung. Aber dennoch glaube ich, sind es die wahrsten Freunde im Leben, die einen davor warnen durchzudrehen und Amok zu laufen. Und ich denke, daß umgekehrt als Feindschaft anzusehen, das sind für mich die wertvollsten Leute, die mir ständig vor die Birne hauen und sagen, du fängst gerade an abzuheben.

(Es folgen die Titel: "Jetzt oder nie" und "Luxus")

Klaus Lage: Es folgt jetzt die Rednerin Mechtild Jansen

Wer hat sich zu rechtfertigen?

Mechtild Jansen, Publizistin aus der Frauenfriedensbewegung

Liebe Freundinnen und Freunde,

hier haben wir uns also versammelt: 150.000 "Pseudopazifisten" und "Antiamerikaner". Das Muster ist bekannt. Kritik an der Politik der US-Regierung als Antiamerikanismus zu denunzieren und uns als die Störenfriede hinzustellen, ist üble Demagogie. Nicht die haben sich zu rechtfertigen, die gegen den Krieg und deshalb noch lange nicht für Hussein sind. Hier haben sich die Regierung und alle die zu rechtfertigen, die diesen Krieg im Golf unterstützen. Und wenn sich alle fortwährend zum Frieden bekennen, wieso kommt nicht ein Wort der Zustimmung zum Engagement der SchülerInnen, (die ihren Lebenswunsch noch nicht verbogen und begraben haben,) über die Lippen unserer Politiker?!

Seit 10 Tagen sind wir Zeugen eines grausamen Krieges, der uns als ein High-Tech-Computer-Spiel dargestellt wird. (Die Militärs bieten uns ein "chirurgisches Bombardement", Soldaten als "Donner und Blitz des Wüstensturms", "Baghdad erleuchtet wie ein Weihnachtsbaum"). Der neue "Held des Golfkrieges ist der Computerchip", (der "Blitzkrieg" bringt "geringe Verluste für den Angreifer" und ist "gut für das Geschäft",) melden die Medien.

Die Menschen, die Opfer des Krieges, werden ausgeblendet. Wir wissen nichts über sie, nichts über ihre fürchterlichen Leiden. Es ist eine Lüge, uns diesen Krieg als Mittel zur Rettung von Menschlichkeit und Freiheit zu verkaufen. Schon die Medienzensur zeigt: wo das Militär die Macht bekommt, ist es mit der Freiheit vorbei.

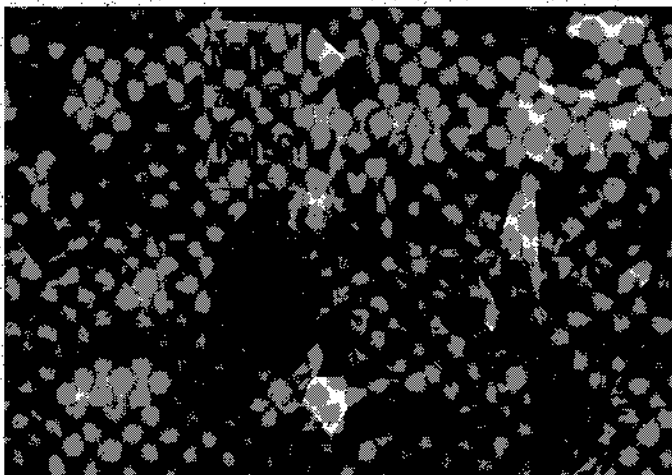


Foto: Bonn-Sequenz

Das systematische Verschweigen der Kriegsfolgen für die Menschen ist beredter Ausdruck des Versagens der Politiker in den USA, Westeuropa, Irak und der UNO. Auf das brutale Unrecht des Iraks im Umfeld von Giftgasfabriken und Atomwaffen mit einem noch weit größeren Gewaltakt zu antworten, ist der vorprogrammierte Wahnsinn. Wenn an diesem Krieg etwas "einmalig" ist, wie behauptet wird, dann ist es die globale Verletzung der Menschenrechte und das globale Verbrechen.

Dieser Krieg macht alles nur schlimmer. (Seine scheinbare technische Perfektion steht in diametralen Gegensatz zu dem, was politisch bewirkt werden soll.) Seine vermeintliche Stärke verbirgt größte Schwäche: nämlich Friedensunfähigkeit.

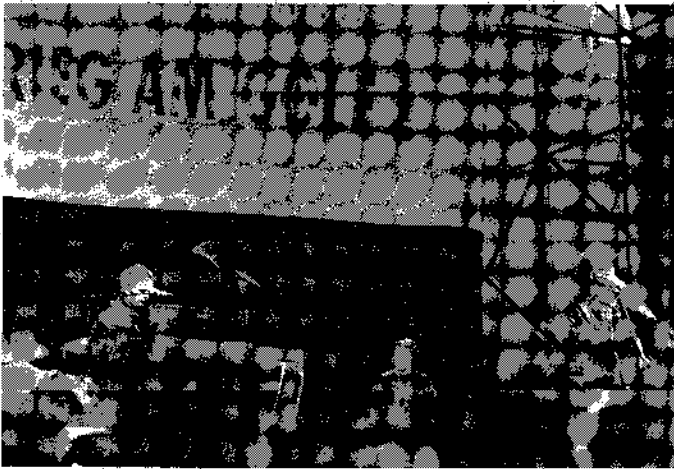
Die da bloß mit dem Finger auf Hussein zeigen, beschränken ihre Optik auf ein einzelnes angebliches Monstrum, um ihre Leute bei Kriegsstimmung zu halten. Da ist nichts zu beschönigen: Die Politik Saddam Husseins ist verbrecherisch. Wir fordern seinen Rückzug aus Kuwait und ein Ende der Diktatur in Bagdad. Nur: Hussein wäre nicht das, was er ist, ohne die Hilfe aus den USA, Westeuropa und besonders der Bundesrepublik. Wer durch Rüstungsexport und Giftgasproduktion sich eine goldene Nase verdient, ist Exporteur des Krieges und des Verbrechens an der Menschlichkeit schuldig.

Wir verurteilen das unerträgliche Pharisäertum, mit dem heute eine Politik im Namen der Menschenrechte verurteilt wird, die gestern noch im Falle Irans und der Kurden hingenommen, wenn nicht gar unterstützt wurde. Und was geschah denn zur Verwirklichung von UNO-Resolutionen zu Palästina oder zum Schutz der Kurden? Und was hat die US-Führungsrolle und die Eroberung der Ölfelder mit Demokratie zu tun? Wenn Völkerrecht nur nach Gutdünken der Großmächte zählt, ist es Willkür und nicht Menschen-Recht.

Wenn die Bundesrepublik, Geldgeber, Waffenlieferant und Drehscheibe des Verkehrs, Nachschubs, der Logistik und der Kriegsmaschine ist, ist die Bundesregierung mitverantwortlich für den Golfkrieg. Wer Alphajets in die Türkei schickt (und die BürgerInnen zahlen läßt), verstößt gegen das Friedensgebot der Verfassung. (Wenn mit hiesiger Wissenschaft und Technik die Zerstörungsmittel des Golfkrieges gebaut werden, dann müssen solche Produkte deutscher Tüchtigkeit zukünftig verhindert werden). Wenn Rüstungsindustrie und Börsen in "Bombenstimmung" auf den Krieg spekulieren, dann müssen diese Profiteure für den Wiederaufbau der Region bezahlen und Steuererhöhungen vom Tisch.

Alle reden vom Nord-Süd-Konflikt. Dieser Krieg ist der erste in jüngerer Zeit, der die Vormacht und den Reichtum des Westens und die Not und Abhängigkeit des Südens mit militärischer Gewalt zu zementieren versucht. Am Ende des Ost-West-Konfliktes wird ein neues Feindbild der gewalttätigen, barbarischen 3. Welt geschaffen. Der Krieg soll wieder sauber, begrenzt, führbar werden. Militär macht sich breit, am Golf wie in der Sowjetunion. Wir sagen Nein zu einer militärischen Gestaltung der Zukunft, weil das eine Entscheidung gegen eine gerechte Friedensordnung und gegen alle Bemühungen für eine solidarische Welt wäre.

Wir brauchen keine Neuauflage von Schwarz-Weiß-Bildern, auch nicht in der Friedensbewegung. Die Konfliktursachen des Golfkrieges sind vielschichtig, seine Lösungsversuche müssen es ebenso sein. Wer aus dem Zirkel von Gewalt und



Wolf Maahn: "Wir sind Deserteure" Foto: Rudi Müller

Gegengewalt herauskommen will, muß ja sagen zum eigenen Lernen. Wir können nicht gegen den Krieg sein und bei uns selbst nichts verändern wollen. Eine Rückkehr zu unserer alten Lebensordnung der Verschwendung von Ressourcen, des Patriarchats, der Privilegien und eines zerstörerischen Lebensstil, hieße, gesellschaftliche Strukturen festzuschreiben, die den Krieg begünstigen. Demokratie, Selbstbestimmung und Kooperation sind schwieriger und dauern länger als zuschlagen, aber sie sind die einzige Friedensgarantie.

Der Krieg im Golf ist eine mörderische Sackgasse. Die Bundesregierung kann und muß mit einem Halt und Nein mit dem Ausstieg beginnen.

Wir fordern die Bundesregierung auf: Der deutsche Einfluß muß zugunsten des Pazifismus und einer Nahost-Konferenz (für Abrüstung, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) geltend gemacht werden. Jede deutsche Beteiligung am Golfkrieg muß sofort eingestellt werden. Für Deutschland darf es keinen "Bündnisfall Türkei" geben. Wenn mit der Bereitstellung des türkischen Territoriums für amerikanische Raketenangriffe ein "Angriff des Iraks" provoziert wird, dann wird aus der Nato-Verteidigungsgemeinschaft eine Angriffsgemeinschaft. Die Bundesrepublik ist Großmacht Europas. Eine Rolle als Weltpolizist kommt für uns nicht infrage. Die Weichenstellung für einen zivilen Weg muß lauten: Keine deutschen Soldaten in Krisengebiete. Keine GG-Änderung zum Einsatz der Bundeswehr "out of area". (Rüstungsgüter dürfen gar nicht erst produziert werden).

Mit Demonstrationen können wir die Militärs nicht unmittelbar am Krieg hindern. Aber wir können gemeinsam gegen den Rückfall in (Unterordnung und) militärisches Denken und erneut für friedliche Konfliktaustragung eintreten! (Vernetzen wir unsere Arbeit von unten! Bleiben wir gesprächsfähig.)

Machen wir weiter, wo wir zuletzt aufgehört haben - durch Trauern und Nachdenken, durch zivilen Ungehorsam und gewaltfreien Widerstand, durch Blockaden, Verweigerung, Desertieren, Streiks - in Betrieben, Verwaltungen, Börsen, Kreiswehersatzämtern, Industrie- und Handelskammern, Zentralen der Rüstungsunternehmen, bei Auslaufen von Kriegsschiffen, an Verkehrsknotenpunkten, bei Montagsdemonstrationen und Frauenaktionen (Aufruf "Scheherazade"). Verteidigen wir Würde und Selbstbestimmung der Menschen!



Mit Wolf Maahn ging die Kundgebung zu Ende



Pressespiegel in Auswahl auf den nächsten Seiten:

Wir dokumentieren an dieser Stelle nur einen geringen Ausschnitt des Presseechos. Eine größere Übersicht kann bei Bedarf gegen Erstattung der Kopierkosten im Büro angefordert werden.

Nicht berücksichtigen können wir naturgemäß die "elektronische" Berichterstattung. Leider besitzen wir auch keine Video- oder Bandaufzeichnungen der zahlreichen Nachrichtensendungen und sonstigen Fernseh- und Radiosendungen. Wir konnten beobachten, daß sich bis heute bei entsprechenden Diskussionen oder Hintergrundsendungen auf die Bonner Kundgebung der Friedensbewegung bezogen wird.

„Friedenskooperative“ will in den Hofgarten

150 000 Teilnehmer für Demonstration am Samstag angekündigt – Uni noch zurückhaltend

Von unserem Redaktionsmitglied
Bernd Leyendecker

Ungeachtet des noch ausstehenden Urteils des Oberverwaltungsgerichts Münster im Zusammenhang mit der Nutzung der Hofgartenwiese will das „Bonner Büro der Friedenskooperative“ kommenden Samstag vor der Uni eine Großdemonstration durchführen, zu der die Organisatoren 150 000 Teilnehmer erwarten.

Die Veranstaltung steht unter dem Motto „Wir lassen die Zerstörung der Zukunft nicht zu – Stoppt den Krieg am Golf!“.

Ein Polizeisprecher sagte dem GA auf Anfrage, man sehe nicht zuletzt aufgrund der großen Teilnehmerzahl keine andere Möglichkeit, als die Hofgartenwiese in Anspruch zu nehmen: „Die Rheinaue kommt für uns nicht in Frage.“ Falls die Universität als Eigentümerin des Hofgartens die Wiese am Samstag nicht zur Verfügung stellen sollte, „würden wir vom polizeilichen Notstandsrecht Gebrauch machen und die Kundgebung dennoch im Hofgarten durchführen lassen.“

Auf diesem Veranstaltungsort pocht auch der Deutsche Gewerkschaftsbund als Mitveranstalter: „Wir wollen auf den Hofgarten“, so eine Sprecherin des DGB-Bundesvorstandes. Sie kündigte zugleich an, daß DGB-Chef Heinz Werner Meyer auf der Kundgebung sprechen wird.

Der Kanzler der Universität, Wilhelm Wahlers, sagte dem GA auf Anfrage, die Uni bleibe bei ihrer Grundauffassung, wonach die Hofgartenwiese generell für Großveranstaltungen nicht mehr zur Verfügung gestellt werden soll: „Wir würden unglaublich, wenn wir unsere grundsätzliche Einstellung ändern würden.“ Wahlers schloß jedoch nicht aus, daß „wir vielleicht „Ja“ sagen werden, wenn die Polizei absolut keine andere Alternative zum Hofgarten sieht.“

Der Streit um die Nutzung des Hofgartens zieht sich bereits seit zehn Jahren hin. Nach Großdemonstrationen der Friedensbewegung



150 000 Teilnehmer werden am Samstag im Hofgarten erwartet. Unser Foto entstand bei der „Friedensdemonstration“ am 13. Juni 1987.

Foto: GA-Archiv

und der Gewerkschaften beschloß 1984 der Unj-Senat, die Wiese generell für Großveranstaltungen nicht mehr zur Verfügung zu stellen – u.a. mit der Begründung, daß der Hofgarten keine „öffentliche Einrichtung“ sei und die Uni eine „unbeschränkte Bestimmungsverfügung“ habe. Dagegen klagte die IG Metall, die die Uni verpflichten wollte, den Hofgarten für Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen bzw. die Nutzung zu dulden.

Im April '89 entschied das Kölner Verwaltungsgericht, die Uni sei nicht verpflichtet, den Hofgarten für Großveranstaltungen zur Verfügung zu stellen. Die Richter stellten zugleich klar, auch nach dieser Entscheidung

sei es nicht ausgeschlossen, daß die Uni die Nutzung der Wiese für eine Großkundgebung „in besonders gelagerten Ausnahmefällen“ dulden müsse. Vorsitzender Richter Dr. Frank Oehmke sagte seinerzeit, die Uni besitze mit der Hofgartenwiese keine Monopolstellung, denn in Bonn stehe mit dem südlichen Teil der rechtsrheinischen Rheinaue, über die die Stadt verfügen könne, für Großveranstaltungen noch ein geeignetes Kundgebungsgelände zur Verfügung.

Die IG Metall ging in die Berufung. Ein OVG-Sprecher sagte dem GA, voraussichtlich bis Juni '91 werde sich das Oberverwaltungsgericht Münster mit dem Fall befassen.

SZ 19.1.91

Demonstration der Vorurteile

Diesem Deutschland ist in seiner Geschichte weiß Gott schon Schlimmeres widerfahren, als – um ein bitteres Wort Willy Brandts zu verwenden – ein paar Hunderttausend junge Menschen, die für den Frieden demonstrieren. Und es gibt gewiß keinen vernünftigen Beobachter, der nicht Verständnis aufbrächte für die Angst vor dem Krieg ebenso wie für die grundsätzliche Ablehnung eines Konflikts, der unabsehbare Verheerung für die Menschheit bringen kann.

Nein, woran die unerwartet stark auflebende Friedensbewegung in diesen Tagen krankt, ist nicht der Mangel an Verständnis, sondern das Fehlen von Glaubwürdigkeit – gerade zu dem Zeitpunkt, in dem ein Krieg nicht mehr als größter anzunehmender Unfall diskutiert werden kann (wie zu Zeiten der Nachrüstung), sondern der Unfall selbst schon eingetreten ist. Der Zulauf zu den Friedensmärschen speist sich eben

auch aus Ressentiments, die Linke wie Rechte verbinden: gegenüber den Amerikanern, denen es angeblich nur um billiges Öl geht; gegenüber den als brutale Besatzer pauschal diffamierten Israelis, deren Gefährdung nicht nur ignoriert wird, sondern unter etlichen Demonstranten kaum verhohlene Freude weckt. Ihre Argumente sind schwach, weil sie auf unbeweisbaren Annahmen beruhen: Der Konflikt, heißt es etwa, hätte vermieden werden können, wenn bloß das Embargo gegen den Irak länger gewirkt hätte; Zugleich setzten sich diese Pazifisten dem Vorwurf aus, im Angesicht der Verbrechen Saddam Husseins lange geschwiegen zu haben.

Wenn die Friedensbewegung aber Prinzipien nicht mehr prinzipiell gelten läßt, beraubt sie sich ihrer bislang größten Stärke: der moralischen Integrität. Frieden, so scheint es in diesen Tagen, ist wirklich nur ein Wort.

General
Anzeiger
Bonn

22-01-91

SZ 19-01-91

SZ 21-01-91

Unionspolitiker kritisieren Friedensbewegung

Wieder demonstrieren Zehntausende in aller Welt gegen das Blutvergießen am Golf

Frankfurt (AP/dpa/Reuter) - Die Protestaktionen gegen den Krieg am Golf haben auch am Wochenende in vielen Städten Deutschlands sowie im Ausland angehalten und sind in der Mehrzahl friedlich verlaufen. Vereinzelt gab es Ausschreitungen, was einige Polizeiführer veranlaßte, von einer „zunehmenden Militanz“ zu sprechen. Politiker von CDU und CSU warfen Friedensbewegungen politische Einseitigkeit vor. Nur in Deutschland wurde eine nachlassende Beteiligung an den Kundgebungen festgestellt. Kirchen riefen mit Glockenläuten zu Friedensgebeten auf.

Am Samstag fand die größte Kundgebung in Stuttgart statt, dem Sitz des US-Oberkommandos für Europa. Dort versammelten sich nach Polizeiangaben rund 15 000 Menschen auf dem Schloßplatz. Zur bisher größten Protestkundgebung in München gingen am Freitagabend nach Mitteilung der Polizei rund 12 500 Menschen auf die Straßen. Mit Transparenten, die sich fast ausschließlich gegen die USA richteten, zogen sie mehrere Stunden lang durch die Stadt. Der Verkehr brach zeitweilig zusammen. Am Samstag zogen auf dem Marienplatz Mahnwachen auf. Unbekannte verübten am Sonntag in Berlin einen Brandanschlag auf Tanklastzüge. In Saarbrücken nahmen mehr als 2000 Menschen an einem Schweigemarsch teil, zu dem die Landesregierung, der DGB und die Kirchen

aufgerufen hatten. An der Spitze der Demonstration ging Ministerpräsident Oskar Lafontaine (SPD). In Bonn wurde aber auch gegen das sowjetische Vorgehen in Litauen demonstriert.

Bundesverteidigungsminister Gerhard Stoltenberg (CDU) und CSU-Generalsekretär Erwin Huber kritisierten die Kriegsgegner. In der Welt am Sonntag äußerte Stoltenberg Befremden darüber, daß „erst jetzt Hunderttausende gegen den Krieg am Golf demonstrieren und nicht schon am 2. August letzten Jahres, als der Krieg in Wahrheit begann - mit der gewaltsamen Besetzung und Annexion Kuwaits durch den übermächtigen Irak, mit dem Tod tausender Bürger des Scheichtums und der Flucht von Zehntausenden“. Huber sagte in München, Teile der Friedensbewegung zeigten sich „auf einem Auge blind“. Wer gegen die USA demonstrierte und zu den Verbrechen Saddams Husseins gegen die Humanität sowie Folter, Mord und Völkermord an den Kurden schweige, verwerke jeden moralischen Anspruch, mit seinen Protesten Gehör zu finden.

Den Vorwurf des „Antiamerikanismus“ gegen ihre Partei sowie gegen Friedensdemonstranten wies die Fraktionsvorsitzende der niedersächsischen Grünen, Thea Dükert, zurück. In einer Stellungnahme erklärte sie, die Verletzung des Völkerrechts durch Saddam Hussein sei jedoch keine

Rechtfertigung für vermeidbares Leid, daß der Krieg stündlich Menschen zufüge. Es gehe den Grünen um eine weltweite Achtung des Krieges als untaugliches Mittel der Konfliktlösung.

In Städten des Auslands, vor allem in den USA, demonstrierten Hunderttausende unter dem Motto „Kein Blut für Öl“ und „Bringt die Soldaten heim“ für einen Abzug der Alliierten vom Golf. In Libyens Hauptstadt Tripolis führte Revolutionsführer Khadhafi selbst einen Marsch an, mit dem ein Ende der Bombardierung Iraks und Selbstbestimmung für Kuwait gefordert wurde. In den moslemischen Staaten Nordafrikas gab es große pro-irakische Kundgebungen.

Rechtspartei gegründet NPD in Finanznot

München (dpa) - Ehemalige führende Mitglieder der rechtsradikalen Republikaner und der NPD haben in München eine neue Rechtspartei unter dem Namen „Deutsche Allianz - Vereinigte Rechte“ gegründet. Treibende Kraft der Gruppierung ist der von Franz Schönhuber verstoßene bayerische Landesvorsitzende der Republikaner, Harald Neubauer. Dem Gründungsvorstand gehört auch der frühere NPD-Bundesvorsitzende Martin Mußnug an. Zum Bundesgeschäftsführer wurde der rechts-

Im Wortlaut: Kriegsgegner antworten CDU

FR

22-01-91

Seit Monaten für den Frieden

Führende CDU-Politiker haben den Demonstranten gegen den Golf-Krieg „Einäugigkeit“ vorgeworfen. Sie hätten lieber gegen die irakische Besetzung Kuwaits am 2. August 1990 auf die Stra-

ße gehen sollen, lautete ihr Rat. Die Friedensinitiative Rhein-Hunsrück-Mosel wies diesen Vorwurf jetzt in einem offenen Brief an den rheinland-pfälzischen Innenminister Rudi Geil zurück.

Sehr geehrter Herr Innenminister Geil, Ihre mehrfach im Rundfunk wiederholte Äußerung, wo denn diejenigen, die jetzt gegen den Krieg demonstrieren, am 2. August wären, beantwortet die Friedensinitiative Rhein-Hunsrück-Mosel wie folgt:

1. Zunächst sind Sie sehr bescheiden, wenn Sie nur Demonstrationen gegen die irakische Besetzung Kuwaits anmahnen. Warum nicht gegen die andauernde Besetzung Nordzyperns durch die Türkei entgegen einer UN-Resolution? Aber vielleicht ist das zu lange her. Sie wissen, das Gedächtnis der Menschen für erlittenes Unrecht ist nicht lang, besonders nicht für das Unrecht, das anderen angetan wird. Tagtäglich kommen schwerste Verletzungen von Menschen- und Völkerrecht vor, ohne daß in angemessener Weise darauf reagiert wird. Wir dürfen an die Bilder der ermordeten Kurden erinnern, als Saddam Hussein noch ein „Freund“ war... Weder Sie noch wir haben laut genug protestiert.

Gäbe es in Kuwait kein Öl, sondern Datteln, würde sich auch heute niemand mehr um das dort geschehene Unrecht kümmern, das Land wäre diesen Krieg nicht „wert“ gewesen, der die Menschen so erschreckt. Vielleicht aber - und da kommt Ihre Berufssparte ins Spiel, hätten die Politiker mit ihren diplomatischen Bemühungen ja eine Lösung gefunden.

Doch nein. Nach fünfeinhalb Monaten der Krise haben die Politiker es nicht geschafft, einen Ausweg zu finden. Sie haben versagt und die Initiative an die Militärs abgetreten. Diese Spezialisten des Todes tun nun ihren „Job“: töten.

Nun haben die Menschen Angst vor

dem Krieg, und das treibt sie auf die Straße. Denn sie wissen, wenn die Politiker die Verantwortung an die Militärs abgeben, dann sind es immer die kleinen Leute, die geschlachtet werden. Immer und überall im Krieg.

2. Diese Eskalation zu verhindern und politischen Lösungen den Weg zu ebnen, darauf hat sich seit dem Einmarsch die unermüdete Arbeit von Friedensgruppen und Organisationen in aller Welt gerichtet. Wir waren getrieben von der Erkenntnis, daß Krieg nicht sein darf, da er zerstört, was bewahrt werden soll, weil er tausendfach neue Probleme schafft, aber keines zu lösen vermag.

Seit Monaten wurde versucht, für dieses Anliegen in der Öffentlichkeit Gehör zu finden. Vermutlich haben Sie noch nicht in einer Basisinitiative mitgearbeitet, dann wüßten Sie, wie mühsam dieses Geschäft ist. Wenn ich Ihnen den Stapel von Resolutionen und Lösungsvorschlägen (der sicherlich unvollständig ist) zuschicken soll, damit Sie sich von unserer Arbeit in den letzten Monaten überzeugen können, dann fordern Sie ihn an, gegen Unkostenbeitrag für die Kopien bitte. Sie wissen, unsere Arbeit ist weitestgehend ehrenamtlich und auf Spenden angewiesen.

3. Wenn Sie bislang nichts von den seit Wochen und Monaten andauernden Mahnwachen und Kundgebungen mitbekommen haben, die immer den Einmarsch in Kuwait verurteilt und den Rückzug gefordert haben, dann ist das erstmal Ihr Problem, nur, Sie sollten es dann für sich behalten. Vielleicht fragen Sie einmal Ihr Überwachungspersonal, das in der Regel doch gut über unsere Arbeit informiert ist.

4. Im Gegensatz zu Ihnen, der sich jetzt zu Wort meldet und Antikriegsdemonstrationen herabsetzt, haben Mitglieder unserer Initiative zusammen mit anderen unter Einsatz ihres Lebens im Krisengebiet versucht, den Beginn der Kriegshandlungen zu erschweren. Wir wissen nicht, ob unsere Freunde und Freundinnen in Bagdad und im Friedenscamp zwischen den Fronten noch leben. Äußerungen wie Ihre stimmen da bitter.

5. Anstatt die Sorge um den Frieden zu diffamieren, sollten Sie die Chance erkennen, die die Tausende Menschen auf den Straßen der Politik bieten: Die Initiative zurückzugewinnen und die Einstellung der Kampfhandlungen so rasch wie möglich zu fordern und hierauf in allen internationalen Gremien mit aller Macht hinzuwirken. Die drohende Eskalation in diesem Krieg ist doch kein Naturgesetz, sondern abhängig von den Mächten des Kriegs und des Friedens. Werfen Sie den Friedenswillen in die Waagschale, der sich auf den Straßen äußert. Nutzen Sie diese Chance, anstatt sich in derart arroganter Manier über die ersten Sorgen der Menschen hinwegzusetzen.

6. Und bitte, komme uns keiner mit Anti-Amerikanismus! Die Soldaten wissen sehr genau, daß wir nicht ihre Feinde sind! Anti-Amerikanismus ist, so stand es auf einem Transparent in Trier, wenn amerikanische Soldaten mit deutschem Giftgas getötet werden. In diesem Sinne mit dennoch freundlichem Gruß und dem tiefen Wunsch nach Frieden an Golf im Auftrag der Friedensinitiative Rhein-Hunsrück-Mosel
Barbara Müller

Regierungserklärung des Kanzlers zum Militäreinsatz am Golf

S 8 18.1.91

Kohl: Der Irak trägt die alleinige Verantwortung

Der Bundestag erklärt sich mit der Mehrheit der Koalitionstimmen solidarisch mit der Anti-Irak-Allianz

deu./dom. Bonn (Eigener Bericht) - Der Bundestag hat sich am Donnerstag in einer kurzfristig angesetzten und teilweise tumultuarigen Debatte bestürzt und betroffen über den in der Nacht zuvor ausgebrochenen Golfkrieg geäußert. Wir sind zutiefst enttäuscht, daß die vielfältigen Bemühungen um eine friedliche Lösung an der Weigerung der irakischen Regierung gescheitert sind, sagte Bundeskanzler Helmut Kohl in einer Regierungserklärung. Der Irak trägt die alleinige Schuld, daß es jetzt zum Krieg gekommen sei. Die Völkergemeinschaft habe dem Krieg Völkerrechts nicht lässig zusehen können. Sonst hätte dies "unabsehbare Folgen" nicht in anderen Teilen der Welt.

In einer mit der Mehrheit der Koalitionsabgeordneten von CDU/CSU und FDP angenommenen Entschließung lastete der Bundestag dem Irak die volle und alleinige Verantwortung für den Golfkrieg an. Zugleich wird darin die Solidarität der Bundesrepublik mit den Partnern der Anti-Irak-Allianz bekundet. Die Bundesregierung würde aufgefordert, gemeinsam mit den Partnern und Verbündeten alles zu tun, damit der Krieg möglichst bald beendet werde. Eine Entschließung der SPD zur Golfkrise fand keine Mehrheit. Die Koalitionsfraktionen lehnten darin vor allem die Formulierungen ab, nach denen die Diplomatie und die Sanktionen gegen den Irak keine ausreichende Chance gehabt hätten. Eine Resolution von Bündnis 90/Grüne, in

welcher der Angriff gegen den Irak verurteilt wird, wurde von der Mehrheit von CDU/CSU, FDP und SPD abgelehnt. 15 SPD-Parlamentarier stimmten dafür.

Kohl versicherte, deutsche Soldaten würden im Golfkrieg nicht eingesetzt. Die Bevölkerung rief er zur Besonnenheit auf. Für die Zeit nach dem Krieg forderte der Kanzler einen "umfassenden Entwicklungsplan für den Nahen Osten" mit erhöhter wirtschaftlicher Hilfe auch aus Deutschland. Zuvor mußten jedoch die politischen Voraussetzungen geschaffen werden. Dazu gehöre "das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser mit dem Recht auf Existenz und Sicherheit aller Staaten der Region, auch Israels, in Einklang zu bringen".

Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel kritisierte für die SPD, daß die UNO-Allianz dem Handelsboykott gegen den Irak nicht genügend Zeit gelassen habe. Er verlangte, den Krieg einzustellen und den Irak nochmals zu bieten, sofort mit dem Abzug der Truppen aus Kuwait zu beginnen. Vogel äußerte Scham darüber, daß deutsche Unternehmen dem Irak geholfen hätten, chemische Waffen zu entwickeln und zu produzieren. "Solche Exporteure des Todes müssen wir endlich so behandeln, wie es ihrer Schuld entspricht, nämlich als Schwerverbrecher", rief er unter dem Beifall des ganzen Hauses. Gemeinsam mit CDU und FDP forderte Vogel die Einberufung einer internationalen Friedenskonferenz für den Nahen Osten nach dem Vor-

bild der "Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa". Unter starkem Beifall dankte Vogel Israel dafür, daß es in diesen Tagen besonnen und friedensfördernd reagiert habe. Er betonte, es gebe keine Anzeichen für eine Ausweitung des Krieges auf den NATO-Partner Türkei und damit für den Bündnisfall. Vor der Bundestagsdebatte hatte Vogel verbreiten lassen, die Politik habe am Golf versagt; er habe den Kriegsbeginn "mitsprachlos entsetzt" aufgenommen.

An die Vergangenheit des Nationalsozialismus erinnerte in der Debatte FDP-Chef Otto Graf Lambsdorff: "Wir dürfen gerade als Deutsche nicht vergessen, wohn das Gewährlassen eines Diktators führt". Menschenrechtsverletzungen dürften nie und nirgends geduldet werden. Lambsdorff zeigte Verständnis für die Friedensdemonstranten überall in Deutschland, warf ihnen jedoch vor, daß das Motto "Kein Blut für Öl" eine ungerechtfertigte Verklärung bedeute. "Es geht auch um Öl, aber es geht in allererster Linie um die Wahrung des Rechts". Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger hatte zuvor dem irakischen Diktator Saddam Hussein die Alleinschuld am Ausbruch des Krieges zugewiesen. Dieser müsse bestraft, daß er Tod und Zerstörung vermeiden könnte, wenn er nachgeben würde. Dies sei kein Krieg der USA gegen den Irak, sondern der Weltgemeinschaft gegen einen Aggressor. Wer dies verweise, bastele an einer

"Dolchstoßlegende, die allein dem Aggressor, nicht aber dem Frieden dient".

Mit lautstarken Protesten reagierte die CDU/CSU, als PDS-Chef Gregor Gysi dem Bundeskanzler "Heuchel" oder "völliges Unverständnis" dessen, was da losgegangen ist", vorwarf. Bundestagspräsidentin Rita Süsmuth ertönte Gysi, der mit einer weißen Arabilinde ans Pult trat, für diese Wortung einen Ordnungsruf. Gysi betonte, es gebe heutzutage "keine gerechten Kriege mehr, sondern nur noch verbrecherische". Am Golf gehe es nicht um die Durchsetzung des Völkerrechts, das seit Jahren mit Füßen getreten werde, sondern um "nackte Machtpolitik", für die die Bevölkerung in der ganzen Welt gefährdet werde. Mit der Zustimmung zum Krieg habe die Bundesregierung schwere Schuld auf sich geladen. Gysi rief alle Bürger zur Kriegs- und Wehrdienstverweigerung auf. Die Bündnis 90/Grünen-Abgeordnete Vera Wollenberger nannte den Golfkrieg ein "Verbrechen gegen die Menschlichkeit". Über die ökologischen Folgen habe sich niemand Gedanken gemacht. Sie forderte den Bundestag zum Schweigen und Nachdenken auf. Bundestagspräsidentin Süsmuth versuchte daraufhin, die Abgeordnete vom Rednerpult zu verweisen.

Vertreter der Friedensbewegung forderten die Bevölkerung auf, am 26. Januar in Bonn an einer Großdemonstration gegen den Krieg teilzunehmen. SPD, Grüne und der DGB unterstützen die Veranstaltung.

Im Regierungsviertel ein paar Polizisten mehr

Friedensdemonstrationen und viel „Betroffenheit“ / Von Günter Bannas

BONN, 17. Januar. Die unmittelbaren Auswirkungen des Krieges am Golf in Bonn sind vordegründiger Art. Noch in der Nacht, als die ersten Nachrichten über den Angriff der affilierten Streitkräfte übermittelte wurden, kam es zu Kundgebungen in der Innenstadt und am Morgen danach zu einer Verstärkung der Sicherheitsmaßnahmen. Protest und Polizei bedingen einander, auch wenn sie in diesen Tagen in Bonn gerade nicht zu Gegensätzen wurden. In der Stadt am Rhein war schon der außerparlamentarische Protest in seinen Hochzeiten friedlich geblieben, und so ist es auch jetzt, da manche Demonstranten die Sorge zu vermitteln suchen, längst schon werde in Europa, gar in Deutschland, der Krieg geführt.

Vor der amerikanischen wie vor der irakischen Botschaft stehen seit Tagen Demonstranten, die in der nächtlichen Kälte ausharren. Auch am Donnerstagsmorgen, nach den ersten Angriffen auf Bagdad, blieben sie da, wurden sie von den Sicherheitskräften nicht behelligt. Im Regierungsviertel wurden Passanten geduldet, die mit Antikriegsplakaten herumliefen - dein Baatmeilengesetz zum Trotz. Die Äußerungen der Politiker entsprachen solchen Gefühlen: Von „imperialistischer Einmischung“ sprachen die Grünen, und Schönhuber von den Republikanern sagte, dies sei nicht „unser“ Krieg. Von „Betroffenheit“ war in den anderen Parteien die Rede. Klage führten einige SPD- und PDS-Abgeordnete, die auf Anweisung der Bundestagsverwaltung Antikriegs-Transparente entfernen mußten.

Doch hielten sich die höflichen Sicherheitsmaßnahmen an diesem Tag in engen Grenzen. Nur die Zufahrten zur amerikanischen Botschaft, zu deren Residenz und zu einer von Amerikanern bewohnten Siedlung am Rhein wurden kontrolliert. Vor anderen - möglicherweise gefährdeten - Objekten waren zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen nicht zu erkennen. Weder vor der französischen Botschaft am Kapellenweg noch vor der israelischen in Plittersdorf gab es an diesem Morgen Polizeiaufgebote. Im Regierungsviertel patrouillierten einige Polizisten mehr - mehr nicht. Hingegen richtete die Bundesregierung noch einmal Sicherheitsappelle an die Fluggpassagiere und kündigte in diesem Zusammenhang Verspätungen an.

Die zumindest vorläufig zurückgehaltenen Sicherheitsmaßnahmen sind Resultat der Analysen der zuständigen Behörden. Auch am Donnerstag hieß es, es gebe keine „konkreten“ Hinweise, daß Anschläge geplant seien. Zwar werden aus vorliegenden Berichten Sicherheitsanalysen erstellt, wie sich möglicherweise palästinensische Gruppen nach dem Angriff der Nacht verhalten könnten. Auch wird geprüft, ob bislang antirakische Kommandos die Seite zu wechseln bereit seien. Doch Anhaltspunkte, es könnte gegen amerikanische oder etwa israelische Einrichtungen in Deutschland Anschläge geben, liegen den Behörden, nach offiziellen Auskünften, nicht vor.

Seitens der Friedensdemonstranten ist nach bisherigen Erfahrungen nicht mit Gewalttätigkeiten zu rechnen, jedenfalls nicht in Bonn. Eine große Kundgebung Ende des Monats in Bonn wird von eben jenen Gruppen und zum Teil denselben Personen veranstaltet, die Anfang und Mitte der achtziger Jahre Träger der Friedensbewegung waren, die sich gegen die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen gerichtet hatte. Damals hatten mehrfach in Bonn einige hunderttausend Menschen demonstriert, ohne daß es zu Gewalttätigkeiten gekommen ist.

Mehrere Kaufhausbrände in Bonn

BONN, 17. Januar (AP). Mehrere Kaufhausbrände haben Polizei und Feuerwehr in Bonn am Donnerstag in Atem gehalten. Den größten Schäden richtete ein Großfeuer im Lager einer Filiale des amerikanischen Kaufhauskonzerns Woolworth im Bonner Stadtteil Bad Godesberg an: Die Feuerwehren versuchten mit einem Großeinsatz, die Flammen zu bekämpfen. Nachbarhäuser mußten evakuiert werden. Nach Polizeiangaben wurde niemand verletzt. Etwa zur gleichen Zeit wurden auch kleinere Brände in einer Hertie-Filiale und in einer Zweigstelle der Supermarkt-Kette Globus in der Godesberger Altstadt entdeckt. Bei Hertie konnten Mitarbeiter brennende Nylonware auf einem Verkaufstisch löschen. Auch bei Globus wurde der Brand von Mitarbeitern gelöscht.

Der Trägerkreis der Großkundgebung, der dafür bei der Polizei 150 000 Teilnehmer angemeldet hat, sieht sich bewußt in der Tradition jener Veranstaltungen: Eine Reihe von Organisationen aus der evangelischen wie aus der katholischen Kirche, Naturschutzverbände und Verbraucherinitiativen, Frauenorganisationen und Ärztengruppen gehören dazu. Politische Parteien, sagte ein Sprecher, seien aus der Vorbereitung herausgehalten worden, womit offenbar einer anderen Qualität des neuen Protestes Rechnung getragen werden sollte. Es scheinen vielfach private Initiativen zu sein, die dem Schlagwort "Kein Blut für Öl" Wirkung verleihen. Ganze Schulklassen demonstrieren, und in den Kirchen wird gebetet. Hingegen sind es bislang nicht organisierte Gruppen, die den Protest mobilisiert haben. Gleichwohl dürften die Kundgebungen in ganz Deutschland auch den organisierten Teil der Friedensbewegung neu beleben. Seit dem sowjetisch-amerikanischen Abrüstungsabkommen war es still in der Friedensbewegung geworden, und der ehemals einflussreiche Koordinierungsausschuß hatte sich zugunsten eines „Büros der Friedenskooptative“ aufgelöst.

Am Donnerstagnachmittag kam es in der Bonner Innenstadt zu einer weiteren größeren Veranstaltung. Die Bundeswehr sollte sofort ihre Stationierungsorte in der Türkei verlassen, verlangten die Grünen. „Dieser Krieg geht nicht um das Völkerrecht, geht nicht um die Unabhängigkeit Kuweits. Er geht um westliche Interessen an billigem Öl, er wird geführt um die Vorherrschaft am Persischen Golf.“ Zu „Mahnwachen jeder Art“ wurde aufgerufen. Den Einwand, wieder einmal protestiere die Friedensbewegung einseitig gegen die Vereinigten Staaten und sei verhalten gegenüber der anderen Seite, wiesen deren Sprecher zurück. Der Diktator Saddam Hussein sei zum Rückzug aufgefordert worden. Doch machte ein langgedienter Friedenskämpfer schließlich doch die Vereinigten Staaten als Objekt des Protestes aus. Die Besetzung Kuweits sei zwar der Anlaß, doch sei der Kriegsbeginn eine Entscheidung Washingtons gewesen, und dagegen richte sich der Protest. An diesem Freitag wollen die Grünen am Kanzleramt weiter demonstrieren.

Stuttg. Nachr.

Friedensbewegung weist Vorwürfe zurück

„Kein Anti-Amerikanismus“ – Galinski nennt deutsche Reaktion auf den Golfkrieg beschämend

BONN (dpa) – Die Friedensbewegung hat die Demonstrationen gegen den Golfkrieg verteidigt und den Vorwurf des „Anti-Amerikanismus“ zurückgewiesen.

Verschiedene Sprecher des sogenannten Trägerkreises der für den kommenden Samstag vorgesehenen Kundgebung in Bonn erklärten am Mittwoch, Kritik an dem Versuch der USA und ihrer Alliierten, den Konflikt militärisch zu lösen, könne nicht als anti-amerikanisch bezeichnet werden. Gleichzeitig würden die irakischen Raketenangriffe auf Israel und die Besetzung Kuwaits scharf verurteilt. Zu dem „Sturmarsch auf Bonn“ erwartet der Trägerkreis, dem mehr als 50 verschiedene Friedensbewegungen, Bürgerinitiativen und politische sowie kirchliche Jugendorganisation angehören, 150 000 Teilnehmer.

Zur Teilnahme haben auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die SPD aufgerufen.

Sprecher der Organisatoren erklärten weiter, die Kritik an der USA sei der Versuch, eine falsche Politik mit unabsehbaren Folgen zu verhindern, die die Probleme in dieser Region ohnehin nicht lösen könne. Die humanen und sozialen Kosten des Krieges seien so hoch, daß diese Politik beendet werden müsse. Die Gruppen wehrten sich auch gegen die Beschuldigung, anti-israelisch zu sein. „Wir treten ganz klar für das Existenzrecht Israels und das Leben dieses Staates in sicheren Grenzen ein“, hieß es. Sicherheit für Israel sei aber nur möglich, wenn das Palästina-Problem gelöst werde. Anti-israelisch seien jene, die Waffen in diese Regionen geliefert hätten. Vehement wandten sich die Kund-

gebungsorganisatoren gegen eine wegen der Bündnisfrage mögliche Beteiligung deutscher Soldaten. Auch eine finanzielle Unterstützung Bonns für die Kriegführung der Alliierten wurde abgelehnt.

Jüdische Organisationen beklagten die „mangelnde Solidarität der Deutschen“ mit den multinationalen Truppen und Israel. Der Direktorensprecher des Zentralrates der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, nannte das Gesamtbild der deutschen Reaktion auf den Golfkrieg „beschämend“. Mehr als 100 jüdische Studenten protestierten mit einem Demonstrationsszug von der Botschaft Israels zur Mission des Irak in Bonn gegen eine anti-amerikanische und anti-israelische Stimmung in Deutschland. Sie trugen unter anderem Plakate mit Aufschriften wie „Wieder fürchten Juden deutsches Gas“.

Friedensbewegung wehrt sich gegen Diffamierungen

Bonn/Berlin (ADN). Die Friedensbewegung hat am Mittwoch entschiedene Versuche zurückgewiesen, sie als „anti-amerikanisch, anti-israelisch und pro-münchenerisch“ im Sinne der Befriedungspolitik gegenüber Hitler zu diffamieren. Im Namen des Trägerkreises von rund 100 Organisationen für die Großdemonstration am Sonntagabend in Bonn – unter ihnen der DGB, kirchliche Organisationen, sowie die sozialdemokratischen und liberalen Jugendorganisationen – betonte Prof. Andreas Buro, Brigitte Eiler und Manfred Stemmer, die Friedensbewegung habe immer die irakische Besetzung Kuwaits verurteilt. Es sei nicht anti-israelisch, sagte Prof. Buro vor Journalisten, eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten zu fordern. Anti-israelisch seien die Rüstungs- und Giftgasexporte durch deutsche Firmen, die die Bundesregierung lange verharmlost habe.

Drastische Einschränkungen und scharfe Kontrollen von Rüstungsexporten hat die SPD gefordert. Zugleich sollten Verstöße gegen Gesetze drakonisch bestraft werden, erklärte der SPD-Wirtschaftsexperte Wolfgang Roth in Bonn. Der Golfkrieg sei mitverantwortlich worden durch die Lieferung von Waffen und militärischem Fachwissen aus westlichen Industriestaaten und der Sowjetunion in den Irak.

Das Recht auf „ungeschminkte und unzensurierte Informationen“ über die Lage am Golf anstelle der Erhebung von Kriegssteuern haben die Bundesstagsabgeordneten Klaus-Dieter Feige und Werner Schulz vom Bündnis 90/Grüne verlangt. Die Forderungen der USA nach weiterer finanzieller Unterstützung durch die Bundesrepublik sei ohne genaue Informationen völlig indiskutabel, erklärten die Abgeordneten am Mittwoch in Bonn. Wenn die Bundesregierung eine weitere finanzielle Beteiligung an den Militäreinsätzen für notwendig halte, „so sollten in erster Linie die Firmen zur Zahlung verpflichtet werden, die durch Waffen- und Technologieexporte die Aufrüstung des irakischen Aggressors erst ermöglicht haben“.

Auf einem Solidaritätsmeeting vor Botschaft Israels in Bonn protestierten am Mittwoch rund 200 Schüler, Studenten und Angehörige der jüdischen Gemeinschaft gegen die Raketenangriffe Iraks auf Israel. Mit zahlreichen Transparenten, Plakaten und Flugblättern unterstützten die Demonstranten die Politik der USA und ihres Präsidenten George Bush und verurteilten die deutschen Firmen, die es dem Irak ermöglicht hätten, die gegen Israel gerichteten Waffen zu produzieren. „Wieder fürchten Juden deutsches Gas“, hieß es, „Giftgas für Öl“ und „Keine Bomben auf Zivilisten“.

Friedensbewegung im Visier des Kanzlers

Koordinationskreis der Friedensaktivisten ruft zu Großdemo

Berlin (taz/ap) – Bonner Politiker machen scharf gegen die Friedensbewegung. Während auch gestern in zahlreichen Orten der Bundesrepublik mehrere tausend Menschen demonstrierten, attackierte Kanzler Kohl die Kriegsgegnerinnen. Er habe überhaupt kein Verständnis dafür, wenn sich Aktionen der Friedensbewegung „gegen die Vereinigten Staaten wenden“. Bei manchen Demonstranten besürzten ihn die „moralische Gleichgültigkeit, die krasse Verdrehung der Tatsa-

chen und das bewusste Aufpeitschen von Emotionen“. Sprecher der Friedensorganisationen wiesen die zunehmenden Vorwürfe zurück und beschuldigten die Regierung, jahrelang Giftgasexporte nach dem Irak verharmlöst zu haben. Der Trägerkreis der für Samstag in Bonn geplanten Großdemonstration wandte sich gegen die Einbeziehung der Bundesrepublik in den Krieg. Der Nato-Bündnisfall sei aus ihrer Sicht nicht gegeben, wenn der Irak die Türkei angreifen sollte. SEITE 4

TAZ

Friedensbewegung weist Vorwürfe zurück SZ 24.1.91

Antiamerikanismus bestritten

Großdemonstration gegen Golfkrieg am 26. Januar in Bonn

dom. Bonn (Eigener Bericht) – Die deutsche Friedensbewegung hat die wiederholten irakischen Raketenangriffe auf Israel und den damit verbundenen Versuch des irakischen Präsidenten Saddam Hussein, Israel in den Golfkrieg hineinzuziehen, scharf verurteilt. Gleichzeitig forderten Vertreter der Friedensbewegung am Mittwoch in Bonn die USA und ihre Verbündeten auf, die Kampfhandlungen sofort einzustellen. Gerade weil es vorhersehbar gewesen sei, daß ein Krieg alle Völker im Nahen Osten in Mitleidenschaft ziehen würde, habe sich ihre Organisation für eine friedliche Lösung ausgesprochen, sagten die Sprecher des Trägerkreises für die Großdemonstration am 26. Januar in Bonn. Am kommenden Samstag werden zu dieser Demonstration gegen den Golfkrieg, zu der auch SPD, Grüne und der DGB aufgerufen haben, mehrere hunderttausend Menschen erwartet.

Die USA stelle. Auch die CSU-Parteizeitung *Bayernkurier* warnte vor Antiamerikanismus bei Demonstrationen gegen den Golfkrieg und verband dies mit scharfen Angriffen auf die SPD und Kirchenvertreter. „Gerade manche kirchlichen Demonstranten sollten die Botschaft des Evangeliums an ihre Mitdemonstranten weitergeben – dort heißt es nämlich nicht ‚Habt Angst‘, sondern ‚Fürchtet Euch nicht‘.“ Systematisch wird von SPD-Vertretern Angst geschürt und Furcht verbreitet, wird Stimmung gegen Amerika gemacht,“ hieß es in der Zeitung.

In Frankfurt löste die Polizei eine Protestversammlung gegen den Golfkrieg vor dem Ordnungsamt mit Klüppeln auf. Wie Augenzeugen berichteten, kesselten Beamte die Demonstranten ein und nahmen 60 bis 70 Personen in Gewahrsam. Zu der Kundgebung hatten die Studentenaus-schüsse der Universität und der Fachhochschule aufgerufen.

In Bonn demonstrierten rund 350 jüdische Teilnehmer gegen die irakischen Angriffe auf Israel und bekundeten ihre Unterstützung für die USA. Den Solidaritätsmarsch in Bonn-Bad Godesberg von der israelischen Botschaft zur irakischen Mission veranstaltete der Bundesverband jüdischer Studenten in Deutschland.

Der Bonner US-Botschafter hatte zuvor in einem Interview kritisch zu Teilen der Friedensbewegung Stellung genommen. Vernon Walters äußerte im Dayeischen Fernsehen die Befürchtung, die „Cerbimanie“ könnte durch eine „Saddam-Manie“ abgelöst werden. Saddam werde von Teilen der Friedensbewegung als Held angesehen, der sich als Verteidiger der Araber gegen

Anti-Kriegs-Kundgebungen von Schülern während der Unterrichtszeit will die sächsische Landesregierung in Zukunft unterbinden. „Wenn Direktoren ihre Schulen schließen und die ihnen anvertrauten Kinder auf die Straße schicken, dann erinnert das an die alten Zeiten des SED-Regimes“, begründete Kabinettsprecher Michael Kinze diese Anweisung.

Neues Deutschland

Alles 24-01-91

unvollständig und ohne Gewähr

■ Großdemo am 26.1.

Bonn: Auftaktkundgebungen ab 12.00 Uhr, Sturmarsch zum Hofgarten, ab 14.00 Uhr Kundgebung bei- und Zuganmeldung bei: Trägerkreis 26. 1., Römerstr. 88, 5300 Bonn 1, 6228 / 69 29-04

Aus Bfm. fahren um 6.00 Uhr ab Südbahnhof drei Sonderzüge nach Bonn. Tel. 069 / 49 84 37)

TAZ

Unvollständig und ohne Gewähr

■ Großdemo am 26.1.

Bonn: Aufmärschkündgebungen ab 12 h, Sternmärsch zur Innenstadt (Hofgarten), 14.00 bis 16.00 h Kundgebung
Bus- und Zügenmeldung bei: Trägerkreis 26.1., c/o Friedenskooperative, Rancierstr. 88, 5300 Bonn 1, 02.28 / 692 904 oder: 692-905. Fax: 02 28 / 692 906.

TAZ

Bonner Rundschau

Meiner Meinung nach

Hofgartenwiese ohne Alternative



Michael Klein

150 000 Menschen werden am kommenden Samstag in der Bonner Hofgartenwiese für den Frieden demonstrieren. Für Bonn ist das nichts Neues. Und doch ist die Kundgebung am Wochenende keine gewöhnliche Friedensdemonstration.

Schon der Anlaß ist — auch im öffentlichen Bewußtsein — mehr als bedrückend. Angesichts der Schrecken des Krieges wird es der Universität schwerfallen, den Demonstranten die Uni-Wiese wie bisher zu verweigern. Was ist schon ein zertrampelter Flasen gegen mögliche Giftgasopfer und Umweltkatastrophen?

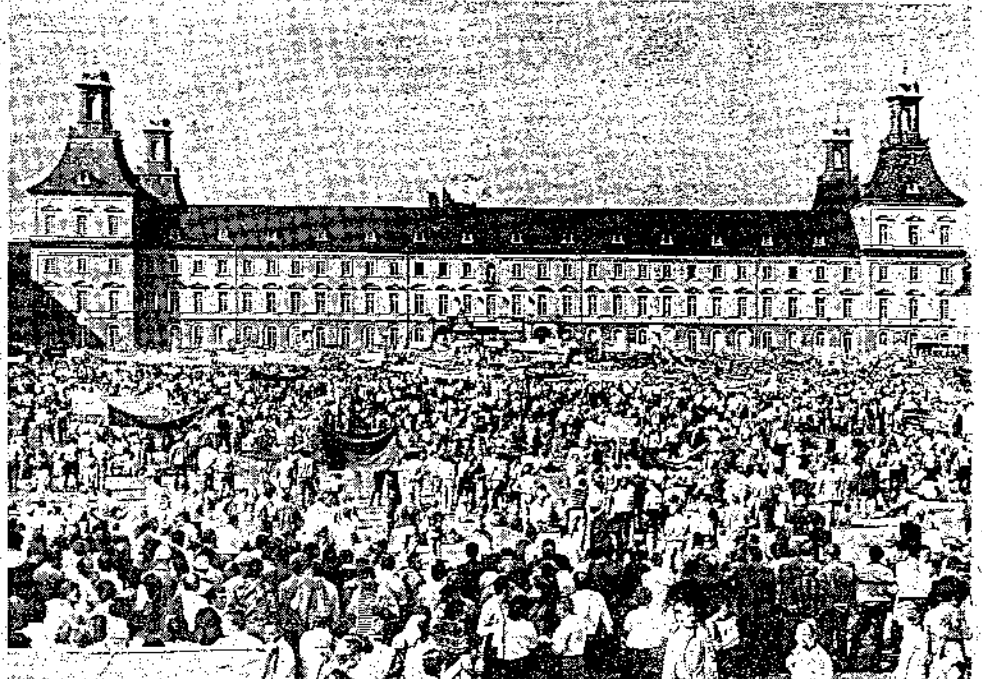
Es ist ein Akt der Vernunft, wenn die Universität die Hofgartenwiese freigibt, ohne erneut die Richter zu bemühen. Aus polizeilicher Sicht ist dies ohnehin zwingend erforderlich. Die Ordnungshüter sind überzeugt, das Geschehen in der Innenstadt besser im Griff zu haben als im weiten Rund der Rheinaue: Das sollten Geschäftsleute und Käufer respektieren.

Sensibilität ist also gefragt — von den Einwohnern der City und den Demonstranten. Die einen sollten zur Kenntnis nehmen; daß die Veranstalter schon in der Vergangenheit Gewalt bei Demonstrationen im Keim ersticken. Die anderen müssen in ihr Köpfeleinbeziehen, daß für etliche Bonner die Demonstration am Samstag eher eine unangenehme Belästigung als eine notwendige Artikulation des Protests gegen die menschenverachtende Kriegsmaschinerie ist.

Eine Friedenskundgebung in der Innenstadt vor den Augen und Ohren der Bürger hat nur dann einen Sinn, wenn man auch deren Herzen für die friedlichen Ziele zu gewinnen versucht. Friedlich, versteht sich.

Polizisten müssen Überstunden schieben

Köln/Bonn — Auch die Polizei stöhnt über den Golfkrieg: In Köln gibt's seit Kriegsausbruch für alle 2.415 Beamten der Schutzpolizei eine sogenannte „Dienstfrei-Sperre“. Das heißt: Überstunden, die derzeit wegen zahlreicher Demonstrationen zu tausenden anfallen, dürfen nicht abgeleiert werden, freie Tage sind gestrichen. Und am Samstag steht neues Ungemach für die Beamten bevor: Dann wollen an der Hofgartenwiese in Bonn 150.000 Leute gegen den Krieg demonstrieren. Über 1000 Beamte (auch aus Köln) haben ihren Einsatzbefehl schon in der Tasche.



Ein Bild aus vergangenen Tagen: Bei den Friedensdemonstrationen 1982 und 1983 nahmen über 100 000 Demonstranten auf der Hofgartenwiese teil. Mit einer ähnlichen Beteiligung wird auch am Samstag bei der Demonstration gegen den Golf-Krieg gerechnet. Foto: Home

150 000 Demonstranten werden auf der Uni-Wiese erwartet

Kundgebungsort Hofgarten gilt als sicher — SPD und DGB rufen zur Teilnahme auf

„mk Bonn. Die für Samstag geplante Großdemonstration gegen den Krieg am Golf wird aller Voraussicht nach auf der Bonner Hofgartenwiese stattfinden. Nach Informationen der „Bonner Rundschau“ laufen darüber zur Zeit Verhandlungen zwischen Universität und Polizei.
Offiziell wollte sich Uni-Kanzler Wilhelm Wählers gestern nicht zur Haltung der Alma mater äußern. Denn vor dem Oberverwaltungsgericht Münster ist derzeit noch ein Verfahren anhängig, bei dem es um die Nutzung der Uni-Wiese für Großdemonstrationen geht. Allerdings wissen die Verantwortlichen der Universität, daß die Polizei sich in einer „Extremposition“ befindet.
Das heißt im Klartext: Wegen der großen Zahl der Demonstranten — Polizei und Veranstalter rechnen mit 150 000 Teilnehmern — und der besonders angespannten Konfliktlage kommt für die Polizei schon aus Sicherheitsgründen der Alternativort „Rheinaue Beuel“ nicht in Betracht. Deshalb wird Polizeipräsident Michael Kriesel die Universität per Duldungsverfügung für die Kundgebung in Anspruch nehmen. Auch die Veranstalter der Demonstration haben bundesweit zum Stern-



Wartet offiziell noch ab: Uni-Kanzler Wilhelm Wählers.



Mehr Sicherheit im Hofgarten: Polizeipräsident Michael Kriesel.

marsch auf die Hofgartenwiese aufgerufen. Mit erheblichen Verkehrsbehinderungen — auch bei Bussen und Bahnen — ist zu rechnen.

Beobachter schließen zwar nicht aus, daß unter den Demonstranten auch vereinzelte Gewalttäter sein könnten. Doch rechnet Polizeipräsident Kriesel mit einer friedlichen Demonstration. In einem „Rundschau“-Gespräch betonte Kriesel, daß die Polizei möglichst unauffällig in Erscheinung treten werde. Er geht davon aus, daß es bei einer

Veranstaltung für den Frieden nicht zu Gewaltaktionen kommen wird. Darauf deutet auch die Kooperationsbereitschaft der Veranstalter hin.

Trägerkreis der Demonstration ist ein Bündnis mehrerer Verbände und Initiativen — darunter der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), die BundesschülerInnenvertretung (BSV), der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BdKJ), die Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs (IPFNV), Green-

peace und das Bonner Friedensplenum. Zur Teilnahme haben auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die Bonner SPD aufgerufen.

Bonns SPD-Geschäftsführer Georg Kirchner rief für 12 Uhr zum Treffen am Sammelpunkt Südfriedhof (Ecke Dottenfelder Straße/Servatiusstraße) auf. Von dort und von den Sammelpunkten An der Josefshöhe, Schlachthof und Bahnhof Beuel startet nach einstündigem Reden-Programm um 13 Uhr die Demonstration sternförmig zur Hofgartenwiese. Dort ist für die Zeit von 14 bis 16 Uhr die Abschlußkundgebung vorgesehen. Unter den Rednern ist DGB-Chef Heinz Werner Meyer und BUND-Vorsitzender Hubert Weinzierl.

„Es ist zu befürchten, daß der Krieg eine ganze Region und ihre Menschen vergiftet, verstrahlt, verkrüppelt, ermordet, ökologische Katastrophen (Klimaveränderung, Abbau der Ozonschicht usw.) drohen für viele Teile der Welt“, erläuterte Cheforganisator Manfred Stenren die Motive der Demonstranten. Der Bruch des internationalen Rechts durch Bagdad werde durch den Krieg zur schweren Verletzung von Menschenrechten ausgeweitet.

Bonner Rundschau

Bild

ALLES 23-01-91

unvollständig und ohne Gewähr

■ Großdemo am 26. 1.

Bonn: Auftaktkundgebungen ab 12 h, Sternmarsch zur Innenstadt (Hofgarten), 14 bis 16 h Kundgebung. Bus- und Zuganmeldung bei: Trägerkreis 26. 1., c/o Friedenskooperative, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1, 02 28 / 692 904 oder 692 905, Fax: 02 28 / 692 906. Zwecks Vermeidung allzu großen Chaos folgendes beachten: Parkraum Blau: Sammelpunkt Bereich Güterbahnhof/Am Schlachthof, für die Busse aus den PLZ-Bereichen 1000, 2000 und neue Länder; Parkraum Violett: Sammelpunkt am Südfriedhof, Busse aus den PLZ-Bereichen 3000, 5400-5500, 6000-6400, 8000-8400; Parkraum Rot: Sammelpunkt an der Josefshöhe für die Busse aus den PLZ-Bereichen: 4000, 5000-5300, 5600-5900, 8800-8900; Parkraum Gelb: Sammelpunkt Rhein-austraße/Kennedybrücke für Busse aus den PLZ-Bereichen: 6500-6900, 7000, 8500-8700. Es empfiehlt sich, per Bahn oder Bus anzureisen. Die Kennfarbe des Parkraumes ist deutlich sichtbar an den Bussen anzubringen.

TAZ

Hamburger Abendblatt

AUF RUF

STOPPT DEN KRIEG AM GOLF!

Wir lassen die Zerstörung der Zukunft nicht zu. Kommen auch SIE am Samstag, den 26. Januar 1991 zur Großdemonstration nach Bonn in den Hofgarten. Ein Greenpeace-Friedenszug fährt in München vom Hauptbahnhof ab. Karten gibt es für DM 55,- bei

GREENPEACE

Froschhammer Straße 14, 80009 München 40. Täglich 18-20 Uhr, Tel. 0 89 / 3 59 24 25

ALLes 25-01-91

FR

Die SPD fordert zur Friedensdemonstration am 26. Januar '91 in Bonn auf:

Auf Frieden drängen Keine deutschen Soldaten für den Golf-Krieg

In der Tradition ihrer Friedens- und Entspannungspolitik appelliert die deutsche Sozialdemokratie an alle Verantwortlichen, die Kriegshandlungen einzustellen, um erneut für politische Lösungen Platz zu schaffen. Zu diesem Zweck fordert sie die irakische Führung auf, sofort mit dem Abzug der irakischen Truppen aus Kuwait zu beginnen, dessen völkerrechtswidrige Besetzung Ausgangspunkt der jetzigen Konfrontation ist.

Die wachsende Zahl der Opfer der kriegerischen Auseinandersetzung, die Risiken einer weiteren Eskalation, die Risiken ökologischer und ökonomischer Katastrophen, insbesondere für die Dritte Welt, gebieten es, erneut politische Lösungen zur Beendigung des Krieges zu versuchen. Dazu gehört auch, daß an den von der UNO festgelegten Zielen festgehalten wird. Die Einigkeit der Weltgemeinschaft in der Verurteilung der Okkupation Kuwaits darf nicht zerstört werden.

Mit aller Schärfe verurteilt die SPD die Raketenanschläge des Irak auf Israel als einem am Golf-Konflikt nicht beteiligten Land. Die besonnene Haltung Israels verdient Bewunderung und Solidarität.

Die SPD unterstützt weiterhin den Vorschlag des französischen Staatspräsidenten Mitterrand für eine politische Konfliktlösung im Nahen Osten. Jetzt muß der Weg zu einer stabilen Friedensordnung im Nahen Osten geebnet werden. Die von Willy Brandt vorgeschlagene internationale Nahost-Konferenz ist dafür ein geeignetes Mittel.

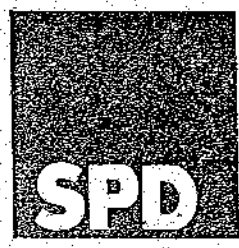
Eine solche Friedensordnung wird nur von Dauer sein, wenn der Belieferung der Staaten des Nahen Ostens mit Kriegswaffen, Rüstungsgütern und militärischem Know-how ein Riegel vorgeschoben wird. Die Bundesregierung muß aus ihren schweren Versäumnissen und Unterlassungen in der Waffenexportpolitik endlich eine Lehre ziehen.

Dieses „Geschäft mit dem Tode“ muß wie Schwerstkriminalität bestraft werden!

Die SPD begrüßt die Übereinstimmung im Deutschen Bundestag und mit der Bundesregierung, daß nach dem Grundgesetz ein Einsatz deutscher Soldaten außerhalb des NATO-Gebietes nicht möglich ist. Die SPD fordert die Bundesregierung auf, humanitäre Hilfe für Verwundete und Flüchtlinge des Krieges zu leisten.

Die SPD stellt fest, daß Kampfhandlungen, die sich daraus ergeben, daß mit Einverständnis der Türkei von türkischem Territorium aus militärische Aktionen gegen den Irak unternommen werden, keinen Bündnisfall darstellen. Über den Eintritt des Bündnisfalls und über Krieg und Frieden entscheidet der Deutsche Bundestag.

Samstag, 26. Januar '91, 13.00 Uhr, Bonn: Sternmarsch in der Innenstadt 14.00 bis 16.00 Uhr Abschlußkundgebung auf der Hofgartenwiese



DOKUMENTATION

„Kein Auftrag der UNO“

Das Bonner Netzwerk Friedenskooperative antwortet auf Fragen der CDU/CSU

In einer Presseerklärung hat sich der Erste parlamentarische Geschäftsführer der Bundesfraktion der CDU/CSU, gegen die einseitigen Demonstrationen "gewandt. Friedrich Bohl: Diejenigen, die jetzt den Rückzug der alliierten Streitkräfte fordern, müssen sich fragen lassen, warum sie erst jetzt auf die Straße gehen und nicht schon zu der Zeit, als der Massenmörder Saddam Hussein Tausende von Kurden vergaste. Friedenskooperative: Während der Massenmörder Hussein Tausende von Kurden vergaste, waren es vor allem die Friedens- und Dritte-Welt-Gruppen, die protestierten, während die CDU/CSU-geführte Regierung noch auf der Sympathieseite des Iraks gegen den Iran stand.

Warum protestieren Sie gegen den Einsatz der von der UNO beauftragten Streitkräfte, haben es aber unterlassen, rechtzeitig gegen den irakischen Überfall auf Kuwait zu demonstrieren?

Seit dem 2. August 90 hat die Friedensbewegung unbehindert die irakische Aggression gegen Kuwait verurteilt und den Rückzug gefordert. Da die konservativen Zeitungen, wie gewöhnlich, darüber nicht berichteten, hat Herr Bohl wohl davon nichts erfahren.

Warum protestieren Sie nicht gegen die irakische Androhung der Auslöschung Israels? Wo bleibt ihr Demonstrationenruf „Kein Gas gegen Juden“ angesichts der besonderen Verantwortung der Deutschen gegenüber den Juden?

Wer bedroht eigentlich Israel? Die von deutschen Technikern weiterentwickelten Scud-Raketen, gegen deren Arbeit die Bundesregierung jahrelang nichts unternommen hat, während die Friedensbewegung seit Jahrzehnten gegen Rüstungsexporte protestiert. Wir empfinden tiefe Scham angesichts eines solchen Verhaltens Deutscher. Unser Demonstrationenruf lautete deshalb nicht nur „Kein Gas gegen Juden!“, sondern „Kein Gas gegen Menschen!“. Deshalb fordern wir seit Jahren die Vernichtung von Giftgas und die Einstellung der Produktion chemischer Waffen.

Sind Sie nur dann auf die Straße zu gehen bereit, wenn Sie persönlich verängstigt sind, nicht aber, wenn andere Völker überfallen und terrorisiert werden?

Vom Vietnamkrieg über Afghanistan bis zum gegenwärtigen Bürgerkrieg in Somalia und Liberia zielt sich eine lange Kette von Kriegen und Staatsterrorismus. Der Protest der sozialen Bewegungen hat sie begleitet. — Überigens gehen Menschen in diesem Lande zu Recht auf die Straße, wenn sie Angst haben, daß die Regierung eine Politik betreibt, die sie elementar gefährdet. Das war bei der Pershing-Stationierung so, das ist heute wieder so, denn durch die Politik der Regierung Kohl treibt die Bundesrepublik auf den Krieg zu.

Wollen Sie dem Diktator Hussein weiter gestatten, ein immer schrecklicheres Militärpotential aufzubauen?

Nicht wir, sondern deutsche Firmen gestatten (und

gestatten?) dem irakischen Diktator den militärischen Ausbau. Als der Irak noch den „richtigen“ Feind bekämpfte, nämlich den Iran, war auch die Bundesregierung in großem Maße mit Hermes-Bürgschaften dabei. Deutsche Industrie, mit Unterstützung der Bundesregierung hat in vielen Ländern der Dritten Welt den Aufbau der Nuklearindustrie gefördert, welche die Voraussetzung für den eigenständigen Bau auch von Atomwaffen ist. Wollten sie dafür ernsthaft die dagegen stets protestierende Friedensbewegung verantwortlich machen?

Wollen Sie die Beschlüsse der Weltfriedensorganisation UNO wirklich mißachten?

Die UN haben niemandem einen Auftrag gegeben, Krieg zu führen. Der UN-Beschluß erlaubt lediglich nach dem 15. Januar geeignete Mittel zur Befreiung Kuwaits einzusetzen. Wir sagen aber, Krieg ist kein geeignetes Mittel. Er löst keine Probleme, zerstört die Region und bringt tausendfachen Tod. Außerdem erhöht er die Gefahr für Israel enorm; Wir brauchen also intelligentere Mittel als Krieg. Wir brauchen politische Lösungen, z. B. Fortführung des Embargos und eine sofortige Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Nahost.

Befürchten Sie nicht, mit Ihren Demonstrationen dem Diktator Hussein den Rücken zu stärken?

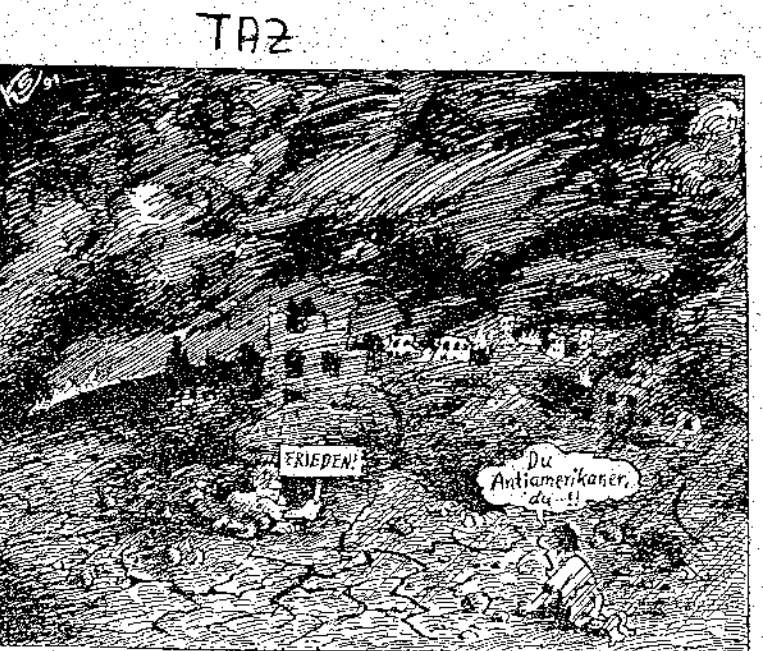
Sie befürchten, unsere Friedensdemonstrationen stärken nur Hussein den Rücken. Offensichtlich denken Sie nur noch in den militärischen Kategorien von Auge um Auge, Zahn um Zahn. Frieden würde vernünftige Lösungen fördern und die Gefahr der Kriegsausweitung bannen. Wer auf Krieg setzt, riskiert, daß die ganze Region einbezogen wird. Vielleicht können Sie sich vorstellen, welches Unglück und politisches Desaster dies bedeuten würde.

Wollen Sie wirklich in einer Welt leben, in der gewaltsame Überfälle auf andere Völker, der Bruch internationalen Rechts sowie Massenmorde ohne Folgen bleiben?

Eine Welt ohne „gewaltsame Überfälle“ schafft man nicht durch Krieg, sondern durch seine Überwindung und durch die Entfaltung einer wirksamen nichtmilitärischen Konfliktbearbeitung. Die Aufrüstung der Dritten Welt, zu der die EG-Staaten soviel beitragen, fördert gerade eine gewaltsame Welt. Herr Bohl, statt die Friedensbewegung zu diffamieren, sollten Sie vor Ihrem eigenen Hause kehren und den bundesdeutschen Rüstungsexport stoppen!

Wollen Sie Deutschland tatsächlich schon wieder in eine Sonderrolle drängen und gegenüber der internationalen Staatengemeinschaft in die Isolation führen?

Die Deutschen, Herr Bohl, waren seit dem Zweiten Weltkrieg in einer Sonderrolle. Ihre Nachbarn fürchteten, Deutschland könne wie nach 1918 wieder militärisch erstarken und bedrohlich werden. Glücklicherweise haben sehr viele Deutsche aus der Geschichte gelernt und treten heute gegen Krieg auf. Sollte dies eine Sonderrolle sein, so sind wir stolz auf sie.



Vor der Bonner Großdemonstration gegen den Golfkrieg

Opportunistische Friedensbewegung?

Die Kritik der Bundesregierung an der „einseitigen“ Friedensbewegung mag durchsichtige Gründe haben. Aber es gibt auch ernst zu nehmende Mahner aus dem linken Spektrum. Vor allem die Bedrohung Israels zwingt zur Auseinandersetzung.



Die Parole „Kein Blut für Öl“ verkündet den Konflikt auf den bleibenden Wirtschaftsimperialismus. Foto: Veit Merle

Die Friedensbewegung, nach dem Kriegsausbruch am Golf zu aller Stärke erwacht, ist ins Fadenkreuz der Politiker geraten und muß ein wahres Trommelfeuer von Vorwürfen über sich ergehen lassen. Antiamerikanismus wird der Bundeskanzler den Demonstranten vor und schiebt nach, um bestürzte über „moralische Gleichgültigkeit, die krasse Verdrehung der Tatsachen und das bewußte Aufspielen von Fiktionen“. Der amerikanische Botschafter und alte CIA-Kämpfer Vernon Walters spricht von einer „Saddam-Manie“ und „FAZ“-Herausgeber Joachim Fest kommentierte gestern unter dem Titel *Auf den Hochsitz der Moral: „Nie gab es einen Protest, der so ohne Argument war.“* Schließlich, so der Tenor all dieser Vorhaltungen, sei der Aggressor in selten eindeutiger Weise klar,

nämlich Saddam Hussein. Und während wird auf 1938, das Jahr der Kapitulation Europas vor Hitler, verwiesen. Doch es müssen nicht nur jene Politiker bemüht werden, die man von einer moralischen und politischen Verantwortung für die ungeliebte Aufrüstung des Iraks nicht freisprechen kann: Schließlich ist das irakische Vertriebspotential durch eine lässige und nach politischer Opportunität ausgerichtete Exportpolitik geschaffen worden. Es sind aber zunehmend auch Stimmen aus dem Lager der Linken zu hören, die vor einem allzu einfachen Weltbild warnen. Besonders die Bedrohung Israels hat einen Prozeß des Nachdenkens ausgelöst.

Konrad Weiss, Bundestagsabgeordneter vom Bündnis 90, der kurz vor Kriegsausbruch nach Israel reiste, hat in der taz von der „Niederlage der Friedensbewegung“ gesprochen. Sie habe keine Antwort gefunden, wie man mit pazifistischen Mitteln der Bedrohung Israels begegnen könnte. Hätte sich der Irak nach einem lang andauernden Einbürgerung aus Kuwait zurückgezogen, wäre dennoch ungeheures Vertriebspotential eine ständige Bedrohung für die Region und Israel geblieben. Weiss spricht bei den alliierten Angriffen von „Zwangsabrüstung“. In börsentypischer Zuspitzung schrieb taz-Autor Henryk Broder gar von einer „wunderbaren Koalition“ der Friedensbewegung und der Rüstungsindustrie: „Die einen unterstützen Saddam moralisch, die anderen finanziell und mit technischen Mitteln.“ Die Deutschen könnten nicht ohne Beteiligung am Golfkrieg ablehnen, nachdem sie einen ungeliebten Beitrag zur Aufrüstung des Iraks und damit zur drohenden

Vernichtung Israels geleistet hätten — was bei Friedensaktivisten die wärende Reaktion provoziert, die schließlich nicht für die Lieferung von Giftgas der deutschen Industrie verantwortlich ist. Die Friedensbewegung muß sich nun mit dem Versäumnis auseinandersetzen, nicht bereits bei der Besetzung Kuwaits durch den Irak auf die Straße gegangen zu sein. Es fällt ihr schwer, den Vorwurf loszuwerden, nach politischen Opportunitäten zu handeln. War die Besetzung Kuwaits keine Demonstration wert, weil dem mobilden, mittelalterlichen Despoten der Kuwaits keine eine Träne nachweinte? Unterließen die Proteste gegen die Bedrohung Israels aus einer ideologischen Verknotung heraus, in welcher das Existenzrecht Israels gegenüber der halstarrigen und mordelüsterigen Behauptung der Palästinenserfrage durch die israeli-

sche Regierung aus dem Blickfeld geriet? Die Friedensbewegung verbinde antiamerikanische Töne mit einem antizionistischen „Zwangsschlag“. Kluge gestern der Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Heinz Galinski (siehe Seite 4). Der Nahost-Experte der SPD, Wischniewski, hofft zwar, daß die Friedensdemonstrationen das Klima für eine diplomatische Lösung schaffe. Er warf der Friedensbewegung aber zugleich vor, sie verwechsle „in gefährlicher Weise Ursache und Wirkung“. Auf den Demonstrationen des Wochenendes wird es Antworten auf diese Vorwürfe geben müssen. Der hessische Grüne Joschka Fischer hat dazu aufgefordert, das Existenzrecht Israels „nachdrücklich und ohne jede falsche Zurückhaltung“ zu betonen. Das Netzwerk Friedenskoordination will beim Sternmarsch in Bonn das

Existenzrecht Israels unumstößlich. Damit wurde aber nicht deren Behandlung des Palästinenserproblems aufgehoben. Die Proteste seien kein Antiamerikanismus, sondern rechtlich gerechtfertigte Politik, die weder Probleme lösen noch zu einer besseren Verhandlung führe. Die SPD-Bundestagsabgeordnete Müller und Peter verurteilten sich gegenseitig vorverworfenen Einseitigkeit. „Vielleicht könne sich die Bundesregierung nicht aus einem überhöhten Konfliktstatus lösen. Statt eine kriegerische Lösung zu unterstützen, müsse endlich die Spirale der steigenden inneren und äußeren Aufblähung durchbrochen und die Welt als zu bewachende Einheit begriffen werden.“ Gerd Nowakowski, Bonn *Nachzutragen ist der Autor unseres Artikels „Zensur auf beiden Seiten“ im gestrigen Tagesecho. Andreas Zumbach schrieb aus Washington.*

TAZ 25-01-91

Westd. Zeitg.

50 Organisationen rufen zu Protest auf 150.000 gegen Golfkrieg in Bonn erwartet

Bonn (dpa). Zu der bisher größten Demonstration gegen den Golfkrieg werden heute in Bonn mindestens 150.000 Teilnehmer aus allen Teilen der Bundesrepublik erwartet. Wie die Veranstalter, denen mehr als 50 politische, kirchliche und wissenschaftliche Organisationen angehören, mitteilen, hat die Bundesbahn rund 30 Sonderzüge eingesetzt. Ferner kommen mehrere hundert Extrabusse nach Bonn. Die Polizei hat umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen getroffen, um Zwischenfälle zu vermeiden. Die Kundgebung wird auch vom DGB und der SPD unterstützt. Wegen der erwarteten internationalen Aufmerksamkeit hatte sich gestern der Streit zwischen den Unionsparteien und der SPD verschärft. Friedrich Bohl (CDU), attackierte die SPD und erklärte, sie gerate in Gefahr, Saddam Hussein

moralische Unterstützung zu gewähren. Herta Däubler-Gmelin (SPD) sagte in einem Interview, wer Rüstungsexporte und Verträge gegen das Waffenembargo in der Vergangenheit als Kavaliersdelikte ansah, habe jedes Recht verloren, Proteste gegen den Krieg zu diffamieren. FDP-Chef Lambsdorff äußerte Verständnis dafür, daß für den Frieden demonstriert wird. Der Aggressor sitze jedoch in Bagdad. Antiamerikanismus sei deshalb ungerecht. Mit Protestzügen, Mahnwachen und Blockaden, Arbeitsniederlegungen und Gottesdiensten demonstrieren auch gestern mehrere zehntausend Menschen in Deutschland für den Frieden. Allein in Hamburg gingen zwischen 10.000 und 20.000 Schüler auf die Straße. In Nordrhein-Westfalen gabe es 25 angemeldete Protestaktionen.

Krach vor der größten Friedens-Demo

Bonn - 150.000 Demonstranten werden am Samstag zu der bislang größten Kundgebung gegen den Krieg am Golf in Bonn erwartet. Im Vorfeld der Demonstration hat sich der Parteienstreit über den Vorwurf des Antiamerikanismus der Friedensbewegung verschärft. Laut Friedrich Bohl, Parlamentari-

scher Geschäftsführer der Unionsfraktion in Bonn, stellen antiamerikanische Proteste eine moralische Unterstützung für Saddam Hussein dar. SPD-Vize Herta Däubler-Gmelin: Die Bundesregierung die Waffenlieferungen als Kavaliersdelikte abtat, hat kein Recht, die Friedensbewegung zu diffamieren.

Münchener Abendzeitg. 26-01-91

Vor der Friedensdemonstration in Bonn

Fischer fordert Solidarität mit Israel Realo-Grüner gegen Antiamerikanismus / Mahnungen Kohls

München (Eigener Bericht) - Ein unmißverständlichem Bekenntnis zur Solidarität mit Israel erwartet Joschka Fischer von der am heutigen Samstag in Bonn stattfindenden bundesweiten Kundgebung der Friedensbewegung. Angesichts des Raketenangriffs gegen die israelische Zivilbevölkerung müsse die Forderung „Hände weg von Israel“ zu einem der zentralen Anliegen der Demonstration werden. Der Fraktionsvorsitzende der Grünen in hessischen Landtag sprach sich darüber hinaus dafür aus, „daß klar und eindeutig gegen Antiamerikanismus Stellung bezogen wird“. Grundsätzlich bekundete Fischer sein Einverständnis mit der Friedensbewegung und dem Ziel, den Krieg zu beenden.

„Wenn ich die ehrenwerte Gesellschaft in Bonn sehe“

Zugleich räumte Fischer ein, daß bislang die Verurteilung der irakischen Aggression gegen Israel mancherorts nicht den Stellenwert eingenommen habe, der angemessen gewesen wäre. In Anspielung auf die Vorwürfe, die in den vergangenen Tagen gegen die Friedensdemonstrationen erhoben worden sind, sagte Fischer: „Da kann ich nur sagen, in diesem Punkt ist Kritik gerechtfertigt.“ Angesichts der Tatsache aber, daß der Irak von Deutschen geliefertes Giftgas einsetzen könne und über Raketen verfüge, die mit deutscher Hilfe ausgefeilt worden seien, verurteilte der Politiker einen Teil der Angriffe auf die Friedensbewegung als Hühnelei: „Wenn Herr Müllemann jetzt schärfere Strafen gegen Rüstungsexporte fordert und gleichzeitig einer der Hauptlobbyisten der Rüstung war, nämlich als Vorsitzender der Deutsch-Arabischen Gesellschaft und gerade verurteilt hat, daß drastische Maßnahmen ergriffen wurden, wenn ich da noch anderen aus dieser ehrenwerten Gesellschaft in der Bundesregierung sehe - dann wird mir schlecht“, sagte Fischer. Ausdrücklich bezog er Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher in die Kritik ein. Die Friedensbewegung sei immer gegen den Export von Waffen und Rüstungstechnologie gewesen. In Golfkrieg könne man den Kinderspiel gewinnen, daß die Söhne unter Einsatz ihres Lebens jene Waffen einsammeln sollten, die ihre Väter dem Irak geliefert hätten: „Dagegen sagen wir klar nein.“ Im Unterschied zur Bewegung gegen die Nachrüstung sei jetzt eine „wöllig neue Generation von Schülern“ an den Demonstrationen beteiligt, die spontan gegen den Krieg demonstrieren und mit „Antiamerika-

nismus nicht das geringste am Hut“ habe, Fischer sagte, er sei kein „Gesinnungspezifist“. „Gegen Auschwitz hätte Gandhi nichts gemüht.“ Mit Protestzügen, Mahnwachen, Blockaden, Arbeitsniederlegungen und Gottesdiensten haben am neunten Tag des Golfkriegs wieder mehrere zehntausend Menschen, vor allem Schüler und Studenten, in Deutschland gewaltlos für den Frieden demonstriert. Allein in Hamburg gingen am Freitag etwa 20.000 Schüler auf die Straße, wie die Polizei mitteilte. Die Fahrer der Busse und Bahnen der Verkehrsbetriebe in Hannover hielten für fünf Minuten die Fahrt an. Gegen den Vorwurf des Antiamerikanismus und gegen eine „verzerrte Medienpropaganda“, die das Bild der Schüler-Friedensbewegung falsch darstelle, wandten sich in München rund tausend Teilnehmer einer Demonstration, zu der die Gruppe „Schülerkoordination“ aufgerufen hatte. Auf Flugblättern wurden die Aggression Iraks verurteilt, aber auch die Politik der USA kritisiert. „Der Golfkrieg ist das Ergebnis einer jahrzehntelangen Machtpolitik der Großmacht“, meinten die Demonstranten und: „Krieg ist nie eine Lösung.“ Zu der Aktion hatte auch der DGB aufgerufen. Damit wanden sich die Gewerkschaften gegen Schulstreiken, die gegen streikende und demonstrierende Schüler verhängt worden seien. In Göttingen versuchten rund 800 Schüler mit Fahrrädern über den Autobahnzubringer Göttingen-Weende auf die Autobahn A7 Kassel-Hannover zu gelangen und dort den Verkehr zu blockieren. Ein großes Polizeiaufgebot hielt sie zurück. **Bonn erinnert Demonstranten an ihre Verantwortung** Bonn (AP) - Einen Tag vor der Großdemonstration in Bonn rief Bundeskanzler Helmut Kohl noch einmal zur Solidarität mit Israel und den Verbündeten Deutschlands auf. Regierungssprecher Dieter Vogel sagte, Kohl warne vor Tatsacheverdrehung. Auch die Demonstranten müßten wissen, daß der irakische Präsident Saddam Hussein mit dem Überfall auf Kuwait den Golfkrieg begonnen habe. „Die Friedensbewegung darf niemanden dafür blühen lassen, wer für den Krieg verantwortlich ist.“ Auch die Demonstranten trügen angesichts der internationalen Beachtung der Kundgebung große Verantwortung für das Ansehen Deutschlands. „Sie sollten sich dessen bewußt sein. Im Ziel, den Krieg schnell zu beenden, sind wir alle einig.“

TAZ

Heutige Großdemo beunruhigt Bonn

150.000 TeilnehmerInnen in Bonn erwartet / Bundesregierung wöhnt das Image Deutschlands in Gefahr

Berlin (taz) — 150.000 TeilnehmerInnen erwarten die Veranstalter bei der bislang vermutlich größten Demonstration gegen den Krieg am Golf für den heutigen Tag in Bonn. Die Bundesregierung fürchtet indes um das Ansehen Deutschlands in der Welt. Regierungssprecher Dieter Vogel meinte: „Die Friedenssehnsucht darf niemanden dafür blind machen, wer für den Krieg verantwortlich ist.“

Zu einer Paralleldemonstration auf dem Bonner Kaiserplatz hat die Deutsch-Israelische Gesellschaft aufgerufen. Unter dem Motto „Solidarität mit Israel“ soll dort für das Existenzrecht Israels und gegen anti-

amerikanische Tendenzen eingetreten werden. Der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) rief auf, bei der Großdemo ein Zeichen für die Solidarität mit den alliierten Streitkräften zu setzen.

Gegen den Vorwurf des Antiamerikanismus und gegen Medienpropaganda, die das Bild der Schüler-Friedensbewegung falsch darstelle, wandte sich gestern eine Schülerdemo in München. Viele zehntausend Menschen waren es auch am gestrigen neunten Kriegstag nicht müde, für den Frieden auf die Straße zu gehen. Allein in Hamburg wurden 10.000 bis 20.000 DemonstrantInnen gezählt.

Regierung mahnt Demonstranten

„Verantwortung für Ansehen des Landes“

BONN (apf/dpa/rtr) — Die Bundesregierung hat an die Teilnehmer der Friedensdemonstration am heutigen Samstag appelliert, sich ihrer Verantwortung für das Ansehen Deutschlands im Ausland bewusst zu sein. Regierungssprecher Vogel betonte: „Die Friedenssehnsucht darf niemanden dafür blind machen, wer für den Krieg verantwortlich ist.“ Die Demonstranten trügen angesichts der erwarteten internationalen Beachtung dieser Kundgebung „große Verantwortung“.

Zu der bisher voraussichtlich größten Protestaktion gegen den Golfkrieg haben verschiedene Gruppen der Friedensbewegung aufgerufen. Unterstützt wird der Aufruf u. a. von der SPD, den Grünen, dem DGB und einigen Umweltgruppen. Die Veranstalter rechnen mit 150.000 Teilnehmern.

Bereits im Vorfeld der Aktion kam es zu Auseinandersetzungen darüber in Bonn. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Bohl, warf der SPD am Freitag vor, mit ihrer Unterstützung dem irakischen Präsidenten Saddam Hussein gewollt oder ungewollt moralische Unter-

stützung zu geben. Die Friedensbewegung und die SPD wiesen die Vorwürfe zurück.

Unterdessen demonstrierten auch am Freitag wieder Tausende gegen das Blutvergießen am Golf. In Hamburg zogen am Freitag nachmittag 10.000 überwiegend junge Kriegsgegner durch die Innenstadt. In Göttingen versuchten 800 junge Demonstranten, mit Fahrrädern auf die Autobahn zu gelangen, um so gegen den Krieg zu protestieren. In NRW gab es nach Angaben des Lagezentrums im zuständigen Düsseldorf-Innenministerium am Freitag insgesamt 26 angemeldete Protestveranstaltungen.

Rheinische Post

„Nicht blind sein“

Politiker appellieren an Demonstranten

BONN (apf/dpa/RP). Vor der für heute in Bonn geplanten Großdemonstration gegen den Golfkrieg hat Bundeskanzler Kohl erneut zur Solidarität mit Israel und den Verbündeten Deutschlands aufgerufen. „Die Friedenssehnsucht darf niemanden dafür blind machen, wer für den Krieg verantwortlich ist.“ Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Bohl, nannte den Demonstrationaufruf skandalös, weil von einem „Verbrechen der amerikanischen Aggression“ die Rede sei.

Regierungssprecher Dieter Vogel sagte, die Demonstranten — die Veranstalter erwarten etwa 150.000 — trügen angesichts der internationalen Beachtung dieser Kundgebung große Verantwortung für das Ansehen Deutschlands in der Welt.

Michel Friedmann vom Vorstand der Frankfurter jüdischen Gemeinde warf der deutschen Friedensbewegung Doppelmoral und Heuchelei vor, die für das israelische Volk lebensgefährlich werden könne. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Gerster appellierte an die Unionsparlamentarier, heute auf dem Kaiserplatz in Bonn an einer Demonstration „Solidarität mit Israel“ teilzunehmen.

Die SPD-Abgeordnete Renate Schmidt rief hingegen dazu auf, die „Argumente der Kriegsgegner ernstzunehmen“. Ihr Fraktionskollege Horst Niggemeyer aber warnte seine Partei vor einer internationalen Isolierung. Sogar die arabischen Mitglieder der Sozialistischen Internationale hielten den Waffeneinsatz gegen Saddam Hussein für unvermeidbar. „Solange der irakische Diktator sich weigert, sich den Regeln des Völkerrechts zu unterwerfen, kann und werde ich nicht gegen jene Staaten und ihre Soldaten demonstrieren, die dafür kämpfen, dem Völkerverrecht Geltung zu verschaffen.“

Alles 26.01.91

FAZ

NRZ

Bonn mahnt die Demonstranten

C.G. BONN, 25. Januar. Bundeskanzler Kohl hat die Teilnehmer der für diesen Samstag in Bonn geplanten Demonstration für Frieden am Golf davor gewarnt, bei der Frage nach der Verantwortlichkeit für den Krieg die Tatsachen zu verdrehen. Auch die Demonstranten müssten wissen und bedenken, daß der irakische Präsident Saddam Hussein mit dem Überfall auf das wehrlose Nachbarland Kuwait am 2. August den Golfkrieg begonnen habe.

Regierungssprecher Vogel sagte am Freitag, die Friedenssehnsucht dürfe niemanden blind machen. „Auch die Demonstranten tragen angesichts der zu erwartenden internationalen Beachtung dieser Kundgebung große Verantwortung für das Ansehen Deutschlands in der Welt; sie sollten sich dessen bewußt sein.“

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bohl, bezeichnete es als Verhöhnung, daß im Aufruf zur Demonstration von einem „Verbrechen der amerikanischen Aggression“ die Rede sei. In dem der SPD-Parteivorstand zur Teilnahme an der Demonstration der Friedensbewegung aufrief, gerate die SPD in die Gefahr, Saddam Hussein moralische Unterstützung zu gewähren.

Dagegen bekräftigte die stellvertretende SPD-Vorsitzende Dähler-Gmein, „Wir beteiligen uns und unterstützen die Friedensdemonstrationen, auch die am Samstag. Auch der stellvertretende SPD-Vorsitzende Lafontaine hatte am Donnerstagabend im Fernsehen den Aufruf zur Demonstration bekräftigt. Lafontaine forderte überdies, die in der Türkei stationierten Flugzeuge der Bundeswehr zurückzurufen. Ein irakischer Angriff auf die Türkei wäre für die Nato kein Bündnisfall, weil der Irak aus der Türkei angegriffen werde. Der SPD-Abgeordnete Horn sagte, dieser von Lafontaine geforderte Schritt führe Deutschland in die Isolation.“

Golf-Protest: Bonn rechnet mit 150 000

SPD unterstützt die Friedens-Kundgebung

NRZ-Nachrichtendienst

Bonn, Bonn erwartet heute zur bisher größten Protestaktion gegen den Golfkrieg mindestens 150.000 Demonstranten. Die Kundgebung wird auch vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und der SPD unterstützt. Die Polizei traf umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen, um Zwischenfälle zu vermeiden.

Bundeskanzler Helmut Kohl appellierte an die Demonstranten, sich ihrer Verantwortung für das internationale Ansehen Deutschlands bewußt zu sein. Die Friedenssehnsucht dürfe niemanden dafür blind machen, wer für den Krieg am Golf verantwortlich ist.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Bohl, erklärte, die SPD gerate in Gefahr, Saddam moralische Unterstützung zu gewähren.

Mit Protestzügen, Mahnwachen, Blockaden, Streiks und Messen demonstrieren auch gestern mehrere zehntausend Menschen für den Frieden. Bei VW und Mercedes beteiligten sich Tausende von Arbeitern an Schweigeminuten.

WAZ

Demo: Keine Imbißstände im Hofgarten

Verbot von Uni-Rektor Fleischhauer — Nur Buden an der Lennestraße

Von KLAUS KLEINODER
exp. Bonn — Marschverpflichtung sollten die Demonstranten gegen den Golfkrieg dabei haben, wenn sie heute zur Großkundgebung auf die Uni-Wiese gehen.

Nachdem der Uni-Rektor „zähneknirschend“ (Polizeiprä-

sident Michael Kriesel) kein Veto gegen die Demo im Hofgarten einlegte, hält er sich jetzt dafür mit einer Retourkutsche an uns schadlos. So einer der Veranstalter zu EXPRESS.

Unter Androhung von Schadensersatz untersagte Magnilienz Kurt Fleischhauer, dem



4 • GEGEN GOLFKRIEG

Bonn — Hauptstadt der Kriegsgegner

Hunderttausende bei Demonstration in Bonn erwartet / Organisatoren wehren sich gegen Vorwürfe des Antiamerikanismus und Antisraelismus

Von Ferdos Farudestan

Bonn (taz) — Die Kampagne konservativer Politiker und Journalisten gegen die Friedensbewegung hat den OrganisatorInnen der heutigen Bonner Demonstration gegen den Golfkrieg die Arbeit sehr erschwert. „Unausgesetzt klingeln hier alle Telefone. Drauf sind immer häufiger Leute, die besorgt nachfragen, ob die Demonstration wirklich antiamerikanisch ist und das Existenzrecht Israels nicht berücksichtigt. Drauf sind aber mindestens so oft welche, die uns wüt beschimpfen.“ Das berichtet etwa Christian Goller vom Büro Netzwerk Friedenskooperative in Bonn.

Zwar, so Goller, könne man die Besorgten nicht beruhigen und die Polyzensirenen legen auf, sobald man ihnen widerspreche. Aber: „Es

geht auf Kosten der Zeit, die wir dringend fürs Organisieren brauchen.“

Die Friedensbewegung agitiert einseitig gegen die USA, sie klammere den irakischen Staatspräsidenten Saddam Hussein von ihrer Kritik aus, sie sei nicht schon früher, etwa gegen die Besetzung Kuweits, auf die Straße gegangen und respektiere Ängste der Juden nicht — diese Vorwürfe gerade mit der heutigen Demo zu entkräften, hoffen ihre OrganisatorInnen. Ein „wirksames Signal gegen die in den letzten Tagen vorgebrachten Diffamierungen“ erwartet etwa der Trägerkreis der zahlreichen Organisationen:

Darf demonstriert werden darf, mußte allerdings erst einmal durch-

gesetzt werden. Nachdem der Bamber Polizeipräsident den Rektor der Universität angewiesen hatte, die Hofgartenwiese für die Kundgebung freizugeben, verbat dieser sich alle Imbißstände auf dem Gelände. Von der Stadt Bonn hingegen kamen eher milde Töne. Sie bat die Organisatoren, heute Flughäfen des Presse- und Informationsauntes zu verteilen, mit denen für Bonn geworben wird. Ob sie die wegen der Demonstration anfallenden Wasser-, Strom- und sonstigen Kosten trägt — wie es die Friedenskooperative beantragt hat —, ist freilich offen.

Die Demonstration wird parallel zu einem Marsch in Washington veranstaltet. Neben dem Trägerkreis

der etwa 50 Organisationen aus der Friedens- und Umweltbewegung haben SPD, Grüne und DGB zur Teilnahme an der Demonstration aufgerufen. Auf der Kundgebung sprechen unter anderen DGB-Chef Hans-Werner Meyer und der Bischof von Berlin-Brandenburg, Forek (siehe 5 nach 12-Kasten).

Kontaktadresse: Trägerkreis, c/o Büro der Friedenskooperative, Tel.: Bonn, 02 28/69 29 04 oder: 69 29 05, fax: 02 28/69 29 06. Spendenkonten: Förderverein Frieden e. V., Konto: 33035 bei Sparkasse Bonn (BLZ: 38050000) und Konto-Nr.: 457376-500 bei Post giro Köln (BLZ: 37030050), Stichwort: Golf-Demo 26.1.

26-1-91

TAZ

Express

Auch SPD und DGB riefen zu Friedensmärschen auf – Bischof Forck setzt Hussein mit Bush gleich 200 000 demonstrieren in Bonn gegen Golfkrieg

Etwa 200 000 Demonstranten aus ganz Deutschland versammelten sich am Samstag in Bonn zu der bisher größten Kundgebung gegen den Golfkrieg. Auch in zahlreichen anderen deutschen Städten wurde demonstriert.

Von sechs Sammelplätzen aus waren die Demonstranten in Bonn von einem großen Polizeiaufgebot begleitet zur Kundgebung auf der Hofgartenwiese vor der Bonner Uni-

versität gezogen. Insgesamt hatten 28 Sonderzüge und rund 650 Busse die Demonstranten nach Bonn gebracht.

Die Kundgebung stand unter dem Motto: „Wir lassen die Zerstörung der Zukunft nicht zu – Stoppt den Krieg am Golf.“ Außerufen zur Kundgebung hatte ein Trägerkreis von 50 Friedensgruppen, dazu die SPD und die Grünen, Kirchen, Umweltschützer und der Deutsche Gewerkschaftsbund. Viele Plakate und Transpa-

rente der Teilnehmer trugen starke Akzente gegen die USA und gegen deutsche Waffenexporte. Zu sehen waren aber auch viele Solidaritäts-Aufrufe mit Israel. In Slogans hieß es: „Amis raus aus Nahost“, „Kriegshetzer Bush“, „Giftgas und Völkermord – das ist BRD-Export“, „Deutsche Waffen, deutsches Geld, morden mit in aller Welt“ und „Hände weg von Israel“. Schwarz gekleidet zog eine Prozession ein überdimensionales „Torten-

stück“ der deutschen Industrie hinter sich her – die Creme der Exportgewinne, aufgebaut auf den Gebäuden namenloser Töter.

Der DGB-Vorsitzende Heinz-Werner Meyer verwahrte sich in seiner Rede vor den Kundgebungsteilnehmern gegen den Vorwurf der Elnägigkeit der Friedensdemonstrationen: „Wer heute in Deutschland Friedensdemonstranten Anti-Amerikanismus unterstellt, ■ Fortsetzung Seite 2, Spalte 2



Unter einem Meer von Plakaten und Transparenten versammelten sich am Samstag etwa 200 000 Demonstranten auf der Hofgartenwiese vor der Bonner Universität zur bisher größten Demonstration gegen den Krieg am Golf

Bischof Forck attackiert die UNO

■ Fortsetzung von Seite 1.

lenkt nur vom eigenen politischen Versagen ab.“ Die Deutschen spielten öffentlich die Friedensapostel, insgeheim seien sie aber Husseins Waffenschmiede.

Meyer unterstrich die Solidarität der Demonstranten mit der israelischen Bevölkerung und dankte dem Staat Israel, daß er die irakische Gewalt bis jetzt nicht mit Gegengewalt beantwortet habe. An dieser Stelle mischten sich lautstarke Rufe „Palästina, Palästina“ unter den Beifall, vor der Rednertribüne schwenkte eine Gruppe junger Leute palästinensische Fahnen. Meyer kündigte an, bis zum Ende des Golfkriegs sollten jeden Freitag in ganz Deutschland Schweigeminuten für den Frieden stattfinden.

Der evangelische Berliner Bischof Gottfried Forck sagte, eine Zeit laufende „gigantische Kampagne“ tue so, „als sei der Krieg noch ein brauchbares Mittel der Politik“. Dann setzte er US-Präsident Bush mit dem irakischen Diktator gleich: „Es bleibt dabei: Krieg darf nicht sein, das gilt für Saddam Hussein in wie für George Bush. Nicht Amerika ist unser Gegner, sondern die Fahrlässigkeit der amerikanischen Politik und unter ihrem Einfluß die UNO, die ein Unrecht mit noch größerem Unrecht beantwortet hat.“

Der Sprecher der Organisation „Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs“, Professor Ulrich Gottstein, be-

klagte sowohl die irakischen Raketenangriffe auf Israel wie auch das „Flächenbombardement“ der USA und der Alliierten gegen den Irak.

Am Rande der Veranstaltung verursachten deutsche Pop-Größen eine Art politisches Woodstock. Herbert Grönemeyer, Klaus Lage und Wolf Maahn rockten auf dem Kampus der Bonner Universität für ein Ende des Krieges.

Auf einer weiteren Kundgebung in Bonn mit 300 Teilnehmern wurde für das Lebensrecht Israels demonstriert. Auf Plakaten hieß es „Solidarität mit den USA“ und „Israel soll leben, leben, leben“. Der Vize-Präsident der deutsch-israelischen Gesellschaft, Johannes Gerster, warnte Iraks Staatschef Saddam Hussein vor weiteren Angriffen auf Israel. Der Schriftsteller Ralph Giordano betonte, der Verantwortliche für den Golfkrieg heiße Saddam Hussein. In vorderster Front stünden aber auch führende Vertreter der deutschen Industrie.

In Berlin versammelten sich etwa 30 000 Menschen zur Demonstration am Alexanderplatz. 2500 Beamte waren im Einsatz. Die Demonstranten trugen Plakate mit Aufschriften wie „Kein Blutstrom am Golfstrom“ und „Desertieren statt kriechen“. Initiatoren der Demonstration waren neben zahlreichen Friedensinitiativen die SED-Nachfolgepartei PDS und die Gewerkschaft HBV. In ihrem Aufruf heißt es wörtlich: „Ungeach-

tet zahlloser Appelle haben die USA und ihre Verbündeten am 17. Januar den Golfkrieg begonnen.“

In Bremerhaven mischten sich verummte Autonome unter eine Demonstration von 4000 Teilnehmern mit dem Motto „Kein Blut für Öl“. Sie bewarfen von einem Bahndamm aus Polizeifahrzeuge und Privatwagen mit Schottersteinen und besetzten die Bahnleise. Eine weitere Gruppe schleuderte Knallkörper gegen das Tor einer US-Kaserne.

Auch in München und Nürnberg gingen Tausende auf die Straße. In Frankfurt/Oder bildeten mehrere hundert Menschen eine Kette um das Gebäude des Standortkommandos der Bundeswehr.

Im Vorfeld der Großdemonstrationen in Bonn und Berlin war am Samstag erneut die unterschiedliche Beurteilung zwischen Union und SPD über Motivation und Folgen der Proteste zutage getreten.

Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth (CDU) äußerte in WELT AM SONNTAG, Friedensdemonstrationen dürften „nicht zu falschen Signalen, zu Verwischung von Recht und Unrecht führen“. Sie rief zur Solidarität mit Israel auf. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger meinte, die Demonstranten richteten ihre Emotionen vielfach nicht gegen den „Kriegsverbrecher“ Saddam Hussein“, sondern gegen jene,

die im UNO-Auftrag die Hauptlast des Kampfes gegen des Aggressor trügen.

Bundesverteidigungsminister Gerhard Stoltenberg (CDU) teilte mit, wegen der Befürchtung direkter Übergriffe von Demonstranten auf Soldaten und militärische Einrichtungen würden „exponierte militärische Einrichtungen“ an diesem Wochenende stärker als bisher gesichert.

Der SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel erklärte, er habe bei seinem Besuch in Israel „harte Kritik“ an der Friedensbewegung gehört, die dort als anti-amerikanisch und anti-israelisch verstanden werde. Er habe aber betont, daß diese Kritik nicht auf die gesamte Bewegung übertragen werden könne. Der designierte SPD-Vorsitzende Björn Engholm meinte, es sei falsch, jene in die anti-amerikanische Ecke zu stellen, „die aus tiefstem Herzen empört sind“.

Nordrhein-Westfalens SPD-Kultusminister Hans Schwiur kündigte Samstag ein hartes Vorgehen gegen Lehrer an, die mit ihren Schülern weiter während der Schulzeit gegen den Golfkrieg demonstrieren. Sie müßten die dienstrechtlichen Konsequenzen tragen. Zur Aufforderung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, weiter während des Unterrichts zu demonstrieren, meinte Schwiur: „Für mich sind Lehrer oder Schüler glaubwürdiger, wenn sie außerhalb der Schulzeit auf die Straße gehen.“

Mit Engagement und originellen Sprüchen gegen den Krieg: 200 000 Menschen kamen zur Demonstration nach Bonn

Von unserer Redaktorin Ada Branden

Allen gemeinsam ist der Wunsch nach Frieden

Gewaltloser Protest gegen Gewalt - Kaum antiamerikanische Töne

Bonn. - Ich heiße Hans, und ich heiße Du? Ich heiße Heinz! Okay, Heinz, kannst du bisschen auf Mama aufpassen? Auch mal steicheln, und so... is nett von Dir!

Hans, mit einem weißen Band am Oberarm als Ordner ausgesaugt, leimt Mono an und er-schwindet elastischen Schreies in Richtung Tribüne. Sein großer, honigblonder Mund läßt sich ergeben neben Heinz Petzler erheben, sie mustern einander misstrauisch.

Boizler hat eine der wenigen Parkbänke im Bonner Hofgarten ergöttert, er ist bleich vor Müdigkeit und Kälte. Anders als die vielen Tausende um ihn herum, die sich vom Rhythmus der Rock-Bands mitreißen lassen, kann er sich nicht hüpfend und stampfend aufwärmen. Der Bibliothekar im Ruhestand, 63 Jahre alt, hat 1943 in Frankreich das rechte Bein verloren und ist auf Krücken angewiesen.

Kriegsgegner gegen Krieg steht auf dem Pappschild, das er auf der Brust trägt. Der Invalide ist aus Cuxhaven zur Bonner Demonstration der Friedensbewegung angereist. In der Tasche hat er einen Aufruf von Kriegsverwehrenden, Kriegswaisen und

Klare Forderungen

swilwan, der eine „politische Lösung“ am Golf und eine Volksabstimmung in Kuwait unter Aufsicht der Vereinten Nationen verlangt. Als Mitunterzeichner nennt das Flugblatt Prominente von Heinrich Albertz bis Gerhard Zworeuz.

Rund 50 Organisationen haben als Trägerkreise zu dieser Demonstration aufgerufen, unterstützt wurden sie von SPD, Grünen und DGB. An vier Sammelpunkten haben sich die Demonstranten formiert, die am Samstagvormittag aus allen Himmelsrichtungen mit Bus und Bahn angereist sind. Mehrere Stunden lang wälzen sich die Demonstranten durch die Stadt, bis hin zur zentralen Kundgebung im Hofgarten vor der Bonner Uni.

Angereist sind aber nicht nur die in der Friedensbewegung Organisierten: Tausende von Schülern, Familien mit Kleinkindern, sehr viele ältere Menschen sind auf eigene Faust nach Bonn gekommen, um dabei zu sein, um irgend etwas zu tun gegen diesen Krieg, wie ein alter Mann aus Koblenz sagt, um irgend etwas gegen die eigene Angst zu tun. (Siehe: „Der Mut, seine Angst zu bekennen“).

Angst und Ratlosigkeit artikulieren sich in vielfältiger Weise: „Kein Krieg“ steht auf vielen Schildern und Transparenten oder auch nur „Nein“. Neben den vielen bekannten, vereinfachten Losungen wie „Kein Blut für Öl“ folgen konkretere Forderungen nach Annahms-Büroverweigerung, Gymnasialreform und Dozenten am Kölner Martin-Buber-Institut, fragt auf einer großen Papptafel: „Wo bleibt

Hitzige Debatten

das Ministerium für Friedens- und Konfliktforschung? Die Lehrerin gehört zu der im November gegründeten Gruppe Frauen in Schwarz Frauen für Frieden, die jeden Freitag in der Kölner Schiffkassens-Unterschiffen sammelt.

Während sich die Hofgartenwiese füllt - auf 150 000 Teilnehmern hatten die Organisatoren zu hohen gewagt - gibt es rund um die Kundgebungsorte hitzige Debatten: An einer Ecke wird gegen den im Vorfeld bereits beschworenen, vermeintlichen Trend der Großkundgebung protestiert: „Hände weg von Israel“ und „America, we support you“ steht auf den mit David-Sternen und Sternchenbanner geschmückten Transparenten. Ein Teil der Gruppe kommt von der jüdischen Gemeinde, ein anderer wird von Bonner Studenten gestellt.

„Ich sympathisiere mit Israel, weil dort meine Schwiegereltern leben. Und weil ich mich schä-

me, Deutscher zu sein“, sagt Manfred Hänel aus Kerzen. Der Bonner Medizinstudent Dietrich von Stechow verteidigt den Militärsatz der Amerikaner am Golf: „Wie soll man einen Mann wie Saddam Hussein denn sonst stoppen?“, hält er Helmut Bekkers, Marktforscher, entgegen, der an der Maxime festhält, jüdischer Krieg sei ein Übel. „Wir sagen ja nicht, daß Krieg sein

nische Plakate wie das des Ringes „Christlich-Demokratischer Studenten (KGDSt)“, Deutschland mit Bush gegen das Verbrechen“ sind weitaus häufiger anzutreffen. Der brandenburgische Landeshochschulrat Gert Forck formuliert als erster Redner, was wohl die meisten hier bewegt: „Als Deutsche hatten wir gehofft, Krieg sei kein Mittel der

Und der DGB-Vorsitzende Heinz-Warner Meyer stellt fest: „Anti-Amerikanismus ist, wenn in Deutschland produzierte, mit Extraprofiten an den Irak verkaufte Waffen amerikanische Soldaten töten“. Der Beifall für den Bischof und den DGB-Chef ist eher höflich als enthusiastisch. In die Rede Meyers mischen sich sogar Pfiffe. Reklamer werden die erst nach der

sind es gegen 14 Uhr, wenig später pendelt sich die Polizeischätzung bei 200 000 ein. Die Freude über ihre große Anzahl ist allen Demonstranten gemeinsam: sie und das Grundmotiv der Kundgebung. „Der einzige gemeinsame Nenner hier ist der Wunsch nach Frieden“, stellt ein Journalist fest.

„Am Ende der Befreiung ist Wüste“, Krieg kennt nur einen Gewinner: den Tod“, „Ja zum Frieden; Ja zur UN“, „Oftmals kann man besitzen, die Sonne nicht“ und „Der Krieg ist so überflüssig wie ein Scheiß“ - so lautet die Meinungsäußerungen, so groß auch die Toleranz der Menge. Vor die dichte an der Bühne platzierte KGDSt-Gruppe hat sich nach Beginn der Kundgebung ein Dutzend Palastiner geschohlen. Fahnenstängel skandieren sie eine Zeitlang: „Palästina, Palästina“. Niemand vorwehrt es ihnen, und so hören sie auch bald wieder auf.

In Stimmung geraten die unübersichtlichen Massen beim musikalischen Rahmprogramm. Minutenlang ist das zweite Rechteck erfüllt von Gesang aus vieltausend Kehlen: „Give peace a chance“, „Gib dem Frieden eine Chance“. Und Herbert Gröbe, der - wie alle anderen Musiker auch - mit seiner Band

Ergriffenheit

auf Gage verzichtet hat, reißt tiefer in der bitteren Kälte geduldig Ausdauernden zu Begeisterungstönen hin.

Als die „Criminals Rap-Band“ aufrückt, bittet deren fähiger Sänger um einen Moment des Schweigens zum Gedanken „an alle, die sterben“. Sie nicht die Axt in die Höhe, mit geöffneter Hand, 200 000 Menschen tun es ihr nach. Stille sinkt sich plötzlich über die riesige Hofgartenwiese, nur das kurze Aufwachen eines Kindes ist zu hören, in der Ferne klafft ein Hund. Und dann ist der Augenblick der Ergriffenheit vorbei, wird hinweggeleitet von dröhnenden Rhythmen.

„Keine Zwischenspitze“, meldet die Polizei. Ein Einsatzleiter muß lange nachdenken, ehe ihm doch noch eine Rangelei einfällt. „Da wollte einer den Helikopter spielen und hat eine amerikanische Fahne eingezündet. Und da haben ihn andere ein bisschen geschubst.“ Eingegriffen habe die Polizei nicht, natürlich nicht. „Das hätte doch bloß provoziert.“

Nicht auszudenken, was nach dem Fernsehzuschauer am Abend serviert hätte, wäre ein Kamerateam in der Nähe gewesen.



ANFRÄNGERIN will dieses Plakat der Friedensdemonstranten die deutsche Giftgas-Produktion für den Irak, der mitgeführte Totenkopf unterstreicht die Anklage.

Demonstrationen gegen den Krieg

Deutschland habe sich durch seine Verweigerung von seinen Partnern isoliert. Das werde für sein Gewicht in der Nato und die Europapolitik nicht ohne Folgen bleiben. Das deutsch-amerikanische Verhältnis sei von Bonn schwer belastet worden. Die Regierung wird aufgefordert, unverzüglich die Voraussetzung für den Einsatz deutscher Streitkräfte zur Friedenserhaltung zu schaffen und sich eindeutig zu ihrer Beistandsverpflichtung im Bündnis zu bekennen.

Die Gruppen unterstellten der Bundesregierung, sie habe jabelang die Waffenlieferungen deutscher Firmen an Saddam Hussein gebilligt. Der Regierung Bush unterstellten sie: „Sie hat den Krieg am Golf gewollt.“ Krieg sei keine angemessene Antwort auf den Bruch des Völkerrechts durch den Irak. Der Protest gegen den Krieg am Golf müsse weitergehen.

Mehr als 200 000 Demonstranten hatten am Samstag in Bonn bei der bisher größten Kundgebung gegen den Golfkrieg ein Ende der Kampfhandlungen und eine politische Lösung des Konfliktes gefordert. Die Veranstaltung stand unter dem Motto: „Wir lassen die Zerstörung der Zukunft nicht zu - Stoppt den Krieg am Golf.“ Die Kundgebungen auch in anderen deutschen Städten richteten sich nicht gegen die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten, wie viele Redner beteuerten. Demonstrationen gab es auch in mehreren europäischen Städten wie Paris, Bern, Genf, Lissabon und im spanischen Bilbao und auch in den Vereinigten Staaten. Im

Anschluß an eine friedliche Kundgebung kam es am Samstagabend in Bern zu schweren Ausschreitungen. Vor der amerikanischen und der britischen Botschaft warfen Vermummte Steine, setzten Öl sowie ein Auto in Brand und zerrückten Fensterscheiben. Die Polizei setzte Wasserwerfer ein. Elf Beamte seien leicht verletzt worden, hieß es.

In Frankreich fanden in Paris, und in den großen Provinzstädten wie Lyon, Marseille, Toulouse, Bordeaux und Nantes am Wochenende Demonstrationen gegen den Golfkrieg statt. Die wichtigsten Veranstalter waren die Kommunistische Partei und ihre Gewerkschaft CGT, daneben die Trotzlisten, die Grünen und die Gruppe „Aufruf der 75“. An der Demonstration in Paris, die von Platz der Republik ins Quartier Latin führte, nahmen mehrere tausend Personen teil. Gegen Ende bewarfen Gruppen von Schlagern die Polizei mit Steinen und Flaschen und setzten Mülltonnen in Brand. Der prominenteste Teilnehmer des Demonstrationstages war der Schriftsteller Gilles Perault, gegen den wegen Aufforderung zu Fahnenflucht und Sabotage Anklage erhoben werden soll. Perault hatte im vergangenen Jahr durch ein Buch gegen König Hassan II. die Beziehungen Frankreichs zu Marokko befasst.

Auf der Bonner Demonstration hatten der DGB-Vorsitzende Meyer und der Bischof der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, Forck, vor „blindem Anti-Amerikanismus“ gewarnt. „Anti-Amerikanismus ist, wenn in Deutschland produzierte und mit Extraprofiten an den Irak verkaufte Waffen amerikanische Soldaten töten“, rief Meyer aus. Forck sagte:

von einer feministischen Rednerin vorgebracht und heftig beklatschtes Forderung, der Deutsche Gewerkschaftsbund sollte zum „Generalstreik gegen den Krieg am Golf“ aufrufen.

So richtig bejubelt aber wird nur die Moderatorin, die den von der Polizei genannten Teilnehmerstand weitergibt: 170 000

Blut Max Malsch

„Nicht Amerika ist unser Gegner, sondern die Fahrlässigkeit der amerikanischen Politik und unter ihrem Einfluß die UNO, die ein Unrecht mit einem noch größeren Unrecht beantwortet hat.“

Bei der friedlich verlaufenden Demonstration gegen den Krieg stand die deutsche Industrie im Mittelpunkt der Kritik, die den irakischen Präsidenten zugeworfen habe. In der Innenstadt von Bonn hatten sich etwa 300 Personen zu einer proisraelischen Veranstaltung versammelt, deren Teilnehmer anschließend auf die Hofgartenwiese vor der Universität zu der zentralen Demonstration zogen.

In Berlin waren am Samstag etwa 30 000 Menschen einem von SPD, PDS, Gewerkschaften, kirchlichen Organisationen sowie sogenannten Friedens- und Bürgergruppen unterstützten Aufruf zu einer Demonstration gegen den Golfkrieg gefolgt. Auf der Abschlusskundgebung übten Redner harsche Kritik an der „Kriegspolitik“ des amerikanischen Präsidenten, der dadurch bedingten Umweltkatastrophe sowie an den Rüstungsexporten „deutscher Konzerne“.

Zu einer Solidaritäts-Demonstration mit den Vereinigten Staaten und Israel fanden sich am Sonntagmorgen etwa 5000 Menschen in der Berliner Innenstadt ein. Auf der Abschlusskundgebung vor der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche sprach die Berliner Parlamentspräsidentin, Frau Laurina. Die CDU-Politikerin zeigte sich „entsetzt und bestürzt“ darüber, daß Krieg zum Mittel der Politik geworden sei. Wenn die Alliierten jedoch jetzt nachgeben, kapitulierten sie „vor dem Diktator“.

FR 28-01-91

Aus der ganzen Republik reisten die Menschen zur Demonstration für Frieden am Golf nach Bonn. Was bewegt sie? Unser Redakteur marschierte mit und sammelte Gedanken und Motive.

Habe keine Angst vor der Angst - habe Mut zur Angst. Tausende, Hunderttausende zogen in diesen Tagen Mut zur Angst, wie es Günther Anders in seinem Buch „Hiroshima ist überall“ gewünscht hat. Sie bekennen es gegenüber Irresichtigen, sie schreiben es hinaus: „Wir haben Angst.“ Nicht jedem verständlich, aber unmissverständlich.

Die Angst wird zum Antrieb des Engagements für den Frieden. Doch schwer ist es, sie in klare Worte zu fassen. Sie hat viele Gesichter, rationale wie irrationale, fragende wie antwortende, davon eine - nicht repräsentative - Zusammenschau der Sozialezustände von Friedensdemonstranten zeugt.

Angst, wovor? Vor Vernichtung des Lebens durch

Der Mut, seine Angst zu bekennen Gedanken und Motive der Demonstranten

Kriegsgefahr, Bombenterror, Verschmutzung der Umwelt, Vor-Ausweitung des Krieges vielleicht bis nach Europa und vor gewissenlosen Waffenhändlern. Vor dem, was danach kommt: vor der Totenblut dieser Schlacht, vor Leichenbergen. Und natürlich vor Saddam Hussein, dem Menschenverächter, der aber auch vor Politikern des Westens, die wenig Angst vor Kräfte zeigen.

Ja, ja, das stimmt wohl: Dem Saddam kann man nicht gewähren lassen. Dennoch: Was ist mit den Menschen im Irak, die auch Opfer eines Wahnsinns sind? Mit jenen im Schützengraben, die in diesen Stunden zu Tausenden an alliierten Bombenhagel getötet, zerfetzt, verstümmelt werden? Mit den Soldaten der Verbündeten, von denen viele ihre Familien nie mehr wiedersehen? Und mit den Irakern, die von Raketen aus dem Schlaf gerissen werden? Ist das noch (Völker)recht, den Frieden herbeizubomben?

Was hilft es denn, das Mangelnde - Meines Güte, was will man denn sonst machen? Zu Hause: Ich und die Mattscheibe starren, der vom Blut gereinigten Frontlinienten blickt sich schweißgebadet zurecht, das geht mich nichts an? Nein, zu Komplizen des Todes werden die Menschen durch das Verdammnis. Wer das nicht will, muß bei sich horten, so tun, als hänge der Frieden allein von ihm selbst ab.

Etwas naive? Mag sein. Aber was bleibt außer Protest, wenn Politik einen nicht zu vertreten vermag. Und warum soll gegen diesen Krieg nicht ausgerechnet vom deutschen Boden aus angegangen werden, wurden doch hier auch zwei Kriege vorbereitet und begonnen? - Einzelnig, weil nicht der Besetzung Kuwait, sondern dem durch internationalisierte Nein, damals protestierte die versammelte Weh. Wofür also auf die Straße gehen?

Natürlich, irgendwie ist es schon ein bisschen befriedigend, den Selbst- aber auch die Hoffnung. Das Gefühl, wenigstens etwas zu tun, wenn man sonst nichts tun kann. Der Versuch, Obmacht zu bezwingen, das Bedürfnis, nicht allein zu sein mit den Sorgen. Und Mut zu finden in der Solidarität. Mut zu finden zum Bekenntnis „Ich habe Angst.“ Ralph Schulze

Die Attacken gegen die Amerikaner blieben weitgehend aus

Auch Solidaritäts-Bekundungen für Israel während der Bonner Demonstration gegen den Krieg am Golf

Von unserem Korrespondenten
Thomas Wittke

Bonn. Etwa 200 000 Menschen demonstrierten am Samstag auf der Bonner Hofgartenwiese gegen den Golfkrieg.

Um 14:47 Uhr wurde es bei dem Massenprotest gegen den Krieg totenstill. Gerade hatte die Leadsängerin der mit Vietnam-Veteranen besetzten „Criminal Rap-Band“ aus den USA die Menge aufgefordert, für einen Moment ruhig zu verharren, einen Arm zu heben und an die Soldaten zu denken, die am Golf kämpfen. Die dichtgedrängten Menschen schwiegen zehn Sekunden lang. Dann sagt die Sängerin mit leiser Stimme: „I love you“. Schon kurz zuvor hatte betretenes Schweigen geherrscht. Die Frau eines im Golfkrieg eingesetzten US-Soldaten berichtete von dem Brief ihres Mannes: „Es war der schlimmste Fehler meines

Lebens Soldat zu werden. Ich will nach Hause zurück. Und viele Kameraden wollen das auch.“ Die junge Frau trug das gemeinsame zwölfjährige Kind auf dem Arm: „Wir müssen diesen verdammt Krieg schnell beenden.“ Die Kriegsgegner applaudierten.

Vor dem Podium, im Schatten des Universitätsgebäudes, weinte eine Frau. „Das sind Momente, die mir mehr unter die Haut gehen als alle Reden,“ meinte viel später in der Straßenbahn Richtung Bad Godesberg Jens aus Hamburg. Der Wehrdienstverweigerer war noch vor zwei Monaten in Israel. „Mir käme es nicht in den Sinn, gegen die Juden oder gar die USA zu protestieren.“

Man mußte schon mit der Lupe anti-amerikanische oder anti-israelische Aussagen während des Zwei-Stunden-Protestes suchen: „Solidarität mit Israel“, „Israel soll leben“, „Untergang Israels – Nein danke“ – solche Aussagen beherrschten das Bild in den ersten Reihen. Die Aktivistin des RCDS hörten schon seit 11 Uhr auf der Hofgartenwiese bei klirrender Kälte aus, um ihr Plakat „Ja zum Frie-

den - Ja zur UNO“ in der zweiten Reihe medienwirksam zu präsentieren. Durchgefroren wirkten auch die Kommunisten, die sich ebenfalls noch vorn gedrängt hatten und in großen Buchstaben die Kriegsschuld bei den „US-Aggressoren“ festmachten. Die SPD hatte ein Plakat an 35 bunten Luftballons steigen lassen: „Auch am Golf Frieden, Demokratie und Abrüstung.“

Unter den Demonstrationen waren weit mehr junge Menschen als bei den früheren Zügen der Friedensbewegung. Viele Kinder trugen Protestschilder mit sich: „Kinder und Tiere bitten um Frieden“.

Von den Rednern hinterließ Bischof Gottfried Forck einen prägenden Eindruck. „Krieg darf nicht sein. Das gilt für Saddam Hussein wie für George Bush; das gilt in Kuwait ebenso wie im Irak, in Israel oder im Baikalan.“ Getreu der Bibel könne das Böse nur durch das Gute überwunden werden. Für den Berliner Bischof heißt dies: „Die Politik muß sich anstrengen, um friedliche Lösungen zu finden.“

Schwieriger hat es DGB-Chef Hans-Werner Meyer, der seine Rede Wort für Wort vom Blatt ablas. Seine Definition des Anti-Amerikanismus: „Wenn in Deutschland produzierte und mit Exportprofilen an den Irak verkaufte Waffen amerikanische Soldaten töten.“ Beifall und lauterer Widerspruch: „Und was ist mit den Gewerkschaftskollegen, die die Waffen mitgebaut haben?“

Die Frage nach der deutschen Mitverantwortung bewegte die meisten mehr als der Anti-Amerikanismus. Die Publizistin Mechthild Jansen wies auf die Mitschuld der deutschen Wirtschaft hin. In der ersten Reihe hatte ein Demonstrant einen Totenkopf mitgebracht, auf dem eine Kerze flackerte: „Deutschland – Weltmeister des Todes“ stand auf einem Plakat. „Das wird eine beizuhaltende Debatte, wenn die ersten mit deutscher Hilfe gebauten C-Waffen Israels treffen“, sagte Jens beim Aussteigen aus der Straßenbahn. „Man wird uns Mitschuld an einem neuen Holocaust vorhalten.“ Genügend Diskussionsstoff, sagte der Hamburger, habe die Friedensbewegung in Zukunft allemal.

General Anzeige BN 28-01-91

Frankfurter Rundschau 28-01-91



GIFTGAS-GEFAHR: Was hier ein Friedensdemonstrant in Washington zur Mahnung vorführt, könnte vor allem für Israelis bald zur tödlichen Wirklichkeit werden, sollte Saddam Hussein seine Drohung mit „unkonventionellen Waffen“ wahr machen. (Bild: dpa)

(Fortsetzung von Seite 1)

tenangriffe auf Israel und erklärte sich „mit der israelischen Bevölkerung“ solidarisch. Die Verbrechen Saddam Husseins dürften nicht verschwiegen werden. Bis zum Ende des Krieges sollten an jedem Freitag in ganz Deutschland Schweigeminuten für den Frieden stattfinden.

„Nicht Amerika ist unser Gegner, sondern die Fahrlässigkeit der amerikanischen Politik und unter ihrem Einfluß die UN, die ein Unrecht durch ein größeres Unrecht beantwortet haben“, sagte Bischof Forck. Dieser Krieg sei eine Kapitulation der Politik, er treffe viele unschuldige Menschen im Mittleren Osten und „setzt die Zukunft der Menschen dort und der ganzen Menschheit aufs Spiel“. Christliche Auffassung sei, daß das Böse durch das Gute überwunden werde. Für die Politik bedeute dies, wirksamere Mittel als Bomben und Raketen zu finden. Gegen alle politische Vernunft und historische Erfahrung werde statt dessen so getan, als sei der Krieg noch ein brauchbares Mittel der Politik.

Unterdessen dauerte der politische Streit um den Charakter der Demonstration an. SPD-Geschäftsführerin Anke Fuchs sagte, in Bonn sei eindrucksvoll für eine friedliche Lösung des Golf-Konflikts demonstriert worden. Die Bundesregierung und die Koalitionsparteien hätten kein Recht, die Demonstranten zu kritisieren. Wer versäumt habe, die Rüstungshilfe an Saddam Hussein zu unterbinden, sollte das Wort Antiamerikanis-

mus nicht in den Mund nehmen. Nicht das Eintreten für den Frieden, sondern die Waffenhilfe für die Feinde Israels bringe Deutschland in Verruf.

Die Bundesregierung hatte an die Demonstranten appelliert, sich ihrer Verantwortung für das Ansehen Deutschlands im Ausland bewußt zu sein. Die Friedenssehnsucht dürfe niemanden blind dafür machen, wer für den Krieg am Golf verantwortlich sei. Der CSU-Vorsitzende, Bundesfinanzminister Theo Waigel, warf den Demonstranten vor, dem demonstrierten Pazifismus „führt letztlich zu einer Politik der erhobenen Hände“, zur Kapitulation vor dem Despoten Saddam Hussein. Die Demonstranten erweckten den Eindruck eines „ängstlichen Deutschlands“.

Dagegen warf der Dresdner Superintendent Christof Zimmer der Bundesregierung „Verwirrung der Begriffe“ vor. Ihre Kritik lasse befürchten, daß Pazifisten und Friedensstifter wieder als „vaterländische Gesellen“ diffamiert würden.

Bundestagspräsidentin Rita Süsmuth (CDU) meinte in der „Welt am Sonntag“, Friedensdemonstrationen dürften nicht zu falschen Signalen, zur Verwischung von Recht und Unrecht führen. Gleichzeitig rief sie zur Solidarität mit Israel auf. Anders als in anderen Ländern lösten die Demonstrationen Irritationen und Kritik in Deutschland aus.

Als „doppelzüngig“ und „bodenlos heuchelhaft“ wies die stellvertretende SPD-Vorsitzende Herta Däubler-Gmelin die Kritik der Bundesregierung zurück. Im

Bischof nennt Golf-Krieg das größere Unrecht

„Schlimmer als Besetzung Kuwaits“ / 200 000 in Bonn

BONN, 27. Januar (AFP/dpa/AP). Mehr als 200 000 Menschen haben am Wochenende in Bonn friedlich gegen den Krieg am Golf demonstriert. Es war die bislang größte Friedensdemonstration in Deutschland nach Ausbruch des Krieges. Zahlreiche Redner bekundeten ihre Solidarität mit Israel. Nur sehr vereinzelt waren anti-amerikanische Töne zu hören. Der Bischof der Evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg, Gottfried Forck, nannte den Krieg ein größeres Unrecht als die Besetzung Kuwaits durch Iraks Diktator Saddam Hussein.

Zu den Rednern der Kundgebung in Bonn, zu der rund 50 Initiativen und Organisationen aufgerufen hatten, gehörte außer Forck auch der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Heinz Werner Meyer. DGB, SPD und die Grünen hatten den Aufruf zum Sternmarsch nach Bonn unterstützt. Auch in Berlin und anderen Städten demonstrierten Zehntausende friedlich gegen den Krieg.

Forck und Meyer forderten im Bonner Hofgarten unter dem Motto „Wir lassen die Zerstörung der Zukunft nicht zu – Stoppt den Krieg am Golf!“ die Rückkehr zu Verhandlungen und politischen Sanktionen. Wie alle Redner wandten sie sich energisch gegen den Vorwurf des Antiamerikanismus, der in den vergangenen Wochen im In- und Ausland gegen die deutsche Friedensbewegung erhoben

worden war. Zugleich bekundeten sie Solidarität mit Israel.

Friedensdemonstranten Antiamerikanismus zu unterstellen, lenke nur von eigenem politischen Versagen ab, betonte Meyer. „Antiamerikanismus ist, wenn in Deutschland produzierte und mit Exportprofilen an den Irak verkaufte Waffen amerikanische Soldaten töten.“ Der deutsche Waffenexport müsse gestoppt werden. An die Bundesregierung appellierte der DGB-Chef, sich bei den Vereinten Nationen (UN) für einen Waffenstillstand und in der EG für Friedensinitiativen einzusetzen. „Lieber viele Jahre verhandeln als eine Minute Krieg“, sagte Meyer, der für eine Nahost-Friedenskonferenz plädierte. Saddam Hussein müsse Kuwait freigeben.

Meyer äußerte Abscheu über die Raketentsetzung auf Seite 2)

Kölner „Express“ forderte sie die Regierung zugleich auf, die Namen jener Firmen bekanntzugeben, denen Rüstungs- und Waffenexporte nach Irak vorgeworfen werden. „Es ist ein Hohn, daß ausgerechnet die Bundesregierung an die Demonstranten appelliert, sich ihrer Verantwortung für das Ansehen Deutschlands bewußt zu sein.“

Der künftige hessische Ministerpräsident Hans Eichel (SPD) hält die Militäraktion der USA gegen Irak für einen Fehler. Bisher seien „noch nicht alle nichtmilitärischen Mittel überhaupt konsequent eingesetzt worden“, sagte Eichel in einem vorab veröffentlichten Interview des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“. Um Saddam Hussein aus Irak zu vertreiben, hätte die Wirkung der Sanktionen abgewartet werden müssen.

Der ehemalige Flottenadmiral Ebnur Schmölling nannte Bundeskanzler Helmut Kohl, Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und deutsche Rüstungsfirmen „Exporteure des Todes“. Der Krieg sei auch ein Krieg der Bundesrepublik, sagte er in Bremerhaven vor 4000 Kundgebungsteilnehmern.

Dagegen meinte der Bundestagsabgeordnete des Bündnisses 90/Die Grünen, Konrad Weiss, der Golf-Krieg sei auch eine Niederlage der Friedensbewegung. In „Bild am Sonntag“ schrieb er: „Es ist lächerlich, wenn sich die Proteste gegen die Soldaten richten, die den bitteren Auftrag der Volksgemeinschaft erfüllen und dafür ihr Leben einsetzen.“

Zu der Diskussion über die deutsche Bündnissolidarität sagte der Vorsitzende der Unionsfraktion, Alfred Dregger, die meisten der Demonstrationen verurteilten den Krieg als solchen. Diese Protestaktionen richteten aber ihre Emotionen vielfach nicht gegen den Aggressor und Kriegsverbrecher Saddam Hussein, sondern gegen diejenigen, die im Auftrag der UN die Hauptlast der Kämpfe zu tragen hätten.

In Berlin zogen am Wochenende mehrere zehntausend Menschen in Sternmärschen auf den Berliner Alexanderplatz, um gegen den Golf-Krieg zu demonstrieren. Die nach Polizeiangaben insgesamt 30 000 Teilnehmer forderten unter dem Slogan „Nieder mit den Waffen“ das sofortige Ende der Kampfhandlungen. Unter den Demonstranten waren auch die Delegierten des PDS-Parteitages in Berlin, die ihre Tagung unterbrachen.

Vor dem US-Militärflughafen in Frankfurt a.M. nahmen 50 Musiker und mehrere hundert Sympathisanten an einer Konzertblockade teil, in deren Verlauf Mozarts „Requiem“ aufgeführt wurde.

Am Sonntag fanden sich in München, Nürnberg und Berlin auch mehrere tausend Demonstranten zusammen, die ihre Solidarität mit den USA und Israel bekundeten.

In Oldenburg schlugen 30 rechtsradikale Skinheads zwei Männer einer Mahnwache gegen den Krieg zusammen und zerstörten das Zelt der Demonstranten.

Friedensdemonstrationen in Deutschland: Entsetzen, Verzweiflung und gegenseitige Schuldzuweisungen

Wenn schlafende Ängste geweckt werden

Die Protestkundgebungen der vergangenen Woche machen deutlich, wie emotional und unversöhnlich die Diskussion um den Golfkrieg geführt wird

Von Axel Hacke

München/Bonn, 27. Januar - Bis in die Nacht hinein geht es um Krieg und Frieden vor dem Münchner Rathaus. Eis in die Nacht hinein steht dort eine Mahnwache vor Kerzen, Holzkreuzen und unter einem Transparent mit dem Text: „Jedes Opfer des Krieges - ein Verbrechen gegen das Leben. Sofortiger Waffenstillstand - sofortige Verhandlungen.“ Leise wird eine Trommel gerührt. Eine Frau ruft: „Es kann sich jeder einbringen, es kann jeder das, was ihm am Herzen liegt, auch schreien - für den Frieden.“ Der Mann daneben trägt ein Plakat: „Zivilisation ist sich gegenseitig Zuneigung zeigen und sich respektieren.“

Und was tun die Leute? Zeigen sich Zuneigung? Respektieren sich? Nein, aber sie bringen sich ein und schreien etwas heraus. Zeigefinger stechen in die Luft. Man beschneit sich gegenseitig Lächerlichkeit. Jemand schreit: „Du hast einen Intelligenzquotienten, der liegt bei sechs.“ Ein Herr fragt eine Demonstrantin, wo sie am 2. August gewesen sei, dem Tag des irakischen Einmarschs in Kuwait, und als sie leise zurückfragt, wo er damals gewesen sei, herrscht er sie an: „Ich habe Ihnen eine Frage gestellt: Wo waren Sie?“ Mancher hier würde das Gegenüber auch in die „Ozone“ schicken. Weil es die nicht mehr gibt, bietet man Reisen in den Irak an. Ein Friedensfreund, dem Anti-Amerikanismus vorgeworfen wird, ruft verzweifelt: „Wann begreifen die Leute, die uns hier dauernd anmeckern, endlich, daß wir auf keiner Seite stehen!“ Entnervt ruft er seinem Kritiker zu: „Ja, wenn Sie für den Krieg sind, dann gehen Sie doch runter da an den Golf.“ Der Kontrahent überlegt sich's und antwortet: „Geh du doch runter und erzähl ihm vom Frieden, dem Hussein.“

Bekennnis der Briefträger

So entfaltet sich die Sachlichkeit der Debatte um den Golfkrieg und die Friedensbewegung. Und weil dies Zeiten sind, in denen man sich zu bekennen hat, haben zuerst die Grünen aus ihrem Rathausbüros weiße Fahnen mit der Parole „Kein Blut fürs Öl“ aus dem Fenster gehängt, dann ist die CSU-Fraktion mit den Flaggen einiger Länder, die im Golfkrieg gegen den Irak kämpften, aufmarschiert und mit einem großen Transparent, worauf zu lesen war: „Danke allen, die die Freiheit in der Welt verteidigen! Weg mit dem Schlächter Hussein.“ In gebrochener Deutsch ruft einer: „Die Amerikaner schlachten Frauen und Kinder mit ihren Bomben!“ Die Dame mit der italienischen Fahne schreit: „Wie kommen Sie überhaupt hierher?!“ Einer aus dem Publikum pöbelt: „Ihr seid doch nur für die Amerikaner, weil sie euch nach dem Krieg Schokolade gegeben haben.“ Da brüllt der CSU-Fraktionsvorsitzende Bletschacher zurück: „Idd du magst lieber vergast werden, geil?“ Gleich neben ihm steht ein Parteifreund mit einer Fahne in den Farben Schwarz, Grün, Weiß und Rot, und auf die Frage, wessen Flagge das sei, sagt er: „das muß irgendein arabisches Land sein, aber ich bin kein Heraldiker.“ (Es war die kuwaitische Fahne. Wie gesagt: Man muß sich bekennen, auch wenn man nicht immer genau weiß, wozu.)

Auch in München ist in der vergangenen Woche kein Tag ohne Demonstration vergangen, und in manchen Schulen gehören die morgendlichen Mahnmänter schon zum Alltag. Zwischendurch haben sogar die Briefträger ihre Friedensliebe bekundet, indem sie, von der Bevölkerung leider weitgehend unbemerkt, fünf Minuten spä-

ter zum Briefzustellen aufgebrochen sind als sonst. Am Ende der Woche sind in aller Herrgottsfrühe Tausende zu jener Demonstration nach Bonn gefahren, bei der mehr als 200 000 Menschen durch die Stadt zum Holzgarten zogen, wo sich 1981 bei einer legendären Kundgebung gegen den NATO-Doppelbeschluss zwischen 250 000, und 300 000 Leute eingefunden hatten.

Ja, die Friedensbewegung ist wieder da. Die Faststellung ist so banal wie jene, daß Organisationen wieder auftauchen, die man längst vergessen hatte oder endlich aufgelöst wähnte. Fast rührt es einen, daß bei einem Demonstrationszug zum türkischen Generalkonsulat in München plötzlich wieder zu hören ist: „Hoch diese internationale Solidarität!“ Daß da auf einmal wieder Leute herumlaufen mit Plakaten, auf denen geschrieben steht: „Stopp die US-Aggression!“ Daß jene Dichter wieder reimen, die ihre Kunst schon auf wer weiß wie vielen antimperialistischen Kundgebungen zum besten gaben. Heute klingt das so: „Keinen Mann und keine Mark / für den Krieg in dem Irak.“

Kein Zweifel, daß auch rüde Formen des Anti-Amerikanismus wieder auftreten, die manchen differenziert Denkenden von der Teilnahme an Demonstrationen abhalten, jenen Schüler am Münchner Albert-Einstein-Gymnasium zum Beispiel, der sagt, er halte den Krieg am Golf auch für unnötig. Aber bei Kundgebungen wie jener vor dem amerikanischen Generalkonsulat, bei denen Leute mit Bush-Masken „Völkermörder! Völkermörder!“ riefen, könne er nicht mitmachen. Es gab dort noch eine Demonstration, organisiert vom Verband der jüdischen Studenten in Bayern. Da dankten 200 Teilnehmer den USA für ihr Engagement am Golf und riefen „God bless You, America!“ Hinterher sagt Wolf S. Bruer, stellvertretender Vorsitzender der Israelitischen Kultusgemeinde in München: „Die Sehnsucht der Deutschen nach Frieden war immer schon eine romantisierende, und genauso ist man früher auch in den Krieg gezogen.“ Ein Student erzählt, eine Friedensdemonstrantin habe ihn gefragt: „Wann habt ihr Juden am heiligen Sabbat zurückgeschlagen gegen den Irak?“ Er nahm dies, weil Israel eben nicht zurückgeschlagen hat, als Beweis dafür, wie tief das Vorurteil sitze, Israel sei „aggressiv. Avi Blumenfeld, einer der Sprecher der Studenten, sagt, bei einer Diskussion habe ein Schüler zu ihm gesagt, „in der Hand der Juden“ liege „so wie immer der Schlüssel zum Krieg“ - und das Erschreckende sei die Formulierung „so wie immer“. Und ist es nicht wirklich merkwürdig, daß auf dem Flugblatt eines Instituts für Psychologie und Friedensforschung „zunächst der Ministerpräsident Schamir mit dem Satz zitiert wird, „wenn Israel zuschlägt, wird es ein harter Schlag“, und es dann weiter heißt, damit könne „wohl nur der Einsatz der Atombombe gemeint sein“ - als habe man eben von Juden immer nur das Allerschlimmste zu erwarten? Bruer sagt: „Die deutsche Jugend teilt zum viel zu großen Teil die Meinung: Wenn es diese Scheiß-Juden nicht gäbe, gäbe es keine Probleme da unten.“

Da ist es gewiß gut für Israel, daß Gerhard Bletschacher, der Chef der CSU im Münchner Rathaus, der auch bei dieser Demonstration anwesend ist, wissen läßt, daß seine Fraktion „voll hinter dem israelischen Volk“ stehe und jenen danke, die „hier an vorderster Front“ diese Auseinandersetzung führen müßten. Was den Anti-Amerikanismus angeht, so merkt man

manchen Leuten richtig an, wie sehr er ihnen in letzter Zeit gefehlt hat. Der bayerische Ministerpräsident Streibl hat der SPD in einer Presseerklärung vorwerfen lassen, so wie sie mit der Unterstützung der Friedensbewegung „früher den Kommunisten in die Hände gearbeitet habe, betreibe sie jetzt das Geschäft des irakischen Diktators und Kriegsverbrechers“. (Gewiß wird dieser Erklärung bald eine weitere folgen, in welcher der Ministerpräsident bedauert, sich als früherer MDB-Aufsichtsratsvorsitzender nicht allzusehr für die Verhinderung gewisser Waflagengeschäfte mit dem Irak eingesetzt zu haben - so ehrlich wie die CSU jetzt mit den Israeli fühlt.)

Kaum ein Redner bei der Bonner Demonstration versumt, seine Solidarität mit Israel zu bekunden, den Vorwurf des Anti-Amerikanismus zurückzuweisen, Saddam Husseins Einmarsch in Kuwait zu verdammen. Auf vielen Transparenten liest man Parolen wie „Amerika ja, Bushkrieg nein“ oder „Rettet Israel diplomatisch vor dem Aggressor Hussein“ oder, offensiver, „Anti-Amerikanismus ist, wenn deutsche Waffen amerikanische Soldaten töten“, oder, in schwer erträglicher Naivität, „Saddam, die größte Schuld hast Du, mach's nicht noch schlimmer, laß Israel in Ruh“. Das sind wohl Resultate jenes beginnenden „Lernprozesses“, von dem der Frankfurter Grüne Mische Brumlik in einem bemerkenswerten Interview mit der Frankfurter Rundschau gesprochen hat: Die Friedensbewegung müsse erst noch begreifen, „wie kompliziert dieser Konflikt in Wirklichkeit ist“. Vielleicht wäre es nicht schlecht, wenn im Gegenzug manch anderer versuchen würde, zu verstehen, wie kompliziert die Friedensbewegung ist. Man konnte zum Beispiel in Bonn nebeneinander Demonstrationen sehen, von denen einer ein Pappschild „Stopp die US-Aggression!“ trug, der andere ein Plakat mit dem Text: „Gegen Krieg und Anti-Amerikanismus!“

Zwei Beispiele von 200 000: Erstens: Im Münchner „Friedensbüro“ treffen wir eine Dame, die seit 1983 bei den „Truderinger Frauen für Frieden und Abrüstung“ aktiv ist. Wir reden darüber, welchen Paucken an Schuldgefühlen viele der älteren Friedensbewegten mit zu den Mahnwachen und Demonstrationen schleppen. Ganz unpolitisch sei sie noch vor zehn Jahren gewesen, sagt die 54-jährige, nichts habe sie gewußt vom Morb an den Juden, bis sie die Holocaust-Filme gesehen habe. Nun sei sie „wach geworden, und ich möchte nicht so dastehen; daß ich alles verschlaf jetzt“. Sie sei „ohne jeden Kompromiß gewaltlos“ und hat das seit Oktober bei täglichen Mahnwachen zum Ausdruck gebracht. Soviel Einsatz, so ehrliches Entsetzen, solche Verzweiflung - aber man ist nach einem solchen Gespräch auch fassungslos über Unangemessenheit („Ich hab' unendlich gelitten für das, was man den Israeli angetan hat“) und Naivität („Ich hab' am Anfang gar nicht gedacht, daß ich diskutieren muß mit den Passanten.“). Zweitens: Im Sonderzug nach Bonn sitzt jener Gymnasiast, der, wie alle jungen Demonstranten, immer total baff ist, wenn ihm jemand vorwirft, gegen Amerika oder Israel zu sein, wo er doch findet, daß man alle Völker mögen und lieben muß, Amerikaner, Israeli und Iraker. Haben nicht auch Amerikaner gegen den Krieg demonstriert? Er sagt: „Die Friedensbewegung ist nicht sehr kopfgesteuert. Da ist erst mal ein Gefühl, das Gefühl, daß wir alle Frieden wollen.“

Ausverkaufte Grablichter

Niemand wird glauben, daß die gesamte Schülerschaft von Untergangsgefühlen geschüttelt ist. Wer zum Beispiel das schon erwähnte Albert-Einstein-Gymnasium besucht, wird zunächst verblüfft sein, daß fast kein Schüler zur gleichzeitig stattfindenden Demonstration am Marienplatz gegangen ist. Bloß ein Sechstkläbler sagt, er gehe momentan nicht mehr ins Kino wegen der Terrordrohungen. Eine Schülerin der achten Klasse findet es ein bißchen albern, daß im Supermarkt Grablichter ausverkauft seien, „weil die am längsten brennen“. Andererseits muß man eben in jener Klasse nur das Wort „Golfkrieg“ aussprechen, und es recken sich acht Kinderarme in die Höhe, die dazu etwas sagen möchten. „Als der Krieg losgegangen ist, da war es ein Entsetzen und ein Grauen“, erinnert sich ein Abiturient, und ein Klassenkamerad sagt: „Für mich persönlich war das ein Einschub in mein Leben; so nah hab' ich einen Krieg noch nie erlebt.“ Ein Jüngerer aus der Mittelstufe sagt, ihn habe die Nachricht morgens im Radio, so erschüttert, da habe ich mich gleich umgedreht und weitergeschlafen.“

Die Münchner Psychoanalytikerin Thea Bauriedl spricht passenderweise von „schlafenden Ängsten“, die bei akuten Problemen wie der Katastrophe von Tschernobyl oder dem Golfkrieg jederzeit sozusagen aufwachen, was erklärt, warum gegen den Krieg zwischen Iran und dem Irak in acht Jahren kaum demonstriert wurde - es ist darüber ja auch nicht schon zum Frühstück im Fernsehen berichtet worden. Viele Patienten, sagt sie, benutzten das Wort „dünnhäutig“ zur Beschreibung ihrer eigenen Verfassung, und sie empfänden „nach der Phantasie vom ewigen Frieden“ im letzten Jahr den Golfkrieg als Schock, der um so größer sei, als man nicht wisse, was man tun solle. Als das Kraftwerk in Tschernobyl explodierte, konnte man sich um unverstrahlte Milch bemühen und den Grad der atomaren Verseuchung des Sandkastens messen. Jetzt kann man nur demonstrieren.

Der Slogan, den man in Bonn am häufigsten sah, lautete: „Deutsche Waffen, deutsches Geld, morden mit in aller Welt.“ Vielleicht sollte man bedenken, daß das schlechte Gewissen, mit dem nicht nur Friedensbewegte im deutschen Wohlstand leben, nun einen konkreten Ansatzpunkt gefunden hat: die Waflagengeschäfte deutscher Firmen. Die Demonstration wäre dann nicht nur der Frage nach Krieg oder Frieden gewidmet gewesen, sondern auch jener, wie dieses Deutschland beschaffen sein soll, in dem man seine Zukunft zu

SZ 28-01-91

Die Kids wollen Frieden, und nichts als den Frieden

Nach der Bonner Demonstration dürfte für den diffamierenden Vorwurf des Anti-Amerikanismus kein Platz mehr sein

Von Roman Arens (Bonn)



Das macht Hoffnung, sagt der Alt-68er, als er sich in Bonn auf dem Bahnhofsplatz den Knochen ausschüttelt. Der Oberstufenlehrer für Deutsch freut sich, daß neben den wieder aufgewachten alten Kämpfern gerade ganz viele jüngere Schüler, Viertklässler und Fünftklässler, am Samstag morgen schon um halb sechs Uhr in München den Zug zur Friedensdemo bestiegen haben und sich in ihrem Protest gegen den Golf-Krieg auch durch angeordnete schulische Restriktionen und Diffamierungen in der Öffentlichkeit nicht haben einschüchtern lassen.

Die Friedenskids, die seit Kriegsausbruch überall im Lande massenhaft aus ihren Bildungstätten hinausrennen und gegen Gefahr und Tod und gegen niemanden sonst durch die Straßen ziehen, sind in eine politische Kontroverse geraten, mit der sie nichts am Hut haben. Sie empfinden es als niederträchtig, für politische Interessen mißbraucht zu werden. „Das ist voll gemein“, ist immer wieder zu hören. Sie, die vielleicht noch auf den Schultern gehockt haben, als ihre Eltern gegen die Stationierung von Pershing 2-Raketen demonstriert haben, sind nun ganz eigenständig in auffällig großer Zahl nach Bonn gekommen. Diesen langen Tag — zum Beispiel die Münchner sollten mit ihren Sonderzügen erst um Mitternacht wieder zu Hause sein — haben sie in der Hoffnung im Kauf genommen, daß ihre Botschaft „rüberkommt“. „Wir wollen nichts als den Frieden“. Die Kids jedenfalls haben nichts gegen die USA insgesamt, nichts gegen Israel, und sogenannte außenpolitische Interessen haben sie schon gar nicht im Visier.

Am Nachmittag im Hofgarten verneigt sich einer, der mit seinen Liedern schon immer dabei war, vor den jungen Leuten: Es seien doch die Schüler gewesen, die dafür gesorgt hätten, daß er und viele andere, die schon vor intellektuellen Bewältigung der Kriegsstärke übergegangen gewesen seien, den „Arsch“ wieder hochgekriegt hätten. Popsänger Herbert Grönemeyer trifft mit seinem Dank das Lebensgefühl der neuen Friedensbewegung, als er singt: „Wir lassen uns die Lust am Leben nicht nehmen.“

Obwohl Grönemeyer gleich fünfmal hintereinander mit heftiger Emotion singt und mit voller Wucht in die Keyboard-Tasten haut, kommt kaum so etwas auf wie eine Woodstock-Festival-Atmosphäre. Als die leidenschaftlichen Sängerin von der Rap-Band „The Criminals“ („Just say No“) nach einer Gedenkpause „für unsere Brüder und Schwestern“ so richtig loslegt, scheinen sich viele nur deshalb im Rhythmus mitzubewegen, um der langsam hochkriechenden „Januar-Kälte“ zu begegnen. Ingridenwagt mit Klaus Lage, dem ruhigen Sänger Bruder und souveränen Moderator der Großveranstaltung auf der akademischen Wiese, das Temperament durch-

Als er von dem wuchtigen Podium aus festgestellt hat, daß sich die Demo-Teilnahme „in einer Größenordnung wie 62/83“ bewegt, fängt er vor Freude an zu singen — ohne Band und immer wieder nur den Refrain: „All we are saying is: Give peace a chance.“ Er fordert zum Mitsingen auf. Nur dies ist die gemeinsame Botschaft: Schluss mit dem Krieg, eine Chance für den Frieden.

Die wiedererwachte Friedensbewegung scheint viel weniger flüchtig und bunt als etwa vor sieben Jahren, sondern angesichts der konkreten Situation am Golf, von der man so wenig Genaues, aber genug Schlimmes weiß, sehr viel ernster und konzentrierter. „Krieg ist Massenmord“, sagt eine Gruppe von Schwarzege wandelten mit Totenkopfmasken. Im schweren Rhythmus von dumpfen Blechtrommeln zieht die Gruppe am diesem Samstag einen Wagen durch Bonn, auf dem das tödliche Geschäft der Rüstungsindustrie („Wir gewinnen immer“) ankündigend dargestellt wird. Das Pathos der Darstellung scheint niemanden zu stören, paßt es doch zu den bedrückenden zensurierten Nachrichten dieser Tage.

Vor Jahren war die Zielrichtung der Demonstrationen ziemlich klar und einfach: Sie richteten sich gegen die Raketen und die, die sie aufstellen wollten. So konnte man guten Gewissens auf die Straße gehen, auch wenn man mit der einen oder anderen Parole, die da mitge-

tragen würde, nicht einverstanden war oder sich gar darüber ärgerte. Nun gibt es stand ja auf den Fahnen die eine oder andere Organisation, mit der man sich nicht zu identifizieren brauchte. Man hatte sich daran gewöhnt, daß die Friedensbewegung sich aus einem ganz breiten gesellschaftlichen, politischen, kirchlichen, gewerkschaftlichen Spektrum zusammensetzte oder, wie der alterfahrene Andreas Buro formuliert, „immer eine äußerst heterogene Angelegenheit“ war.

Man hatte sich fast schon daran gewöhnt, daß es wegen der Breite des Spektrums nach innen Richtungsanweisungen gab und von außen Gelegenheit geboten war, die Bewegung als „Fünfte Kolonne Moskaus“, „Lenins stützliche Idioten“ oder wie auch immer zu diffamieren: Daß so etwas auch heute proibiert wird, kann den Friedenskämpfer Buro, neben Brigitte Eriker Sprecher der Bonner Organisatoren, nicht sonderlich aufregen: „Weil sie stark wird, wird die Friedensbewegung attackiert. Das war immer so.“

Es hat sich mehr geändert, als gleichgeblieben ist. Schon die Organisation, der einstige „Koordinierungsausschuss“, das Beschlußgremium der Friedensbewegung, ist im Dezember 1989 zugunsten des kleinen „Netzwerkes Friedenskooperative“ aufgelöst worden, das nur noch ein Büro für die Kommunikationszusammenhänge (Buro) betreibt. Nach Verzicht auf die zentralistischen Strukturen

konnte nun jeder machen, was er wollte, mußte dies aber auch selber organisieren. Dezentral organisiert, hat die Friedensbewegung — nur noch örtlich beachtet — überlebt und, als sich die Krise am Golf zuspitzte, zahlreiche kleine Veranstaltungen, Mahnwachen, Unterschriftenaktionen und Demos zustande gebracht. Für eine Massenveranstaltung wie in den achtziger Jahren aber reichte die Organisationskraft eigentlich nicht. Als allerdings das Bedürfnis immer stärker wurde, in ähnlicher Weise wie früher für den Frieden auf die Straße zu gehen, ging man das Risiko ein. Das „Netzwerk“ rief die Kriegsgegner zum Protest an die gleiche Stelle, wo sich schon früher Hunderttausende versammelt hatten.

Der Trägerkreis für die Demo war so vielfältig wie früher, nur die Parteien fehlten dieses Mal auch unter den Rednern im Hofgarten. Hatte es im Oktober 83 noch einen Meinungsstreit zwischen Willy Brandt und Petra Kelly über den richtigen Weg der Friedensbewegung gegeben, so mußten sich SPD und Grüne nun damit bescheiden, zur Teilnahme aufzurufen, mitzugehen, ansonsten aber zuzuschauen. Somit war die Gefahr von kleinlichen parteipolitischen Eifersüchteleien, die die vielen jugendlichen Friedensbewegten bestimmt abgestoßen, vielleicht nicht einmal verstanden hätten, von vornherein ausgeschlossen.

Nicht nur von außen kamen zuletzt die

Angriffe. Viele Parolen seien leider „zu einseitig und vordergründig“, beklagten Petra Kelly und Gert Bastian in der „Zeit“. Das „unverständliche Schweigen“ zu früheren Verbrechen wie zum Völkermord in Kambodscha oder zum Krieg der Sowjets in Afghanistan, zum irakischen Einmarsch in Kuwait und vor allem auch zur Bedrohung Israels durch einen von deutschen Firmen mitverantwortenden erneuten Holocaust habe die deutsche Friedensbewegung „offenbar einen guten Teil ihrer Glaubwürdigkeit“ gekostet. Gegen diese Attacke von Mitstreitern können viele kleine Gruppen auf eigene Aktivitäten und Bemühungen hinweisen und insoweit die Vorwürfe als ungerecht zurückweisen. Aber da der frühere Massenprotest ausgeblieben ist, konnte in der Öffentlichkeit ein Eindruck entstehen, wie ihn Kelly und Bastian beschreiben.

Schwierig für die neue Bewegung — der „mittlerweile“ Dieter Lattmann spricht angesichts der anderen, der ersten Zusammensetzung gar von der „erfolgreichen Friedensbewegung“ — ist, daß man auf die gegenwärtige Situation nicht mit klaren, einfachen Antworten erschöpfend reagieren kann. An vielen Parolen, die auf den Straßen gezeigt werden, ist gewiß viel Richtiges; aber bei all den Zusätzungen fehlt immer Entscheidendes, da der gegenwärtige Konflikt so komplex geworden ist. Zum Beispiel: „Kein Blut für Öl“ — und was ist mit Menschenrech-

ten oder Völkerrecht? „Lebensrecht für Israel“ — und was ist mit den Palästinensern? Aus den Auslassungen entstanden tatsächlich Glaubwürdigkeitslücken. Und wenn dann noch einzelne schreckliche Vereinfacher auftraten, war das schiefste Bild komplett. Wurde es dann ganz auf den Kopf gestellt, war das Tableau bereitet, die Friedensbewegung zu diffamieren. Seit der Bonner Samstagsdemo ist das allerdings schwieriger geworden.

Immer wieder wird im Hofgarten auf die Vorwürfe von Seiten der Bundesregierung geantwortet. Etwa der DGB-Vorsitzende Heinz-Werner Meyer, der angesichts früherer gewerkschaftlicher Standpunkte zum Rüstungsexport einen schwierigen Part hat, aber achtbar besteht. Anti-Amerikanismus ist, wenn in Deutschland produziert und mit Exportproften an den Irak verkaufte Waffen amerikanische Soldaten töten. Und anti-israelisch? Widersteht der ungeheuerlichen Behauptung, die Friedensbewegung in Deutschland sei bereit dem Staat Israel an den Aggressor Saddam Hussein auszuliefern, fordert Bischof Gottfried Pöck. „Gerade weil wir als Deutsche in Auschwitz am Tode von Millionen jüdischer Menschen schuldig geworden sind, möchten wir alles tun, daß das Giftgas in den Händen Saddams Husseins nie gegen Israel zur Anwendung kommt.“

Zwei Stunden vor der Abschlußkundgebung im Hofgarten sind solche Worte bereits in der Nähe auf dem Kaiserplatz zu hören. Dort demonstrieren jüdische und christdemokratische Studenten für „Aktive Solidarität“ mit Israel und den USA. Mit Davidsternen und Stars and Stripes ziehen sie anschießend gleich weiter und postieren sich ganz in der Nähe von dem Block mit den palästinensischen Fahnen — völlig unbehelligt und ungestört. Drei Kontraste sind nicht selten zu beobachten. Nicht weit von einem Spruchband „Aktiver Widerstand gegen die US-Aggressoren und ihre Komplizen“ ist zu lesen: „Deutschland mit Bush gegen das Verbrechen“. Und als ganz weit hinten auf dem weiten Platz eine radikale ausländische Gruppe eine israelische und eine US-Fahne in Brand setzen möchte, wird diese Gruppe gebremst und schnell umzingelt, damit bloße Aufnahmen von dieser isolierten Aktion gemacht werden und um die Welt gehen können.

Die Waffen sollen ruhen, und zwar sofort — das verbindet die neue Friedensbewegung. Darüber hinaus macht sie mit der Fortdauer des Golf-Konflikts die Erfahrung, daß es keine Patentlösungen gibt. Das scheint die Bewegung jetzt offener und vielleicht toleranter zu machen. Doch vorerst gibt es im Hofgarten erst die konfliktfreie Begegnung von krassen Gegensätzen. Ob daraus ein Dialog und die Überwindung von Ekel und Trostlosigkeit entstehen können?

Glaubwürdig

Die Veranstalter können erleichtert sein, beruhigt darüber, daß die große Demonstration in Bonn gegen den Golfkrieg vor allem durch die absolute Friedfertigkeit der rund 200.000 Menschen glaubwürdig gewesen ist. Unterschiedliche Meinungen, dokumentiert durch Plakate und Transparente, standen nebeneinander, ohne Aggressionen auszulösen. Möglich war diese Manifestation, weil Christen und Juden, Grüne und Sozialdemokraten, Gewerkschafter und andere sich in ihrem zentralen Anliegen einig waren: in der Ablehnung einer militärischen Auseinandersetzung mit Irak. Zuständigst zu diesem Zeitpunkt.

Man mag die Sehnsucht vieler Deutschen nach einem „Globo“ ohne Waffen als Wachtraum eines vor allem auf Konsum erpichtes Volkes abtun, wie dies zum Teil bei unseren europäischen Nachbarn geschieht. Aber die Sehnsucht nach Frieden ist auf Konsequenzen bedachte Realität in einem Land, das eine blutige Vergangenheit hat und nach dem Zweiten Weltkrieg innerlich und äußerlich von den Mächten abgerüstet wurde, die heute Gewehr bei Fuß in der Wüste stehen und Probleme mit deutscher Verweigerungsmentalität haben. Doch was ist daran auszusetzen, wenn sich in Krisenzeiten Pazifisten zu Wort melden?

Friedensbewegte haben am Wochenende Flagg gezeigt, und sie haben es ohne moralische Überheblichkeiten denen gegenüber getan, die sich von einem Diktator wie Saddam Hussein verewaltigt werden. Sie haben den Einsatz der UN-Streitkräfte für unbeschreiblich ethisch begründet angesehen. Auch das ist von Wert in diesen bedrückenden Tagen.

Frankfurter Rundschau 28-01-91

FR 28-01-91

200 000 sangen „Give peace a chance“

Friedliche Demonstration im Hofgarten – Polizei: „Bonn ist des Regierungssitzes würdig“

Von Dagmar Biesel
und Jürgen Patow (Fotos)

200 000 Menschen demonstrierten am Samstag im Hofgarten gegen den Golfkrieg – friedlich und besonnen, anti-amerikanische Parolen waren kaum zu hören. Veranstalter und Polizei äußerten sich am Ende zufrieden.

Auf den ersten Blick ist es wie Anfang der 80er Jahre. Aus dem gesamten Bundesgebiet rollen zahlreiche Busse gen Bonn. Schilder, auf denen die Parkräume farblich markiert sind, und Kradfahrer der Polizei helfen den Fahrern, die vorgegebenen Standorte schnell zu erreichen.

Bereits Stunden vor Beginn der zentralen Veranstaltung im Hofgarten sind die Parkplätze belegt. Am späteren Vormittag muß die Polizei die Autobahnausfahrt Auerberg sperren. Rund um den Sammelpunkt Josefshöhe sind alle Parkmöglichkeiten erschöpft. Doch dank der Appelle der Polizei an die Bürger, an diesem Samstag zu Hause zu bleiben, bleibt das erwartete Verkehrschaos aus.

Nach Aufklärungkundgebungen an der Josefshöhe, der Rheinaustraße, am Schlechthof und Südfriedhof ziehen Zehntausende Richtung City. Jugendliche tragen die USA-Flagge auf dem Rücken, Kinder lassen Luftballons mit der weißen Friedenstaube in den Himmel steigen, die Eltern halten Transparente mit Sprüchen wie „Irak raus aus Kuwait“, „Deutschland, Deutschland über alles, liefert alles in die Welt“ oder „Hussein, Hände weg von Israel“ hoch, und Jugendliche machen mit Trommeln auf sich aufmerksam. Die Polizei ist mit Verkehrslenkung beschäftigt. Um 13.30 Uhr meldet ein Polizeisprecher: „Es ist ganz friedlich und ruhig.“

Zu dieser Zeit haben sich bereits mehrere Zehntausend auf der matschigen Hofgartenwiese versammelt. Aus den Lautsprechern auf der Bühne dröhnt Rockmusik. Die Menschen hüpfen und tanzen. Es ist kalt an diesem Januartag. Glühwein wird literweise verkauft. Die Stände rund um die Wiese bieten kulinarische Vielfalt an: Pöfertes aus Holland, geschmortes Lammfleisch aus der Türkei, und einer ist sogar aus Thüringen gekommen. Er brutzelt – natürlich – Thüringer Bratwurst.

Doch nicht nur im Hofgarten, auch auf dem Kaiserplatz haben sich Demonstranten eingefunden. Rund 400 zeigen ihre Solidarität mit Israel. Aufgerufen dazu hätten einige kirchliche Gruppen, die Deutsch-Israelische



Palästinenser und Israelis harteten in der klirrenden Kälte Seite an Seite im Schatten der Universität aus.

Gesellschaft und die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit. Solidarität mit der USA bekunden etwa 100 Menschen vor der amerikanischen Botschaft in Bad Godesberg.

Um 13.30 Uhr beginnt im Hofgarten das Programm. Immer wieder wird in den Reden die Rolle der deutschen Industrie im Rahmen des Krieges betont. Der Vorwurf des „Anti-amerikanismus“ wird energisch zurückgewiesen. Palästinensische Flaggen und die Fahne mit dem Davidstern flattern nebeneinander im Wind.

41 Pappsärge vor der Bühne

Viel Beifall erhalten amerikanische GI's für ihre Rap-Musik. Still dagegen wird es, als 41 Pappsärge vor der Bühne aufgestellt werden. Sie sollen an die offiziell bekanntgegebenen 41 Toten im Golfkrieg erinnern. Als der Popsänger Klaus Lage das John-Lennon-Lied „Give peace a chance“ anstimmt, breitet sich eine eigenartige Stimmung aus. 200.000 Menschen singen mit. Man spürt es: Das geht vielen unter die Haut. Zehntausendfacher Jubel

und Applaus sowie die Aufforderung „Zugabe, Zugabe“ schließlich beim Auftritt von Herbert Grönemeyer.

Es ist kurz vor 17 Uhr. Stundenlang haben die Menschen ausgeharrt. Füße und Hände sind kalt, die Schuhe zentimeterdick mit Lehm und Matsch bedeckt. Sie machen sich auf den Weg zu den Bussen und zum Hauptbahnhof – still und friedlich, wie sie gekommen sind.

Die Veranstalter ziehen Bilanz. Sie sprechen von einer „politisch außerordentlich wichtigen Veranstaltung“ und von einer der größten Demonstrationen überhaupt.

Für die Bonner Polizei geht ein ruhiger Tag zu Ende. Ihr Chef Michael Kniessel ist zufrieden: „Die Demonstranten haben die Polizei nicht als Gegner betrachtet. Es lief alles ohne große Probleme ab. Lediglich ein paar amerikanische Fahnen sind verbrannt worden, und einige wenige haben mit Leuchtmunition geschossen. Wir haben das aber schnell im Griff gehabt. Diese Demonstration hat gezeigt, daß Bonn eines Regierungssitzes würdig ist.“ stellt Kniessel fest. Noch ein letzter Besuch im Lagezentrum, dann ist auch für ihn dieser Tag zu Ende.

„Wir lassen Zerstörung der Zukunft nicht zu“ **28-01**

Massenprotest gegen Golfkrieg

200 000 Menschen demonstrieren friedlich in Bonn

dr. Bonn (Eigener Bericht) – Zu der bisher größten Demonstration gegen den Krieg am Golf haben sich am Samstag in Bonn etwa 200 000 Menschen versammelt. Auf der Veranstaltung, die unter dem Motto: „Wir lassen die Zerstörung der Zukunft nicht zu – Stoppt den Krieg am Golf“ stand, kam es zu keinen Zwischenfällen. Auch waren keine anti-amerikanischen oder anti-israelischen Töne zu hören, wie sie von Politikern zuvor befürchtet worden waren. Auch in Berlin, Nürnberg, Frankfurt/Main und Bremerhaven gingen insgesamt etwa 45 000 Demonstranten gegen den Krieg auf die Straße. Etwa 7000 Befürworter des militärischen Vorgehens gegen den Irak demonstrierten am Samstag und Sonntag in Berlin, Bonn und München.

Zu der Kundgebung im Bonner Hofgarten hatten von den Parteien zwar die SPD und die Grünen aufgerufen; sie hatten jedoch keine Redner geschickt, da die Kundgebung auf Wunsch der Veranstalter keine parteipolitische Manifestation sein sollte. Für die evangelische Kirche sprach der Berliner Bischof Gottfried Forck. Er solidarisierte sich mit denen, „die in diesen Tagen gewaltfrei auf die Straße gehen, um gegen den Wahnsinn des Krieges am Golf zu protestieren“. Forck prangerte, ebenso wie alle anderen Redner, Saddam Hussein an, der mit der Besetzung Kuwaits ein großes Unrecht begangen habe. Damit aber sei der „Angriff auf den Irak noch nicht gerechtfertigt“. Er schaffe noch größeres Unrecht, indem er viele unschuldige Menschen tötet. Der Bischof forderte die amerikanischen Politiker auf, den Krieg zu stoppen, einen Waffenstillstand zu schließen, Verhandlungen zu führen und zu den politischen Sanktionen zurückzukehren.

Der DGB-Vorsitzende Heinz-Werner Meyer stellte fest, daß nicht nur die Regierenden versagt hätten, Alle Bürger müßten

sich fragen, wie es komme, daß die Unruhe erst zu dem Zeitpunkt entstanden sei, „zu dem uns die Angst um unsere eigenen Lebensgrundlagen bewegt“. Wer aber in Deutschland den Friedensdemonstranten Anti-amerikanismus unterstelle, lenke vom eigenen politischen Versagen ab. Niemand dürfe die Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand als „Anti-amerikanismus“ diffamieren. Meyer betonte: „Anti-amerikanismus ist, wenn in Deutschland produzierte und mit Extraprofiten an den Irak verkaufte Waffen amerikanische Soldaten töten.“

Die israelische Rechtsanwältin Felicia Langer, Trägerin des Alternativen Friedensnobelpreises, forderte die Einberufung einer internationalen Nahost-Friedenskonferenz. Auf ihr müßten die Probleme Israel und Palästina, Irak, Kuwait und das der Kurden gelöst werden. „Es muß eine Zone geschaffen werden, die frei von Massenvernichtungswaffen ist“, sagte Frau Langer. Das werde den Israelis die Sicherheit garantieren. Sie kritisierte auch ihre eigene Regierung, die jede Möglichkeit einer friedlichen Lösung der palästinensischen Frage mit Billigung der Amerikaner ablehne. Felicia Langer forderte, einen palästinensischen Staat „neben Israel – nicht anstatt von Israel“ einzurichten.

SPD-Chef Hans-Jochen Vogel würdigte die Bonner Friedensdemonstration. „Sie habe alle diejenigen widerlegt, die im Voraus anti-amerikanische oder gar antiisraelische Motive unterstellt hätten. Scharf kritisiert wurde die Demonstration von dem CSU-Vorsitzenden, Bundesfinanzminister Theo Waigel. Sie habe den Eindruck eines ängstlichen Deutschland hinterlassen. „Allein mit einer gesinnungsethischen Haltung läßt sich weder die Freiheit Kuwaits noch die Sicherheit Israels garantieren“, erklärte er. (Seite 4)

General Anzeiger BN 28-01

Lob für Polizei und Demonstranten

Lob vom Stadtreinigungsamt für die Teilnehmer der Demonstration am Samstag. Dank des Oberbürgermeisters an die Polizei: Auch zwei Tage nach der großen Kundgebung herrschte allerorten Freude und Zufriedenheit. Zehn Kubikmeter Müll hätten die Demonstranten verursacht, teilte das städtische Presseamt auf GA-Anfrage mit. Das Stadtreinigungsamt habe von einer sauberen Veranstaltung gesprochen. Die Veranstalter hätten gut mitgearbeitet, und den Müll vom Hofgarten, von den Sammelplätzen und den Zugwegen zum größten Teil selbst zusammengkehrt und zusammengestellt. Nach Aussage des Reinigungsamtes ist alles reibungslos verlaufen.

Oberbürgermeister Hans Daniels dankte allen eingesetzten Polizeibeamten für die „umsichtige Planung“ und die „gelassene Begleitung“ der Demonstranten. Bonn habe erneut unter Beweis gestellt, daß am Sitz von Parlament und Regierung die Versammlungsfreiheit auf friedliche Weise garantiert werden könne.

Negativer sah die Universität die Kundgebung. „Unsere Befürchtungen, daß die Wiese räumponiert wird, sind wahr geworden“, sagte eine Sprecherin. Das Grünflächenamt der Stadt, so ihr Presseamt, könne allerdings aufgrund der Witterung zur Zeit nichts unternehmen. Die Uni sei aber in dieser Richtung noch nicht auf die Stadt zugekommen. (dab)

General Anzeiger BN
29-01-91

Wir lassen die Zerstörung der Zukunft nicht zu Stoppt den Krieg am Golf!

Pressemitteilung des Trägerkreises am Sonntag, 27. Januar 91:

Wir haben gestern in Bonn friedlich gegen den Krieg am Golf demonstriert: gegen die Annexion Kuwaits durch die irakische Regierung, gegen die Bombardierung der irakischen Städte und Dörfer, gegen die Raketenangriffe auf Israel, gegen die Unterdrückung der Kurden im Irak und der Türkei. Wir werden nicht nachlassen, gegen alle politischen, wirtschaftlichen und strategischen Interessen und Begründungen das sofortige Ende des Krieges zu fordern. Das tun wir, weil wir zuerst auf die Opfer und Leidtragenden dieses Krieges schauen.

Wir werden uns nicht in die Logik des Krieges hineinziehen lassen, weil eine Kraft notwendig ist, die das Scheitern der Politik - und nichts anderes ist der Krieg - nicht fatalistisch in Kauf nimmt. Kein Problem der Gerechtigkeit, des Friedens, der Ökologie oder der Menschenrechte kann durch den Krieg gelöst werden.

- Wir lassen uns durch die Darstellung des Krieges als Computerspiel nicht blind machen. Wir verurteilen die Sprache der Kriegsberichterstattung. Wir werden alles Mögliche tun, um die Wahrheit über die Opfer des Krieges zu verbreiten.
- Wir sind an der Seite derer, die auch als Soldaten am Sinn des Krieges zweifeln. Wir begrüßen es, daß sie nicht schießen wollen. Wir sind solidarisch mit denen, die den Kriegsdienst verweigern oder desertieren.
- Wir werden jeder Ausweitung des Irakkrieges entgegenreten, sei es dem perfiden Versuch, über ein Hineinziehen Israels die arabischen Staaten auf die Seite Iraks zu bringen, sei es der Teilnahme der NATO und damit auch der Deutschen an diesem Krieg.
- Wir treten für eine sofortige Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten ein, die mit Hilfe der UNO alle Probleme der Nahostregion verhandelt: sichere Grenzen für Israel, das Palästinenser- und Kurdenproblem, Demokratie in einem souveränen Kuwait, Abrüstung und Menschenrechte in der Region.
- Wir treten für das Existenzrecht Israels ein und für einen Staat für die Palästinenser. Gleichzeitig fahren wir in der Kritik an die Regierung Israels und der PLO-Führung fort, wenn ihre Politik nicht der notwendigen Koexistenz dient.
- Wir werden die Rüstungsexporte weiter bekämpfen. Wir verurteilen die Produzenten und Benutzer von Giftgas, chemischen, bakteriologischen, konventionellen und atomaren Massenvernichtungswaffen. Zur Glaubwürdigkeit der Bekämpfung von Rüstungsexporten gehört es, daß wir selbst abrüsten.
- Wir wollen nicht, daß neue Feindbilder (Islam u.a.) die alten des Ost-West-Konfliktes ersetzen. Wir wollen den Nord-Süd-Konflikt durch einen Interessenausgleich beenden.

Eine Viertelmillion Menschen aus allen Teilen des Landes, aus allen Gesellschaftsschichten und allen Altersstufen kamen, sehr viele mehr als erwartet.

Der Trägerkreis repräsentiert ein einmalig breites Bündnis von Organisationen. Zu ihnen gehören auch Greenpeace, die Vereinigung der Ärzte gegen den Atomkrieg, die großen Naturschutzverbände, christliche, pazifistische, feministische und bürgerrechtliche Zusammenschlüsse. Auch DGB, SPD, Grüne u.v.a. hatten zur Demonstration aufgerufen. Ein Klima der Toleranz, aber auch eines der Entschlossenheit, sich gemeinsam gegen den Krieg zu wehren, kennzeichnete die Kundgebung.

Nach dieser riesigen Demonstration, die nur mit denen der frühen achtziger Jahre gegen die Mittelstreckenraketen zu vergleichen ist, dürfte es klar sein: der Widerstand in der deutschen Gesellschaft gegen den Krieg kann nicht durch Diffamierung gespalten oder überwunden werden. Die Bonner Demonstration hat die Verleumdung, der Protest gegen den Golfkrieg sei antiamerikanisch, antiisraelisch, ja sogar für Saddam Hussein, eindrucksvoll widerlegt.

Von dieser Kundgebung werden neue Impulse für die Fortführung dezentraler Aktionen ausgehen. Diese werden nach Orten und gesellschaftlichen Bezügen verschieden sein. Im Stile der Demonstrationen des Jahres 1989 in der DDR ist z.B. an wöchentlich wiederkehrende Aktionen gedacht, wie sie u.a. auch von den Gewerkschaften bereits vorgeschlagen werden.

**Kontaktadresse: Trägerkreis 26.1., c/o Büro der Friedenskooperative,
Römerstr. 88, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/692904 o.05, Fax: 0228/692906**

**Spendenkonto: Förderverein Frieden e.V.
Konto. 33 0 35 bei Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00) und Konto-Nr.
457876-500 bei Postgiro Köln (BLZ 370 100 50), Stichwort: Golf-Demo 26.1.**

Nach der Bonner Demonstration gegen den Golfkrieg

Andreas Buro

Die Hochstimmung der großen Bonner Demonstration ist gewichen. Ich höre noch den gellenden Ruf von Felicia Langer: "Leid ist Leid, Blut ist Blut - und die sind universal". Trotz amerikanischer Zensur durch die psychologische Kriegsführung sickert allmählich die Golf-Wirklichkeit durch. Grauenhaft! Wut und Schmerz über die Zerstörung arabischer Kultur und Gesellschaft, über den Massenmord angeblich im Dienst arabisch-islamischer Befreiung oder einer Neuen Weltordnung mischen sich mit der Freude, daß es in deutschen Ländern so viel Protest und Widerstand gegen den Krieg gibt - in diesem Deutschland, vor dessen militärischem Come-back unsere Nachbarn über Jahrzehnte in Sorge waren.

Neulich sagte mir jemand: "Ihr von den sozialen Bewegungen, ihr von der Friedensbewegung habt doch nur Niederlagen". Meine Antwort: "Vielleicht ist das der Preis für das Lernen der Gesellschaft, den die sozialen Bewegungen als Organisatoren solcher Lernprozesse aus Minderheitenpositionen heraus zu bezahlen haben. Der Preis dafür, daß sie die Notwendigkeiten von morgen heute vertreten. Trotz aller Ratschläge halte ich ihre Arbeit für sehr erfolgreich". Trotzdem ist es manchmal für den einzelnen schwer auszuhalten, nicht zu verzweifeln oder zu resignieren.

In den Tagen nach Bonn beschloß die Bundesregierung die weitere Kriegsfinanzierung, Waffen an Israel zu liefern und noch mehr Bundeswehrseinheiten in der Türkei zu stationieren. Risse brechen in der Sozialdemokratie und in der intellektuellen Linken auf. Emotionen, Identifikationen und kritische Analyse sind nicht mehr zusammenzubringen. Sind das die Verbote des Krieges, auf den die Bundesrepublik zuzumarschieren scheint? Dabei begleiten sie - wie makaber - die anfeuernden Rufe der europäischen Nachbarn, die früher den deutschen Militarismus zu recht fürchteten.

Die Alternative hatte nie eine Chance

Natürlich haben alle diejenigen Recht, die sagen, Saddam Hussein trage die Verantwortung. Er habe den Konflikt begonnen und Kuwait besetzt. Er sein ein skrupelloser Massenmörder. Daß aber die Antwort auf Husseins Aggression ein solcher Krieg ist, beruht auf Entscheidungen der USA. Sie haben die Allianz der Militärmächte am Golf zusammengelockert. Sie haben im Sicherheitsrat erwirkt, daß der Einsatz militärischer Gewalt zur Befreiung Kuwaits zulässig sei, indem dieser beschloß, alle geeigneten Mittel könnten eingesetzt werden. Sie haben aus der Befreiung Kuwaits das neue Kriegsziel, das überhaupt nicht von den Sicherheitsratsbeschlüssen gedeckt ist, formuliert, nämlich die Militärmacht Irak durch ihre Vernichtung "abzurüsten". Das war bisher die Hauptaufgabe der militärischen Aktionen der alliierten Luftstreitkräfte.

In den USA selbst hat es, und zwar nicht nur in der Bevölkerung sondern auch im Kongreß, eine breite Debatte über die politische Weisheit und Zweckmäßigkeit eines Krieges gegen den Irak gegeben. Starke Kräfte waren für die Aufrechterhaltung des Embargos über eine lange Zeit ohne Angriff. Es hat nie einen schlüssigen Beweis gegeben, warum man nicht das

Embargo viel, viel länger erproben könnte. Das einzige plausible Argument, freilich wenig ausgesprochen, lautete, man könne die Angriffstruppen nicht so lange in der Wüste herumliegen lassen. Das ist richtig, aber warum hatte man sie überhaupt so schnell dorthin gebracht? Das war doch völlig überflüssig, wenn man wirklich auf das Embargo und die Isolierung des Irak gesetzt hätte. Da waren die Vorentscheidungen lange getroffen. Die Zeit zwischen August und dem 17. Januar 91 diente nur der Produktion von Legitimation für den militärischen Zugriff, wenn der Irak sich nicht freiwillig zurückzöge. Das heißt doch, die militärische Drohung war von Beginn an das eigentliche Mittel, das in seiner Konsequenz bei irakischer Hartnäckigkeit zum Kriege führen mußte. Nein, eine eigenständige Rolle ist den alternativen Mitteln - Embargo, Diplomatie, Beginn der einseitigen Lösung von Problemen wie z.B. dem der Palästinenser - nie zugestanden worden. Die USA setzten auf das Mittel, in dem sie nach wie vor die Nummer eins sind: auf militärische Drohung und damit auf Krieg. Sie sind dafür verantwortlich.

Neue Friedens- oder alte Militärordnung?

Der Golfkrieg hat uns wieder in eine manichäische Welt der Guten und der Bösen zurückgeworfen. Viele hofften, diese mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes überwunden zu haben. Nun aber verkörpert Husseins Irak das Böse und die USA das Gute. Ein Rückfall in Ronald Reagans einfaches Weltbild. Nachfolger Bush verkündet denn auch blauäugig oder ideologisch-verführerisch, eine neue Weltfriedensordnung der Gerechtigkeit stünde nach dem Sieg am Golf der Menschheit ins Haus. Wie das? Werden dann die USA nicht mehr internationales Recht brechen, sondern sich ihm unterwerfen? Werden sie nun auf einmal die Beschlüsse der UN, z.B. in Sachen Palästinenser, nicht mehr mit ihrem Veto blockieren? Werden sie nicht mehr blind sein gegenüber den Menschenrechtsverletzungen der eigenen Diktatorenfreunde in Lateinamerika, Südostasien, Afrika? Werden sie keine Contras mehr finanzieren? Alles das ist völlig unwahrscheinlich.

Nach Abrüstungseuphorie und damit verbundener Legitimationsverlust des Militärs soll dieser Krieg beweisen, daß der Krieg noch immer die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sein kann. Er soll zeigen, wie zielgenau die Waffensysteme geworden sind, die nun zu "chirurgischen Eingriffen" befähigen und somit Angriffsoptionen zulassen. Nach dem Zusammenbruch der zweiten Großmacht, der UdSSR, soll er die Handlungsfähigkeit der ökonomisch und sozial, aber nicht militärisch angeschlagenen Großmacht USA demonstrieren. Mit ihm meldet sie ihren Führungsanspruch nicht nur gegenüber der 2/3. Welt, sondern ebenso auch gegenüber den mächtigen westeuropäischen und japanischen Konkurrenten an. Phantastischerweise gelingt es ihr sogar, sich als Weltschiff von Arabern, Japanern und eingeschüchterten Deutschen bezahlen zu lassen. Wer weiß, vielleicht ergibt sich angesichts der drohenden Rezession in den USA unter dem Stichwort New Deal II über massive Rüstungsaufträge noch ein neuer Konjunkturaufschwung.

Viele hatten gehofft, nach den wüsten Kämpfen zwischen Ost und West - meist auf Kosten der armen Völker - würden nun die Vereinten Nationen gesärkt werden und Konflikte mit nicht-militärischen Mitteln auf dem sanften und geduldigen Wege bearbeiten und schließlich lösen können. Das Ergebnis des Golfkrieges ist jedoch eine Entmachtung der UN. Die USA haben ihr das Heft aus der Hand genommen. Dem ehr-

würdigen Generalsekretär bleibt nur die grenzenlose Bestürzung und Trauer.

Statt einer Friedensordnung setzt sich die Ordnung der militärischen Unterwerfung durch. Was Recht und was Unrecht ist, bestimmt der amerikanische Präsident. Was sollen dagegen die internationalen Gerichtshöfe machen und die Vereinten Nationen? Wieviel Tage Golfkrieg kostet eigentlich der Jahresetat der UN - fünf oder acht? Da werden Proportionen deutlich.

Der Golfkrieg, so er denn für die Alliierten erfolgreich (!) abgeschlossen werden sollte, signalisiert, daß die alte hierarchische Weltordnung, die in der Kanonenbootpolitik der Kolonialmächte ihre Wurzel hatte, heute in einer Welt ohne direkte Kolonialherrschaft, noch ihre Gültigkeit hat. Mit diesem Krieg kämpfen die USA gleichzeitig um die Absicherung ihrer Führungsposition, die von den großen Wirtschaftskonkurrenten so sehr in Frage gestellt wurde. Diese werden für den Weltpolitisten tributpflichtig gemacht. Erst unter solchem Vorzeichen wird die Wut amerikanischer Politiker über die Deutschen und ihre Friedensbewegung verständlich, die sich nur zögerlich oder überhaupt nicht als Vasallen einordnen wollen. Konstituiert sich die Führungsrolle der USA über das Militärische, so ist selbstverständlich weitere Rüstung angesagt. Rüstungskontrolle wird weiterhin die Funktion haben, die sie schon immer hatte, nämlich die legitimatorische Begleitmusik zur Aufrüstung zu spielen. Die neue Großmacht Westeuropa, der schärfste Konkurrent der USA, wird nicht zögern, es auf diesem Wege den USA gleichzutun. Schon mehrten sich die Stimmen, die sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit der EG-Länder fördern. ... man kennt das Lied und seine Wirkungen.

Der mühselige Weg der Bundesrepublik Deutschland zur vollen Souveränität

Freilich, nach der Vereinigung der deutschen Staaten und den neuen "Deutschland-Verträgen", die sie alliierten Rechte aus der Beendigung des Zweiten Weltkrieges ablösen, sind wir eigentlich souverän, so weit das in einem EG-Integrationsprojekt noch geht. Trotzdem ist da ein kleiner Schönheitsfehler. Im Grundgesetz sind Beschränkungen für den Einsatz der Bundeswehr. Ausserhalb des NATO-Bereiches und -Auftrages darf sie nicht eingesetzt werden. Es ist die erklärte Absicht der Bundesregierung, diese Beschränkungen abzubauen. Das Grundgesetz soll geändert werden, damit die Bundesrepublik "gleichberechtigt" an der westeuropäischen Weltpolitistenrolle sich beteiligen kann. Wie sollte Deutschland denn anders seine Hegemonial-Rolle in Westeuropa angemessen spielen können?! Daß die deutsche Rolle in Europa auch anders wahrgenommen werden könnte und dementsprechend keine militärischen Mittel benötigte, steht nach der Weichenstellung in Richtung auf westeuropäische Großmacht anscheinend für keine der großen Parteien mehr zur Diskussion.

Der Golfkrieg bietet phantastische Möglichkeiten, solche Ziele militärpolitischer Aufwertung und Ausweitung zu verfolgen. Angesichts der Stimmung in der Bevölkerung muß dies vorsichtig erfolgen. Es gilt das alte Lied, nämlich die Aufrüstung mit Friedensschalmeien und realpolitischer Attitude zu begleiten. So schicken wir denn Soldaten und Waffen in die Türkei, Kriegsschiffe ins Mittelmeer und Kriegsgerät an den Golf.

Vom Boden der Türkei aus starten aber US-Kampfflugzeuge zu Bombardements auf den Irak. Sollte dieser gegen die türkisch-amerikanischen Flughäfen zurückschlagen, so sei dies ein ANgriff auf NATO-Staaten und die deutsche Beistands-

pflicht wäre gefordert - so Verteidigungsminister Stoltenberg. Phantastisch! Das Folterregime in der Türkei nutzt derweil die Gelegenheit, seinen unbarmherzigen Kampf gegen seine eigenen Landsleute, die ungeliebten Kurden, fortzusetzen. Deren Dörfer werden bombardiert. Zigtausende müssen fliehen. Gasmasken werden an sie nicht ausgegeben. Die US-Luftflotte bombardiert währenddessen Ortschaften der irakischen Kurden, jener Gruppe also, die früher von Hussein zu tausenden vergast wurde.

Sind diese Vorzeichen symbolisch für das, was die neue deutsche Rolle in der Weltpolitik ausmachen soll? Ist das die "Normal-Rolle" für uns, der die Warnung vor der deutschen "Drückeberger- und Feiglings-Rolle" von innen und außen entgegengehalten wird? Den Kritikern dieser Sonderrolle, an der wir mit Klauen und Zähnen festhalten wollen, möchte ich das Versstück aufschreiben: "Die ich rief die Geister, werd ich nun nicht los!"

Verteidigungswaffen für Israel?

Gerade wird darüber verhandelt, welche Waffen Israel geliefert werden sollen. Was herauskommen wird, ist in diesem Moment unklar. Söll die Friedensbewegung dem zustimmen? Viele drängen. Spaltungen bahnen sich an.

Die Friedensbewegung sagt in einem großen Konsens: Anerkennung von Israel. Frieden und sichere Grenzen für das Land. Sie fordert auch einen eigenen Staat für die Palästinenser und Selbstbestimmung in der Region sind unteilbar.

Ich knüpfe an die Diskussion über Defensivkonzepte in den 80er Jahren an. Sieht man von den Grundsatzpazifisten ab, so sagten viele: Abrüstung ist unser Ziel. Der Weg dahin geht über die Reduzierung des Schwertes und evtl. über die Stärkung, zumindest aber über die Beibehaltung des Schildes bis keine Seite mehr angreifen kann. So könne eine Abrüstungsdynamik in Gang kommen. Die Stärkung des Schildes bei Beibehaltung des Schwertes würde jedoch die Bedrohung der anderen Seite erhöhen. Diese Grundgedanken wurden auch an der SDI-Diskussion immer wieder verdeutlicht.

Zur gleichen Zeit, in der über deutsche Verteidigungswaffen (hoffentlich nur die!) verhandelt wird, sagt der israelische Ministerpräsident Schamir, Israel möchte sich aktiv am Kampf gegen den Irak beteiligen (FR 31.1.91, S.1). Das heißt dann doch, die Bundesrepublik soll Waffen zur ungefährdeten Kriegsführung Israels gegen den Irak liefern. Israel rückt also in die Reihe der kriegführenden Staaten.

Ich halte den Krieg für das falsche Mittel. Ich sge, er wird die Probleme der Region nicht lösen. Frieden und Versöhnung ist aber die Voraussetzung für Frieden und Sicherheit für Israel. Ich muß deshalb, weil ich eben Frieden und Sicherheit auch für Israel will, gegen die Waffenlieferungen auftreten. Denn die Stärkung des Schildes erhöht bei Beibehaltung des Schwertes die Bedrohung der anderen und damit den Unfrieden.

Wo die Argumente ausgehen, ist Diffamierung wirklich praktisch, wenn man einen guten Zugang zu den Medien hat

Diffamierung ist das tägliche Brot der Friedensbewegung. In der aktuellen Situation erscheint sie so übermächtig; in der politischen Wirklichkeit der Jahrzehnte sind wir mit ihr fertig geworden, indem wir die Diffamierer argumentativ gestellt haben. Jetzt rufen sie wieder: Haltet den Dieb! Wo wären die Massen im Bonner Hofgarten, als deutsche Firmen den Irak aufrüsteten?

Die Forderung, Rüstungsexporte zu stoppen, ist so alt wie die Friedensbewegung selbst. Wenn wir mahnten und protestierten, belächelte man uns als weltferne Wirtschafts- und Arbeitsplatzschädlinge. Nun stehen wir jedoch Arm in Arm mit der Rüstungsindustrie da, weil wir die Regierung nicht genügend getreten haben, damit sie diesen schamvollen Todesexport aus deutschen Ländern verhinderte. Das Argument läßt sich etwa so formulieren: Da die Friedensbewegung sich nicht gegenüber der Trägheit, Unfähigkeit oder Böswilligkeit der Bundesregierung hat durchsetzen können, um die Rüstungsexporte zu verhindern, ist sie die eigentlich Schuldige an allem. Diese Aussage gestattet fatalerweise allerdings nur eine Schlußfolgerung: Macht endlich die Friedensbewegung stärker!

Doch die Absurdität der Diffamierung kennt keine Grenze. Weil wir die US-Politik am Golf für fatal halten, obwohl uns die USA soviel Gutes getan habe, seien wir anti-amrikanisch. Besteht nicht aber Freundschaft gerade auch darin, den Freund auf seine Fehler aufmerksam zu machen, auf daß er sie vermeide? Als am 26. Januar die Viertelmillion der DemonstrantInnen in Bonn waren, demonstrierten etwa ähnlich viele Amerikaner in den USA gegen den US-Golfkrieg. Ist es nicht erstaunlich, daß der Anti-Amérikanismus in den Vereinigten Staaten auch so verbreitet ist?

Es gibt weitere Vorwürfe gegen die Friedensbewegung, so z.B. den ahistorisch-geschichtsklitterischen Vergleich zwischen Hitler und Hussein und der damaligen sogenannten Appeasementpolitik, die Hitler beschwichtigen sollte, mit der heutigen Forderung, den Golfkrieg sofort zu beenden. Wirkliche Schwierigkeiten macht aber die Frage was wäre, wenn Saddam Hussein wirklich über Atomwaffen verfügte. In der Hand eines solchen Schurken würde sie auch angewandt werden. Das wirft für mich Fragen auf:

- Sind die Industrieländer des Nordens-Westens-Ostens so regiert, daß sie diese Waffen nicht einsetzen würden? Immerhin taten es die USA über Japan. Jahrelang haben sich der Westen und der Osten mit gegenseitiger Auslöschung bedroht. Die Politik des "brinkmanship" wurde von John Forster Dulles, dem US-Außenminister, vertreten. War die Politik der Abschreckung, der die NATO noch heute anhängt, etwa niemals toternst gemeint? Wie verheerend, wenn eine Seite dies in ihre Kalkulationen aufgenommen hätte!
- Terroristen und Massenmörder als Staatschefs sind ja in unseren Zeiten nicht gerade Ausnahmen. Wie menschenverachtend und skrupellos war die brasilianische Diktatur, die in Pakistan auf ihre Weise, und doch schafften die Industrieländer dort die Voraussetzungen für den Bau nuklearer Waffen. Soll gegen diese Länder ebenfalls in preventiven Entwaffnungskriegen vorgegangen werden?
- Es bleibt die Möglichkeit nuklearer Waffen in irakischem Besitz. Ist es eigentlich wahrscheinlicher oder unwahrscheinlicher, daß Hussein sie in auswegloser Situation, wie dieser Krieg sie zu schaffen scheint, einsetzt? Um die weitere Herstellung von Atombomben ohne einen großen Krieg stoppen zu können, hätten sich sicher ökonomische, technische und politische Mittel finden lassen, zumal die industriellen Möglichkeiten des Landes letztlich doch sehr beschränkt sind.

Fragen über Fragen. Weit mehr als ich hier notierte. Unsicher beginne ich, mich an ihnen abzuarbeiten. Bisher sagt mir jedes Mosaik, das ich betrachte: Krieg ist das falsche Mittel.

Andreas Buro ist Sprecher des Komitee für Grundrechte und Demokratie und für die Demonstration vom 26.1. vom Trägerkreis bestimmter Pressesprecher (gemeinsam mit Brigitte Erler).

Peace-Now!

Von den verbliebenen aktiven Menschen in der israelischen "Peace Now"-Bewegung erreicht uns ein Text, der möglichst auch in deutschen Zeitungen als Anzeige erscheinen soll. Unterzeichnet haben in Israel 100 Menschen:

Genug!

Wir Bürger Israels sind den irakischen Raketenangriffen ausgesetzt. Wir verurteilen diejenigen, die diese Raketen schicken. Wir verurteilen auch die Besetzung Kuwaits und fordern seine Unabhängigkeit. Gleichzeitig sind wir gegen den Golfkrieg.

Bush's Krieg gründet nicht auf den wohltonenden Grundsätzen seiner Reden - genausowenig wie Saddams Agression die Rechte der Palästinäner verteidigen will. Beide werden von ihrem Machtwillen und ihrer Gier nach Öl getrieben.

Den entsetzlichen Preis für ihren Krieg zahlt die Bevölkerung: Irakis, Amerikaner, Kuwaitis, Briten, Palästinenser und natürlich auch Israelis. Wir Israelis haben schon unseren Teil bezahlt. Der Blutzoll wird größer und größer werden je länger der Krieg andauert. Wir glauben, daß dieser Wahnsinn durch die folgenden Maßnahmen gestoppt werden kann und muß:

- ein Waffenstillstand auf beiden Seiten, den die Vereinten Nationen überwachen
- Erhöhung des Druckes der internationalen Gemeinschaft, um Irak zum Rückzug aus Kuwait zu zwingen, durch Verstärkung der wirtschaftlichen und politischen Sanktionen gegen Irak;
- Einberufung einer internationalen Friedenskonferenz nach dem Rückzug aus Kuwait mit dem Ziel eines israelisch-arabischen und israelisch-palästinensischen Friedens und des Mittleren Ostens als einer Region, die völlig frei ist von nuklearen, chemischen und bakteriologischen Waffen;
- Abzug aller fremden Truppen aus den Golfstaaten mit Abzug des Irak aus Kuwait;

Wir fordern die Regierung Israels auf, sich trotz der irakischen Provokationen nicht an diesem Krieg zu beteiligen. Eine Beteiligung Israels würde den Krieg nur verschlimmern und komplizieren und die Aussichten auf einen israelisch-palästinensischen Frieden danach verschlechtern. Das Schicksal von Juden und Arabern hängt voneinander ab. Laßt uns nicht die gegenseitige Vernichtung wünschen. Nur ein gerechtes Übereinkommen zwischen uns kann beiden Völkern ein Leben in Frieden und Sicherheit miteinander bringen.

Initiiert von Adam Keller und der Peace-Now-Bewegung

Im Büro des Netzwerk Friedenskooperative gehen seit Anfang Januar hunderte von Berichten über Aktionen und Planungen ein. Darunter sind Anforderungen an den Trägerkreis, doch jetzt jeden Samstag eine Großdemonstration zu veranstalten und viele Vorschläge, wie auch jede Einzelne einen Beitrag leisten kann. Wir fassen hier (unvollständig) Beispiele zusammen, die im Bundesgebiet stattfinden. Planungen mit Daten von Aktionen und Veranstaltungen sammeln wir in den von uns ständig aktualisierten "Golfsplittern".

NEIN!

bekunden in der Öffentlichkeit im Alltagsleben:

- auf der Kleidung (weißes Stück Stoff),
- auf dem Fahrrad, Motorrad, Auto (Aufmalen, Sticker),
- an und aus den Fenstern der Wohnung (Pappe, Transparent),
- an Gebäuden, Mauern, Brücken, öffentlichen Verkehrsmitteln ...

Jeden DONNERSTAG: Bundesweiter Demonstrations- und Aktionstag

Aktionen und Demonstrationen in allen Städten, u.a.: Schweigekriese, Mahnwachen, Demonstrationen, Kundgebungen, die-ins, Verkehrsblockaden u.v.a.m.

jeden Freitag: Der DGB ruft für 12 Uhr zu 5 Mahnminuten in allen Betrieben auf!

Aktionen an Kreiswehrratsämtern

Mahnwachen, Demonstrationen, Blockaden
 Aufruf zum Verweigern, Aufklärung über die Einbeziehung der Bundeswehr in den Golfkrieg
 Kontakt: örtliche DFG/VK

Aktionen vor Bundeswehreinrichtungen

Mahnwachen, Demonstrationen, Blockaden
 Protest gegen den Einsatz der Bundeswehr am Golf, Gespräch mit den Soldaten
 Kontakt: örtliche Friedensgruppen

Aktionen vor US-Militärbasen

insbesondere vor solchen, die eine direkte Funktion im Golfkrieg übernehmen, z.B. in Frankfurt und Bremerhaven und Stuttgart
 Mahnwachen, Demonstrationen, Blockaden
 Kontakt: örtliche Friedensgruppen

Aktionen vor allen Rüstungsbetrieben

Die Rüstungsbetriebe werden jetzt ganz konkret in das Bewußtsein aller gerückt.
 Vielfältige Aktionen: Demonstrationen, Mahnwachen, Blockaden, mit "schmutzigem" Geld bewerfen, Kreuze vor die Tür stellen, Särge zustellen u.v.a.m.

Kontakt: örtl. Friedensinitiativen;

Informationen:

über Rüstungsbetriebe in NRW: DIE GRÜNEN NRW, Volksgartenstr. 35, 4000-Düsseldorf 1, 0211-770080;

Hilfreiche Materialien:

taz-Liste der Irak-Geschäfte;

Broschüre, Plakate, Aufkleber etc:

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie, An der Gasse 1, 6121 Sens bachtal, hat eine Kurzbroschüre mit Argumenten gegen ein militärisches Vorgehen am Golf zusammengestellt, deren Weiterverbreitung sehr lohnend ist. Zum Selbstkostenpreis 10 Stück DM 3,50, jede weiteren 10 Stück DM 2,50 (bar oder Scheck).

Die Todeskrämer

Über die bundesdeutschen Rüstungsexporte an den Golf berichtet die von der BUKO-Koordinationsstelle "Stoppt den Rüstungsexport", Buchtstr. 14/15, 2800 Bremen 1, Tel. 0421-326045. herausgegebene Broschüre DM 5,-

Im Falblatt "Vierte Welt Aktuell" Nr.91 verbreitet die Gesellschaft für bedrohte Völker, Postfach 2024, 3400 Göttingen, Tel. 0551-55822/23 u.a. den Aufruf "Kein Waffenexport für Völkermord!"

Tatort Irak:

Deutsche Waffenlieferungen für Saddam Hussein, Artikel, die vollständige Liste der bundesdeutschen Waffenlieferungen etc. dokumentiert diese Broschüre. 28 Seiten DM 4,- (Rabatte bei Mehrabnahme). Herausgeber: "Produzieren für das Leben - Rüstungsexporte stoppen (Idstein), Bezug über: AGDF, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1.

Pulverfaß Persischer Golf

Das Heft "Frieden und Abrüstung" Nr. 35 beschreibt das Pulverfaß Persischer Golf und dokumentiert die Aufrüstung, den Truppenaufmarsch, atomare, biologische und chemische Waffen. Darin auch ein Beitrag von Willy Brandt. 80 Seiten mit zahlreichen Tabellen und Graphiken. DM 4,- (ab 10 Stück DM 3,-) Zu beziehen über: Initiative für Frieden Stralsunderweg 50, 5300 Bonn 1

Referentenliste zu Golf-Themen kann bezogen werden über: Informationsstelle Wissenschaft und Frieden (IWIF) e.V., Reuterstr.44, 5300 Bonn 1 / 0228-210744 / Fax: 214924

* Ein Musterflugblatt "Going to war in the Gulf?" wird vertrieben von: Military Counseling für Britische Soldaten c/o Friedenskonten Lippinghausen e.V., Milchstr. 81-83, 4901 Hiddenhau sen-Lippinghausen, Tel. 05221/65485.

* Den Soldaten von der Starke Truppe "Ich sterbe gern für billiges Öl" gibts bei der Graswurzelwerkstatt Köln, Scharnhorststr. 6, 5000 Köln 60, Tel. 0221-765842,

* die Nord-Süd geteilte Weltkugel "Stoppt den Krieg am Golf" mit Ein druckfläche für eigene Veranstaltungen bei der IFIAS, Stralsunder Weg 50, 5300 Bonn 1, Tel. 0228-664442.

* Das Sozialdokumentarische Fotoarchiv in Nürnberg hat eine Plakatwand gestaltet das jetzt auch als DIN A2 Plakat erschienen ist. Das Plakat zeigt einen Textblock mit stichpunktartigen Schlagzeilen aus den täglichen Nachrichten aufgelistet und diesen Block einer wahrscheinlichen Folge dieser Kriesvorbereitung gegenübergestellt, Kontakt: SOFA, Brückenstr. 23, 8500 Nürnberg 90, 0911/336943

* Friedenstaube auf Blau, darüber "Stoppt den Krieg am Golf", darunter "Jeder Mensch hat das Recht auf Leben!" wollen auflegen: Kontakt und Ermutigungen unter 0209-142475, nach Cemal Boztepe fragen.

* Den Button mit dem "einfachen" NEIN auf Weiß mit rotem Unterstrich ist besorgbar beim Netzwerk der Friedenskooperative, Römerstr. 88 (Hinterhof), 5300 Bonn 1, Tel.:0228-692904/05, Fax: 692906

Protest-Doppelkarten an die Botschaften gegen die Hinrichtungen von Kriegsdienstverweigerern im Irak und die gewaltsame Verbringung US-Kriegsdienstverweigerern nach Saudi Arabien verbreitet Hans Bernd Ashauer-Jerzimeck, Kalhauer Str.40, 4000 Düsseldorf 30, 0211/425427

Welturabstimmung

Die Frauen des Scheherazade-Aufrufes wollen eine Welturabstimmung durchführen: Sofortiger Waffenstillstand! Kein dritter Weltkrieg! Wir Frauen fordern, daß die Mehrheit dieser Welt zu Wort kommt!

Kontakt: Scheherazade, c/o Birgit Cramon-Daiber, Scheidemannstr. 2, 1000 Berlin 21, tel 030-39773450, fax 030-39773453 oder Eva Quistorp, Hochhaus Im Tulpenfeld, 5300 Bonn 1, tel 0228-167311, fax 169090.

Tägliche Gebete für den Frieden um 18.00 Uhr

Aufruf von "Produzieren für das Leben - Rüstungsexporte Stoppen!", Pax Christi, Ohne Rüstung Leben, Versöhnungsbund und Arbeitsgemeinschaft Dienste für den Frieden

tägl. von 12.00 - 12.15: alle Räder stehen still ...

"Wetzlarer Aufruf zum Frieden am Golf" jeden Tag v. 12.00 bis 12.15 Uhr die Arbeit niederlegen und über den Krieg und Friedensmöglichkeiten am Golf diskutieren, Arbeitskollegen, Bekannte und Freunde ansprechen;

Kontakt: BI gegen den Krieg, Peter Happ u. Walter Woeller, Bahnhofstr. 2, 6330 Wetzlar

Briefketten und Einzelbriefe an Bush und Hussein

Kontakt Kettenbriefaktion: Kerstin Leichthammer 0611-87392
Das Weiße Haus erreicht man: "Comment Office" Mo-Fr. 15 - 23 Uhr MEZ unter 001/202/456-1111 und im mer per Telefax: 001/202/456-2461.

Auch die Botschaft der USA in Bonn hat Telefon: 0228/339-1 Vermittlung, -2330 Büro des Botschafters, -2127 Büro des Gesandten, -2117 Politische Abteilung, -2131 Presseabteilung.
Ebenso die Botschaft des Irak: 0228/8203-0, -229 -230 Büro des Botschafters, -223 Militärabteilung, -212 Presseabteilung
Botschaft GB: Sir Christopher L.G. Mallaby, Fr.-Ebert-Allee 77, 5300 Bonn 1 - 0228-234061/ Fax:(an Helen Pugh) 0228-234070

Bundesweiter Streik der ZDL am 31.1.

ZDL protestieren gegen Einsatz als Handlanger des Krieges; Sollte der "Bündnisfall" eintreten: dreitägiger Streik der ZDL
 Kontakt: Selbstorganisation der ZDL, Vogelsbergstr. 17, 6000 Frankfurt 1, 069-431405

Bundesweite Telefondemonstration am 31.1.

Punkt 11.00 Uhr: mit einer beliebigen Vorwahlnummer für 10 min das Netz blockieren!
 Kontakt: B. Schneide 0851-34797 o. DIE GRÜNEN Passau

Schreiben Sie Ihrer/m Bundestagsabgeordneten, sprechen oder rufen Sie ihn/sie an!

"Hagener Apell": Bundestagsabgeordneter! Stimmen Sie auf keine Fall zu, daß die Bundeswehr noch tiefer in den Nahostkrieg hineingezogen wird!

Verweigern Sie Ihre Zustimmung zu einer weiteren politischen, militärischen und finanziellen Unterstützung der multinationalen Kriegstreiberkräfte!

Setzen Sie all Ihre Kraft dafür ein, daß auf diplomatischem Wege die kriegsführenden Parteien sofort den mörderischen Krieg einstellen und der Irak mit einem Truppenabzug aus Kuwait beginnt!

Kontakt: Hagener Bürgerinnen und Bürger für Frieden am Golf, Pothofstr. 22, 5800 Hagen 1

Mit OhnMacht gegen Krieg

Sargbauaktion der Studenten der FH f. Gestaltung Schwäbisch Gmünd; die Aktion eignet sich auch hervorragend für Aktionen an Rüstungsbetrieben und Militär; die Studenten haben auch die Möglichkeit, Plakate u. Flugblätter anderer Gruppen zu gestalten.

Kontakt: Fachhochschule für Gestaltung Schwäbisch-Gmünd, "MitohnMacht?", Rektor-Klaus-Str. 100, 7070 Schwäbisch Gmünd, Tel. 07171-602620, Fax 07171-69259

Aktion "Bürger beobachten die Medien"

Protestbriefaktion an bundesdeutsche Fernsehanstalten
 Die Aktion "Bürger beobachten die Medien" hat einen offenen Brief zur skandalösen Kriegsberichterstattung der bundesdeutschen Medien entworfen, der sich auch als Anzeige eignet.

Kontakt: c/o Florian Mohn, Lenbachstr. 76, 7000 Stuttgart 1.
 Einen Protestbrief mit Detailkritik an wesentlichen deutschen Fernsehsendungen hat Dr. Franz-Viktor Kuhlmann entworfen: Schröderstr. 36, 6900 Heidelberg.

Steuerboykott

verschiedene Aufrufe zum Steuerboykott:
 Die Friedenssteuerinitiative, Wichernstr. 9, 5650 Solingen ruft zum 100%igen Steuerboykott auf und gibt tips, wie's geht.
 Außerdem gibt es Vorschläge zur Einbehaltung der KFZ-Steuer bei gleichzeitiger Mitteilung der Gründe an den Finanzminister.

Geld- und Warenboykott

Die Verbraucherinitiative, das Netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation und der Ökofonds der GRÜNEN NRW rufen auf:
 Kauft keine Waren von Kriegsgewinnlern!

Hebt das Geld von den Banken ab, die mit Rüstungsunternehmern Geschäft machen (fast alle)! Zum Geldabheben gibt es außerdem einen Aufruf aus den USA.

Kontakt, Informationen: Zu den Konsumprodukten rüstungsproduzierender Betriebe und zu Alternativen: Verbraucherinitiative, Breitestr. 51, 5300 Bonn 1, 0228-659044;
 Zu Bankalternativen: NETZ, Huckarderstr.12, 4600 Dortmund; Ökofonds der GRÜNEN NRW, Volksgartenstr. 35, 4000 Düsseldorf 1.

Auto-Boycott-Sonntag am 10.3.

Kontakt: Pax Christi Aachen, Klosterplatz 7, 5100 Aachen, 0241-402876

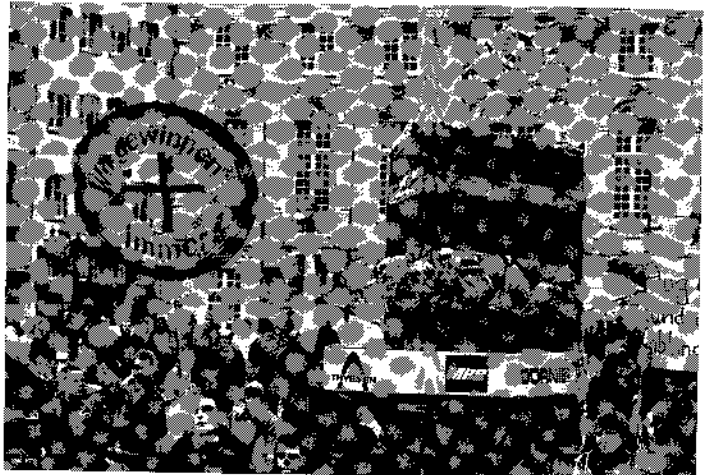


Foto: Joker

Rock around the world

Weltweite Konzert für den Frieden
 Kontakt: 0621-621418 oder 2933905/6

Aufruf zum Generalstreik bei Kriegseintritt Deutschlands

Kontakt: Oldenburger Signal, Helmut Hoffmann, Wiemkenhofsweg 32, 2900 Oldenburg

Aufruf zum langen Marsch auf Rom

und gemeinsames Fasten vor dem Petersdom ab 16.2., bis daß der Papst nach Bagdad fliegt um den Kampfhandlungen Einhalt zu gebieten. Anreise mit dem Zug bis 30 km vor Rom.
 Kontakt: Anja Brandt, Mittermaierstr. 1, 6900 Heidelberg

Protest auf Geldscheine schreiben

(Die Bundesbank will solche Scheine nicht mehr umtauschen, auf einen Musterprozeß dazu darf man gespannt sein)

Internationale Fahrrad-Friedensfahrt von Bonn bis zur Grenze Kuwait-Irak

Abfahrt 10.2. in Bonn (wird evtl. verschoben)
 Kontakt: Consejo Internacional de Asociaciones para la Proteccion de Pirineu-Aragon; Ap.: 142/22700 Jaca (Huesca/Spanien); Tel.: 0034 74-364245 o. 370049; Fax 0034 74-361688

Verweigernde US-Soldaten werden in Handschellen an den Golf geflogen. Die Situation von Deserteuren ist verzweifelt. Es bemühen sich verschiedene Gruppen und Friedensinitiativen, ein Netz zur Unterstützung der GI's im Gewissenskonflikt aufzubauen. Infor mationsmöglichkeiten für **US-Soldaten** bei: *Cathy und Andrew Stover, military counseling network, über das Hunsrücker Friedensbüro, Bopparder Str. 25, 5448 Kastellaun, Tel. 06762-2652* und: *Janice Hill, Rohrhaldenweg, 2, 7407 Rothenburg 6, Tel. 07472-8928*
 Military Counseling für **Britische Soldaten** c/o *Friedensknoten Lippinghausen e.V., Milchstr. 81-83, 4901 Hiddenhausen-Lippinghausen, Tel. 05221/65485.*

u.v.a.m.

(Adressaufkleber)

FRIEDENSFORUM

Impressum

Friedensforum Sonderheft 1/91, Februar 91. Herausgegeben vom Netzwerk Friedenskooperative, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1, Telefon: 0228-692904/05, Fax 0228/692906 in Zusammenarbeit mit dem Trägerkreis Bonn 26.1. und dem "Förderverein Frieden e.V."

Redaktionsgruppe : Christine Schweitzer, Martin Singe, Gregor Witt. Mitarbeit an diesem Sonderheft: Kristian Golla, Arndt Grewer, Luise Schatz, Mani Steiner (V. i. S. d. P.), alle Römerstr. 88, 5300 Bonn 1. Die namentlich gezeichneten Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Auflage: 10000 Stück, ISSN 0936-0565. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 3 vom 18. 7. '89.

Einzelpreis DM 5,00 (ab 5 Stück DM 4,00), Jahresabonnemeat FriedensForum incl. Versand DM 20,-, Förderabo DM 50,-

Wir sind für unsere Arbeit auf Spenden und Unterstützungsbeiträge angewiesen.

ABO durch Überweisung auf das Konto: Förderverein Frieden e.V., Nr. 33 035 bei der Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00)

Bitte ausfüllen und einsenden an:

Netzwerk Friedenskooperative, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Name/KD-Nr.(s. Etikett):

Gruppe oder Funktion/Beruf:

Anschrift/Telefon:

Abo / Bestellungen

Ich/wir bestelle .. Stück des Sonderheftes Dokumentation der Bonner Großdemonstration vom 26.1.91 (à DM 5,- ab 5 Stück DM 4,- + Porto)

Ich/wir bestelle .. Stück Doku der vorherigen Demo (24.11.90) (à DM 3,- ab 5 Stück DM 2,- + Porto)

Ich/wir bestelle .. Stück Buttons "NEIN" (à DM 2,- ab 5 Stück DM 1,50; ab 50 Stück DM 1,20 + Porto)

(Erhältlich ist gegen Spende auch eine Restauflage der Bücher: 1. Harvard Beschoner, "Centralino 3 x klingeln - Ein Deserteur erzählt", 2. Jürgen Bräuer, "Ja, dann, sage ich, brich das Gesetz" über Zivilen Ungehorsam von Gündlars Salunarsch bis zum Generalsstreik (Bitte notieren, wenn dies mitversandt werden soll.)

Ich/wir abonniere/n das "Friedensforum" und Ich/wir zahle/n das Jahresabo "Friedensforum" 1991 (Jahresbeimind. DM 20,-; Förderabo mind. DM 50,-)

Ich/wir möchte/n gern ein Probeexemplar des "Friedensforum"

Ich/wir möchte/n gern noch mehr Informationsmaterial

Zu

Spenden

Ich/wir spende/n für die Friedensbewegung allgemein

zweckgebunden zur Verwendung für:
die Arbeit gegen den Golfkrieg

die deutsch-sowjetische Friedensarbeit

die AG Entmilitarisierung - Bundesrepublik ohne Armee

die BAG Deserteursinitiativen

für

Den Gesamtbetrag (siehe rechts) habe/n ich/wir gesamt:

zum

Förderverein Frieden e.V., Konto-Nr. 33035 bei Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00)

Förderverein Frieden e.V., Klo-Nr. 457876-500 bei Postgroat Köln (BLZ 370 100 50)

durch beiliegendes Bargeld/Verrechnungsscheck (Zutreffendes bitte unterstreichen)

Für den darin enthaltenen Spendenbetrag benötige/n ich/wir am Jahresende eine steuerwirksame Spendengutattung

Ich/wir möchte/n aus dem Verteiler gestrichen werden

Unterschrift

Förderverein Frieden e.V.

Ich werde Fördermitglied im Förderverein Frieden e.V. und zahle einen Beitrag von jährlich (mind. DM 50,-)

Als Fördermitglied des Vereins erhalte ich automatisch das "Friedensforum", Einladungen zu Veranstaltungen etc. und am Jahresende eine steuerwirksame Bescheinigung über meinen Förderbeitrag. Datum, Unterschrift

Meinen Jahresbeitrag für 1991

habe ich überwiesen

füge ich bei durch Bargeld/Scheck

bitte ich, von meinem Konto abzubuchen (in diesem Fall bitte Ermächtigung ausfüllen)

Abbuchung

Ich/wir ermächtige/n den Förderverein Frieden e.V., bis auf Widerruf jährlich den Beitrag für

die Fördermitgliedschaft in der Höhe von (mind. DM 50,-) DM

das Abonnement des Friedensforum von (mind. DM 20,-) DM

von meinem/unsere/n Konto Nr.

bei (BLZ, Geldinstitut)

Kontoinhaber

durch Lastschrift einzuziehen.

Wenn das Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstituts (s.o.) keine Verpflichtung zur Einlösung. Teilentlösungen werden im Lastschriftverfahren nicht vorgenommen.

Ort, Datum, Unterschrift